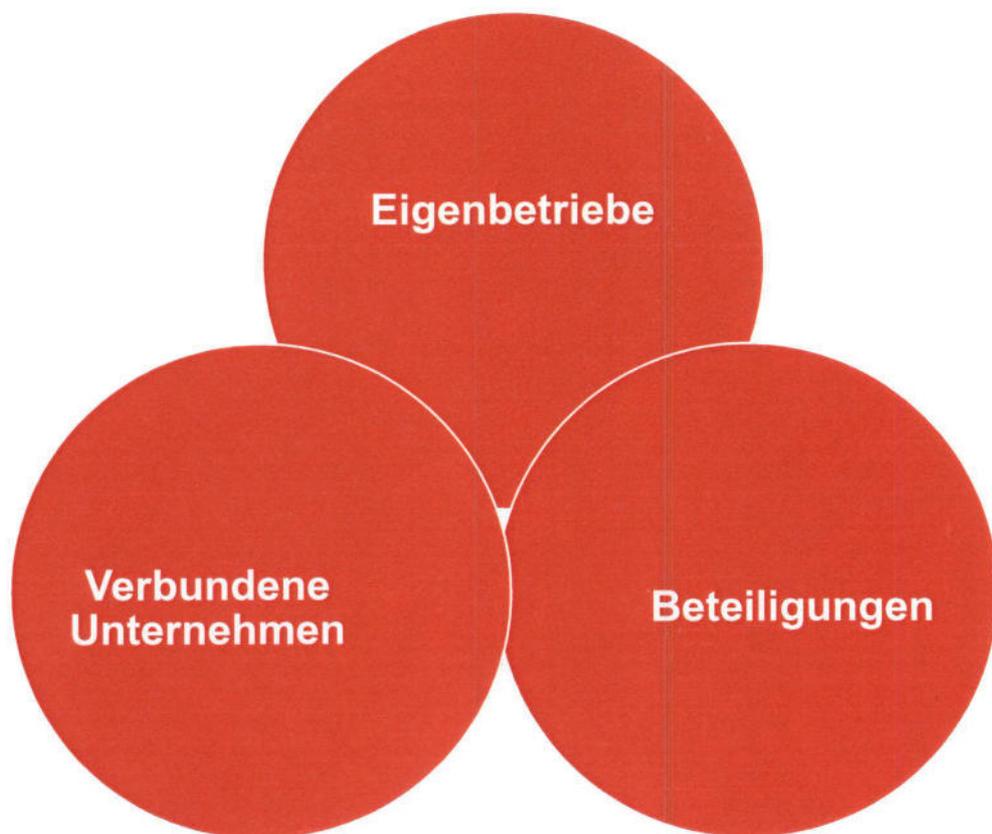


Wetzlar

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015





Vorwort des Stadtkämmerers

A Allgemeines

	<u>Seite</u>
1. Kommunalrechtliche Grundlagen	1
2. Rechts- und Organisationsformen	2
2.1 Öffentlich-rechtlich	2
2.1.1 Regiebetrieb	2
2.1.2 Eigenbetrieb	2
2.1.3 Zweckverband	2
2.1.4 Wasser- und Bodenverband	3
2.2 Privatrechtlich	3
2.2.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	3
2.2.2 Aktiengesellschaft (AG)	3
2.2.3 Kommanditgesellschaft (KG)	3
2.2.4 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	4
2.2.5 Genossenschaften	4
2.2.6 Eingetragener Verein (e.V.)	4
2.2.7 Stiftung	4
3. Vertretung der Stadt in den Beteiligungsgremien	5
4. Unterrichts- und Prüfungsrechte der Kommunen	6
5. Prüfung der Jahresabschlüsse	7
5.1 Gesellschaften	7
5.2 Eigenbetriebe	7
5.3 Zweckverbände	8
6. Gesetzliche Regelungen - § 123 a HGO	8
6.1 Inhalte des Beteiligungsberichtes	9
6.2 Grundlagen des Unternehmens	9
6.3 Unternehmenskennzahlen	9
6.4 Verbindung zum städtischen Haushalt	10
6.5 Unternehmensverlauf und –entwicklung	10
6.6 Darstellung der Bezüge	10
7. Vermögensrechnung (Bilanz)	10



	<u>Seite</u>
B Übersichten Beteiligungsstruktur	
1. Unmittelbare Beteiligungen	11
2. Mittelbarer Beteiligungen	12
3. Übersicht wirtschaftlicher Daten der wesentlichen Beteiligungen	13 – 14
C Einzeldarstellungen	
Eigenbetriebe	
1. Stadthallen Wetzlar	15 – 22
2. Stadtreinigung Wetzlar	23 – 30
3. Wasserversorgung Wetzlar	31 – 36
Verbundene Unternehmen	
1. Altenzentrum Wetzlar gGmbH	37 – 43
2. Energie- und Wassergesellschaft mbH (enwag)	44 – 60
3. Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH	61 – 71
4. Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	72 – 80
5. Wetzlar Arena GmbH	81 – 86
6. Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH	87 – 93
7. Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	94 – 97
8. Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	98 – 105
Privatrechtliche Beteiligungen	
1. Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH	106 – 109
2. Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (Gewobau)	110 – 116
3. Lahnpark GmbH	117 – 124
4. Regionalfonds Mittelhessen GmbH (RegioMIT)	125 – 131
Öffentlich-rechtliche Beteiligungen	
1. Abwasserverband Wetzlar	132 – 139
2. Sparkassenzweckverband Wetzlar	140 – 141
3. Zweckverband Hallenbad Waldgirmes	142 – 145
4. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	146 – 152



	<u>Seite</u>
Mittelbare Beteiligungen	
1. Fünfwerke GmbH & Co.KG	153 – 154
2. Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	155 – 166
3. Zubringerdienste Wetzlar GmbH	167 – 170
D Glossar	171 – 178
E Anlagen	
Rechtliche Grundlagen: Gesetzestexte	
1. Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde §§ 121 Hessische Gemeindeordnung	179 – 185
2. §53 –54 Haushaltsgrundsätzegesetz	186
F Impressum	



Vorbemerkungen

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht 2016 geben wir einen umfassenden Einblick in die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Wetzlar. Basis für die einzelnen Darstellungen der Unternehmen sind die geprüften Jahresabschlüsse 2015.

Entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 123 a Hessische Gemeindeordnung sind im Beteiligungsbericht die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts, an denen die Stadt Wetzlar mit mindestens 20% unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, dargestellt. Um den Bericht noch transparenter zu gestalten, informieren wir über diese Pflichtangaben hinaus auch über die drei Eigenbetriebe sowie Zweckverbände und Gesellschaften mit einer Beteiligungsquote von mindestens 10 %.

Der Beteiligungsbericht informiert über die wesentlichen Aufgaben, die öffentliche Zweckerfüllung sowie über Geschäftsverlauf, Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Außerdem werden die finanziellen Schnittstellen zum städtischen Haushalt wie z.B. Kapitalzuführungen, Kreditaufnahmen und von der Stadt gewährte Sicherheiten aufgezeigt.

Wir hoffen, Ihnen einen informativen Überblick über die Beteiligungsunternehmen der Stadt Wetzlar vermitteln zu können.

Wetzlar,

K r a t k e y
Stadtkämmerer



Allgemeines



1. Kommunalrechtliche Grundlagen

Nach Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland haben die Gemeinden und Gemeindeverbände das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft auf ihrem Gebiet in eigener Verantwortung in Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der Selbstverwaltung räumt den Kommunen die Personalhoheit, die Finanz- und Vermögenshoheit und insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht, selbst zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen wollen.

Nicht erst seit Beginn der Verwaltungsreform hat sich gezeigt, dass sich bestimmte Leistungen außerhalb der klassischen Verwaltung mit ihrer Ämterstruktur in anderen Organisationsformen effizienter erbringen lassen. Für die Entscheidung, sich zur Aufgabenerfüllung privatrechtlicher Rechtsformen zu bedienen oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen, sind unterschiedliche Kriterien steuerlicher, organisatorischer oder betriebswirtschaftlicher Art ausschlaggebend.

Nach § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der seit 01.04.2005 geltenden Fassung dürfen sich Gemeinden wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Die unter Ziffer 3. genannten Einschränkungen gelten allerdings nicht für am 01.04.2004 bereits ausgeübte Betätigungen und sind deshalb für die in diesem Bericht genannten Beteiligungen nicht maßgeblich. Weiter regelt § 122 HGO, dass eine Gemeinde eine Gesellschaft, die auf dem Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält und
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht unter bestimmten Kriterien aufgestellt und geprüft werden.



Darüber hinaus regelt § 123 a HGO, dass ein jährlicher Beteiligungsbericht vorzulegen ist.

2. Rechts- und Organisationsformen

2.1 Öffentlich-rechtlich

2.1.1 Regiebetrieb

Regiebetriebe besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie sind organisatorisch, rechtlich, personell und haushaltsrechtlich Bestandteil der Stadtverwaltung und haben keine eigenen Organe. Sie sind Teil der städtischen Haushaltspläne/ Haushaltswirtschaft.

2.1.2 Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EigbG) und der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Betriebssatzung. Hinsichtlich Organisation und Wirtschaftsführung sind Eigenbetriebe auf Grundlage eigener Wirtschaftspläne und Stellenübersichten selbstständig. Finanzwirtschaftlich sind Eigenbetriebe Sondervermögen der Stadt. Mangels eigener Rechtspersönlichkeit wird die Stadt durch die Handlungen der Eigenbetriebe im Außenverhältnis selbst berechtigt und verpflichtet. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet auch über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb geleitet werden soll und über die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse. Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

2.1.3 Zweckverband

Zweckverbände sind rechtlich selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung bestimmter kommunaler Aufgaben dienen, zu deren Erledigung die Mitglieder berechtigt bzw. verpflichtet sind. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) und ihrer Satzung in eigener Verantwortung. Organe der Zweckverbände sind der Vorstand als Verwaltungsbehörde und die Versammlung als Beschlussgremium. Mitglieder können nur Gebietskörperschaften sein. Die Mitglieder für die Versammlung werden durch die Gemeindevertretungen gewählt.



2.1.4 Wasser- und Bodenverband

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie verwalten sich auf Grundlage des Wasserverbandsgesetzes (WVG) und ihrer Satzung selbst. Wasser- und Bodenverbände können nur Aufgaben im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft, Bodenordnung und der Landwirtschaft übernehmen. Mitglieder können nicht nur Gebietskörperschaften, sondern auch andere natürliche und juristische Personen sein. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

2.2 Privatrechtlich

2.2.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

GmbHs verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen an dem in Geschäftsanteile zerlegten Stammkapital (mindestens 25.000 €) beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeit der Gesellschaft zu haften. Pflichtorgane der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung fakultativer (freiwilliger) Aufsichtsräte ist aufgrund § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

2.2.2 Aktiengesellschaft (AG)

Aktiengesellschaften sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Stammkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind nur mit den von ihnen erworbenen Aktien am Grundkapital beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der AG zu haften. Organe der AG sind der Vorstand als verantwortliches Geschäftsführungsorgan nach Innen und Außen, der Aufsichtsrat als Kontroll- und Überwachungsorgan und die Hauptversammlung der Aktionäre als Beschlussorgan. Im Gegensatz zur GmbH sieht das Aktienrecht umfassende Regelungen und Formvorschriften vor, so dass für die individuelle Ausgestaltung wenig Raum bleibt.

2.2.3 Kommanditgesellschaft (KG)

Kommanditgesellschaften sind Personengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, bei denen mindestens ein Gesellschafter unbeschränkt haftet (Komplementär) und die Haftung mindestens eines weiteren Gesellschafters auf seine Kapitaleinlage beschränkt ist (Kommanditist). Der Komplementär haftet mit seinem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten der KG. Gesellschafter der KG können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein (z. B. GmbH & Co.KG).



2.2.4 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind auf Vertrag beruhende Personenvereinigungen mit Teilrechtsfähigkeit zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks. Im Außenverhältnis sind alle Gesellschafter zur Vertretung und Geschäftsführung berechtigt und haften unbegrenzt persönlich für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

2.2.5 Genossenschaften

Genossenschaften sind rechtlich selbstständige Gesellschaften, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Regelfall haften die Genossen nur in Höhe ihres Geschäftsanteils; im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe die Genossen im Konkursfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Organe der Genossenschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Vertreterversammlung.

2.2.6 Eingetragener Verein (e. V.)

Eingetragene Vereine sind auf Mitgliedschaftsbasis beruhende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks. Mit Eintragung ins Vereinsregister wird der e. V. zur rechtsfähigen juristischen Person. Die Mitglieder haften nicht für die Verbindlichkeiten des Vereins, der Verein aber für zum Schadensersatz verpflichtende Handlungen seiner Organe. Organe des e. V. sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

2.2.7 Stiftung

Stiftungen sind rechtsfähige Organisationen zur Verwaltung eines von einem oder mehreren Stiftern eingebrachten Vermögenswertes. Im Vordergrund steht die zweckbestimmte Verwendung der Erträge bei gleichzeitiger Erhaltung des Stiftungsvermögens. In der Stiftungsverfassung müssen Regelungen über die Organe getroffen werden. Vom Gesetz vorgeschrieben ist nur der Vorstand; in der Regel wird aber ein Überwachungsorgan (Stiftungsrat, Aufsichtsrat, Beirat oder Kuratorium) gebildet.

Rechtlich unselbstständige örtliche Stiftungen werden von der Gemeinde nach den Vorschriften der §§ 120, 115 HGO verwaltet. Als einziges Organ entscheidet üblicherweise ein Stiftungsbeirat über die Verwendung der Erträge.



3. Vertretung der Stadt in den Beteiligungsgremien

Für die öffentlich-rechtlichen Organisationsformen ist die Zusammensetzung und Auswahl der Mitglieder der vorgeschriebenen Gremien in den jeweiligen Spezialgesetzen und Betriebssatzungen abschließend geregelt. Ihnen gehören Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie teilweise sachkundige Einwohner und Vertreter des Personalrats an.

Für die privatrechtlichen Organisationsformen ist die Vertretung der Gemeinde in § 125 HGO geregelt:

1. Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen.
2. Abs. 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

In Anwendung dieser Vorschrift bestellt der Magistrat für die Gesellschafterversammlungen von Eigengesellschaften neben dem Oberbürgermeister oder dem von ihm bestimmten Mitglied zwei weitere Mitglieder des Magistrats als Vertreter der Stadt. Bei Beteiligungsgesellschaften ist die Zahl der Magistratsvertreter vom Gesellschaftsanteil der Stadt abhängig.

Bei der Frage der Weisungsgebundenheit kollidieren Gemeinderecht und Gesellschaftsrecht. Während § 125 HGO ausdrücklich ein Weisungsrecht vorsieht, gehen GmbH-Gesetz und Aktien-Gesetz von einem weisungsfreien Mandat der Aufsichtsratsmitglieder aus. Da insoweit Bundesrecht Landesrecht bricht, ist weisungswidriges Abstimmungsverhalten im Aufsichtsrat gesellschaftsrechtlich wirksam.



Normalerweise kann ein solcher Konflikt nicht entstehen, da sich das Interesse der Stadt und der Beteiligungsgesellschaft unabhängig von der Organisationsform decken sollten. Wenn vom Magistrat bestellte Vertreter in Beteiligungsgremien dauerhaft weisungswidrig „Oppositionspolitik“ betreiben, besteht die Möglichkeit der Abberufung nach § 125 Abs. 1 Satz 6 HGO.

4. Unterrichts- und Prüfungsrechte der Kommunen

Gemeinden, die an einem privatrechtlichen Unternehmen beteiligt sind, haben gemäß den §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) i.V.m § 123 Hessische Gemeindeordnung (HGO) besondere Unterrichts- und Prüfungsrechte.

Nach § 53 Abs. 1 HGrG hat eine Gemeinde das Recht, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Gemeinde mehrheitsbeteiligt ist oder ihr ein Viertel der Anteile und zusammen mit anderen Gemeinden die Mehrheit der Anteile gehören.

Nach § 54 Abs. 1 HGrG kann in der Satzung bzw. im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass die Rechnungsprüfungsbehörde dieser Gemeinde das Recht hat, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Betätigungsprüfung auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einzusehen.

§ 123 HGO knüpft an die besonderen Unterrichts- und Prüfungsrechte des HGrG an und verpflichtet die Gemeinde, die ihr aufgrund des § 53 Abs. 1 HGrG zustehenden Rechte auszuüben und sicherzustellen, dass ihrem Rechnungsprüfungsamt die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden. Auf Anregung des Hessischen Landesrechnungshofs hat die Stadt durch Ergänzung der Gesellschaftsverträge ihrer Beteiligungsgesellschaften diese Befugnisse auf die jeweils zuständigen überörtlichen Prüfungsorgane erweitert.



Die Betätigungsprüfung gemäß § 131 Abs. 2 Ziffer 6 HGO wurde mit Schreiben vom 24.06.2014 durch Herrn Oberbürgermeister Dette dem Rechnungsprüfungsamt übertragen.

5. Prüfung der Jahresabschlüsse

5.1 Gesellschaften

Die gesetzlichen Vertreter der Kapitalgesellschaften haben nach § 264 Handelsgesetzbuch (HGB) i.V.m. § 242 HGB für jedes Geschäftsjahr einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gelten die §§ 316 bis 324 HGB. Nach § 316 Abs. 1 HGB ist eine Prüfung durch einen Abschlussprüfer vorgeschrieben.

Ziel der Prüfung von Jahresabschlüssen ist die Erteilung eines formellen Bestätigungsvermerkes durch einen unabhängigen Abschlussprüfer.

Über das Ergebnis der Prüfung hat der Abschlussprüfer schriftlich zu berichten.

5.2 Eigenbetriebe

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach § 27 Abs. 2 Satz 1 Eigenbetriebsgesetz (EigbG) von einem Abschlussprüfer nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen.

Die Bestellung des Abschlussprüfers erfolgt gem. § 5 Nr. 13 EigbG durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Die Prüfung erstreckt sich auf die Buchführung, auf die Erfolgsübersicht und auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung; dabei ist zu untersuchen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde.

Über die Prüfung ist schriftlich zu berichten (§ 27 Abs. 2 Satz 3 EigbG).

Die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer werden über den Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 5 Nr. 11 EigbG i.V.m. § 27 Abs. 3 EigbG über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes.

Die Eigenbetriebe unterliegen neben der Jahresabschlussprüfung auch der örtlichen Prüfung gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO.



Danach gehört die dauernde Überwachung der Kassen der Eigenbetriebe sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen zu den Pflichtaufgaben des Rechnungsprüfungsamtes.

Das Rechnungsprüfungsamt erstellt über jede Kassenprüfung einen Prüfungsbericht und legt ihn gemäß § 29 Abs. 1 GemKVO dem Oberbürgermeister vor.

5.3 Zweckverbände

Auf die Wirtschafts- und Haushaltsführung der Zweckverbände sind gemäß § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) die Vorschriften des Gemeindefinanzrechts sinngemäß anzuwenden mit Ausnahme der Bestimmungen über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und die Einrichtung des Rechnungsprüfungsamtes.

Ist die Hauptaufgabe eines Zweckverbandes der Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens, kann die Verbandssatzung bestimmen, dass auf die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden sind.

Für die Jahresabschlussprüfung der Zweckverbände kommen somit zwei Möglichkeiten in Betracht:

1. Bei Anwendung des Gemeindefinanzrechts erfolgt die Prüfung nach § 131 HGO durch das Rechnungsprüfungsamt (z. B. Zweckverband Hallenbad Waldgirmes).
2. Entscheidet sich die Verbandsversammlung für die Anwendung des Eigenbetriebsrechts, so erfolgt die Prüfung nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Prüfung wird von einem durch die Verbandsversammlung bestimmten Abschlussprüfer durchgeführt (z. B. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke).

6. Gesetzliche Regelungen - § 123 a HGO

Im Rahmen der Reform des Gemeindehaushaltsrechts wurde der § 123 a Hessische Gemeindeordnung, der die Erstellung und den Inhalt des Beteiligungsberichtes regelt, eingeführt.

Mit Inkrafttreten dieser Vorschrift ist die Stadt Wetzlar ab dem Jahr 2005 verpflichtet einen Beteiligungsbericht vorzulegen. Dieser ist in der Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Der Beteiligungsbericht der Stadt Wetzlar 2016 verarbeitet die geprüften Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und Gesellschaften des Jahres 2015.



Gemäß der gesetzlichen Vorschrift sind alle privatrechtlichen Unternehmen, bei denen die Gemeinde mindestens über den Fünften Teil der Anteile verfügt in den Bericht aufzunehmen. Über die gesetzliche Vorschrift hinaus wurden die drei Eigenbetriebe, die Zweckverbände und Gesellschaften mit einer Beteiligungsquote von mindestens 10 % mit in den Bericht aufgenommen werden.

Der Gesetzgeber hat als Adressaten dieses Berichtes neben den Mitgliedern der Gremien ganz deutlich die Öffentlichkeit benannt. Es ist geregelt, dass die Einwohner in geeigneter Weise über den Bericht zu unterrichten und berechtigt sind diesen einzusehen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Wetzlar wird nach der Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich ausgelegt und auf der Homepage der Stadt unter www.wetzlar.de veröffentlicht.

6.1 Inhalte des Beteiligungsberichtes gem. § 123 a HGO

Die Eigenbetriebe und Unternehmen, an denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt, werden im Teil C des Beteiligungsberichtes einzeln dargestellt. Dies erfolgt zur besseren Vergleichbarkeit im Wesentlichen in einheitlicher Struktur, einzelne Anpassungen waren jedoch unumgänglich. Die verschiedenen gesetzlichen Forderungen gem. § 123 a HGO wurden aufgegriffen und werden wie folgt umgesetzt:

6.2 Grundlagen des Unternehmens

Dieser Punkt beinhaltet wie gesetzlich gefordert die Angaben zum Gegenstand des Unternehmens, den Beteiligungsverhältnissen, der Besetzung der Organe und den Beteiligungen des Unternehmens. Darüber hinaus wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 121 HGO – öffentliche Zweckerfüllung – bestätigt.

6.3 Unternehmenskennzahlen

Die Tabelle gibt die Zahlen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst wieder und zeigt somit die Ertragslage der Unternehmen auf. Die beiden Graphiken stellen die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahr 2009 dar.

Grundlage sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse jeweils zum Jahresende. Soweit diese nicht vorliegen, werden sie umgehend als Ergänzungslieferung nachgereicht.



6.4 Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es werden die Kapitalzuführungen und Entnahmen durch die Stadt und Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, sowie die von der Stadt gewährten Sicherheiten und Kreditaufnahmen dargestellt. Der Stichtag für die Angaben ist der 31.12.2015.

6.5 Unternehmensverlauf und –entwicklung

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens und die Grundzüge des Geschäftsverlaufs werden aufgezeigt. Darüber hinaus wird die erwartete Entwicklung dargestellt. Die Aussagen beziehen sich auf den Ablauf des Jahres 2015 und zu diesem Zeitpunkt geschätzte Entwicklung 2016.

6.6 Darstellung der Bezüge

Die gesetzliche Forderung der einzelnen Angabe der Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates bei Unternehmen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz fällt bei den im Beteiligungsbericht beschriebenen Unternehmen unter die Schutzklausel gem. § 286 IV Handelsgesetzbuch, so dass diese nicht genannt werden. Der Gesamtbetrag der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit der Gremien wird in den jeweiligen Einzeldarstellungen aufgeführt.

7. Vermögensrechnung (Bilanz)

Die Stadt Wetzlar erstellt zum 01.01.2009 eine Eröffnungsbilanz. Bestandteil dieser ist das Finanzanlagevermögen, das sind u.a. die Eigenbetriebe, die Beteiligungen und Genossenschaftsanteile der Stadt Wetzlar.

Die Gliederung des Finanzanlagevermögens in der Vermögensrechnung (Bilanz) und deren Bezeichnung ist in den §§ 44, 49 und 50 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und dem Kommunalen Verwaltungskontenrahmen (KVKR, Muster 12 zur GemHVO) verbindlich vorgeschrieben.

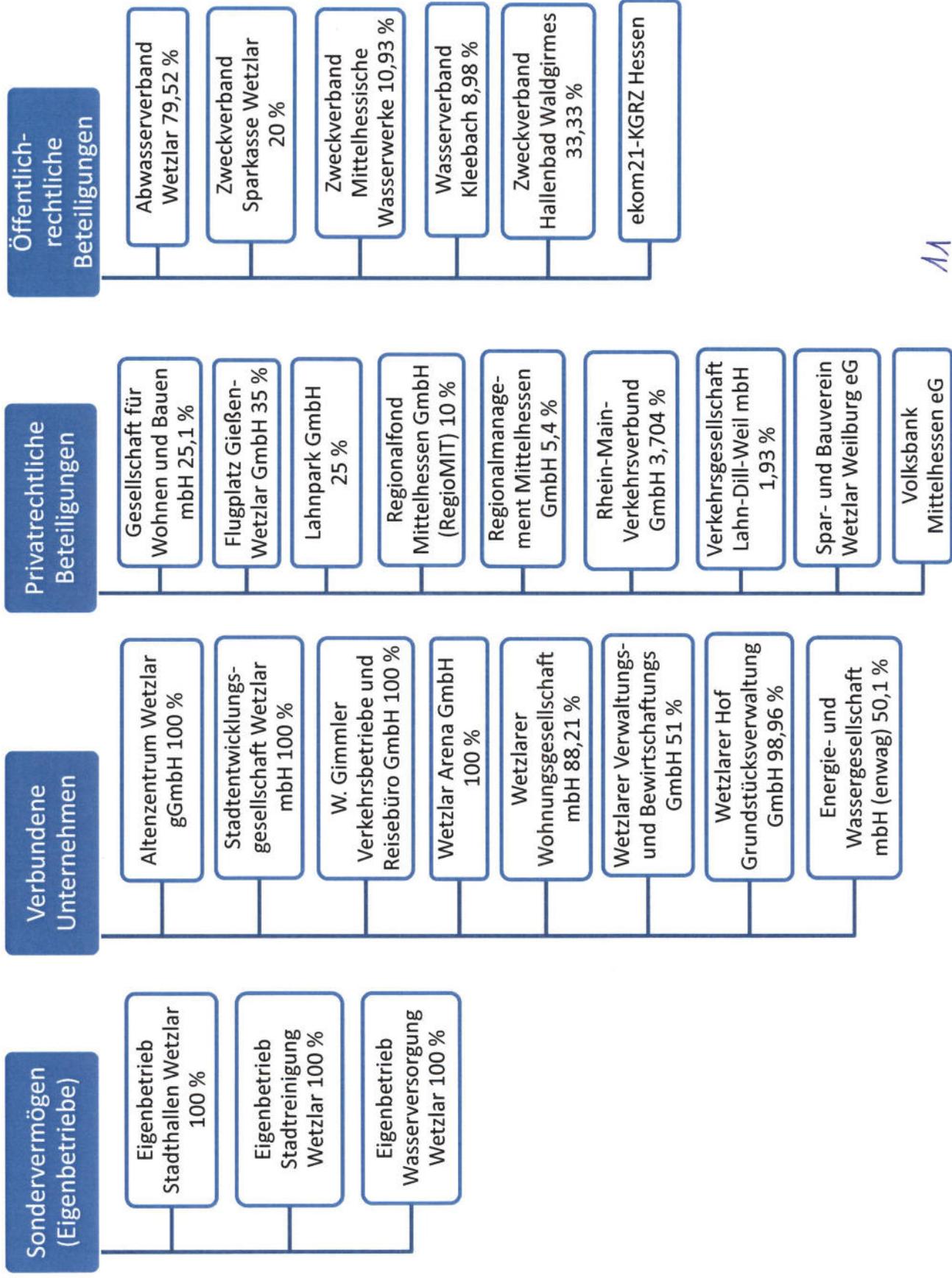
Demnach wird nach „Verbundenen Unternehmen“ und „Beteiligungen“ unterschieden. Bei den Verbundenen Unternehmen handelt es sich um die Eigenbetriebe, die Anteile an Verbänden und Unternehmen die mehrheitlich (über 50 – 100 %) durch die Kommune bestimmt werden. Als Beteiligungen werden Anteile an Unternehmen und Verbänden bezeichnet bei denen die Stadt Wetzlar über mindestens einem Fünftel verfügt.

In der Position „Sonstige Ausleihungen/Sonstige Finanzanlagen“ werden u.a. Anteile an Unternehmen unter 20 % und Genossenschaftsanteile der Kommunen in der Vermögensrechnung (Bilanz) ausgewiesen.



Übersichten

Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Wetzlar



Übersicht wirtschaftlicher Daten der Eigenbetriebe und Beteiligungen (mind. 10%)

Gesellschaft	Stammkapital		Anteil der Stadt		Stammkapitalanteil		Bilanzdaten 2015			G u V- Daten 2015		
			Prozent	Euro	Anlagevermögen TEuro	Eigenkapital TEuro	Bilanzsumme TEuro	Umsatzerlöse /Erträge TEuro	Personal-aufwand TEuro	Ergebnis TEuro		
Eigenbetriebe												
Eigenbetrieb Stadtreinigung	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	100,00%	1.300.000,00 €	3.962	1.186	4.707	8.357	3.219	225		
Eigenbetrieb Wasserversorgung	50.000,00 €	50.000,00 €	100,00%	50.000,00 €	0	49	809	5.852	0	50		
Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen	16.286.180,29 €	16.286.180,29 €	100,00%	16.286.180,29 €	48.704	27.238	50.322	698	1.104	-861		
Verbundene Unternehmen												
Altenzentrum Wetzlar gGmbH	209.000,00 €	209.000,00 €	100,00%	209.000,00 €	2.175	1.598	2.666	4.760	3.569	-160		
Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH	51.129,19 €	51.129,19 €	100,00%	51.129,19 €	2.424	38	3.715	381	15	33		
Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	1.354.923,50 €	1.354.923,50 €	100,00%	1.354.923,50 €	10.216	1.371	12.385	11.222	5.519	264		
Wetzlar Arena GmbH	25.000,00 €	25.000,00 €	100,00%	25.000,00 €	0	15	16	0	0	-2		
Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	4.800.000,00 €	4.800.000,00 €	88,21%	4.234.080,00 €	90.582	33.748	98.417	17.041	2.392	1.342		
Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	51.129,19 €	51.129,19 €	51,00%	26.075,89 €	121	223	390	2.034	744	147		
Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH	335.816,51 €	335.816,51 €	98,96%	332.339,73 €	1.632	1.593	1.797	180	10	-12		
enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH	17.000.000,00 €	17.000.000,00 €	50,10%	8.517.000,00 €	31.712	39.722	52.417	54.320	7.999	10.391		

Übersicht wirtschaftlicher Daten der Eigenbetriebe und Beteiligungen (mind. 10%)

Gesellschaft	Stammkapital	Anteil der Stadt		Stammkapital-anteil Euro	Bilanzdaten 2015			G u V- Daten 2015		
		Prozent			Anlagevermögen TEuro	Eigenkapital TEuro	Bilanzsumme TEuro	Umsatzerlöse /Erträge TEuro	Personal- aufwand TEuro	Ergebnis TEuro
<u>Privatrechtliche Beteiligungen</u>										
Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	1.533.875,64 €	25,10%		384.491,49 €	88.653	37.056	95.024	14.655	2.412	1.168
Flugplatz Gießen - Wetzlar GmbH	76.693,78 €	35,00%		26.842,82 €	0	103	105	5	0	1
Lahnpark GmbH	28.000,00 €	25,00%		7.000,00 €	3	22	114	0	7	-1
<u>Öffentlich-rechtliche Beteiligungen</u>										
Abwasserverband Wetzlar	- €			- €	46.593	2.386	46.984	6.555	569	359
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	18.000.000,00 €	10,93%		1.967.400,00 €	61.345	21.042	67.535	19.923	8.948	18
Zweckverband Hallenbad Waldgirmes *	- €	33 ^{1/3} %		- €						
<u>Mittelbare Beteiligungen</u>										
Zubringerdienste Wetzlar GmbH	25.000,00 €	100%		25.000,00 €	0	33	78	336	311	0
Gasversorgung Lahn Dill	5.138.483,41 €	50% (Gimmeler) (enwag)		2.569.241,70 €	2.944	6.660	7.610	5.602	0	2.023
Fünferwerke GmbH & Co.KG	2.000.000,00 €	20% (enwag)		400.000,00 €	47	3.421	5.956	/	/	/

* Ein geprüfter Jahresabschluss 2015 liegt noch nicht vor.



Einzel- darstellungen der Beteiligungen

Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1.	<i>Gründung</i>	Der Eigenbetrieb Stadthallen wurde 1991 gegründet.	
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen und die Standortwerbung für Wetzlar einschließlich damit verbundener Investitionen sowie das Halten von Geschäftsanteilen, die mittelbar oder unmittelbar dem Zwecke des Eigenbetriebes förderlich sind. Der Eigenbetrieb kann auch Aufgaben in Form einer Betriebsführung übernehmen, wenn diese den eigentlichen Betriebszweck nicht gefährden und der Eigenbetrieb hierfür eine angemessene Vergütung erhält.	
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck nach § 121 HGO wird erfüllt.	
1.4.	<i>Stammkapital</i>	16.286.180,29 € Stadt Wetzlar: 100 %	
1.5.	<i>Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen</i>	Wetzlar Arena GmbH	100 %
		Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	100 %
		Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH	95,6 %*
		Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	88,2 %
		Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	51 %
		Energie- und Wassergesellschaft mbH	50,1 %
		Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	25,1 %
		* Es handelt sich hierbei um die Beteiligungsquote lt. Gesellschaftsvertrag. Mit Inkrafttreten des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) sind die eigenen Anteile der Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH unter „Anderen Gewinnrücklagen“ auszuweisen und vom gezeichneten Kapital abzusetzen. Dadurch ändert sich die tatsächliche Beteiligungsquote der Stadt von 95,6 % auf 98,96 %.	
1.6.		Betriebskommission	
		Die Mitglieder der Betriebskommission wurden am 30. August 2011 bestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Aufgaben durch den Magistrat wahrgenommen.	
		Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister (bis 27.11.2015) Dipl. Verwaltungswirt
		Manfred Wagner	Vorsitzender, Oberbürgermeister (ab 27.11.2015) Dipl. Verwaltungswirt

Wolfram Dette	Stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister und Stadtkämmerer (bis 27.11.2015)
Ruth Viehmann	Stadträtin
Martina Heil-Schön	Stadtverordnete
Udo Volck	Stadtverordneter
Günter Pohl	Stadtverordneter
Karl Hedderich	Stadtverordneter
Thomas Meißner	Stadtverordneter
Dunja Boch	Stadtverordnete
Thomas Heyer	Stadtverordneter
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter
Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete
Matthias Karen	Vertreter des Personalrates
Karina Richter	Vertreterin des Personalrates
Waldemar Kleber	Sachkundiger Bürger
Jürgen Weigel	Sachkundiger Bürger

Betriebsleitung: Herr Friedrich Rolf Hess

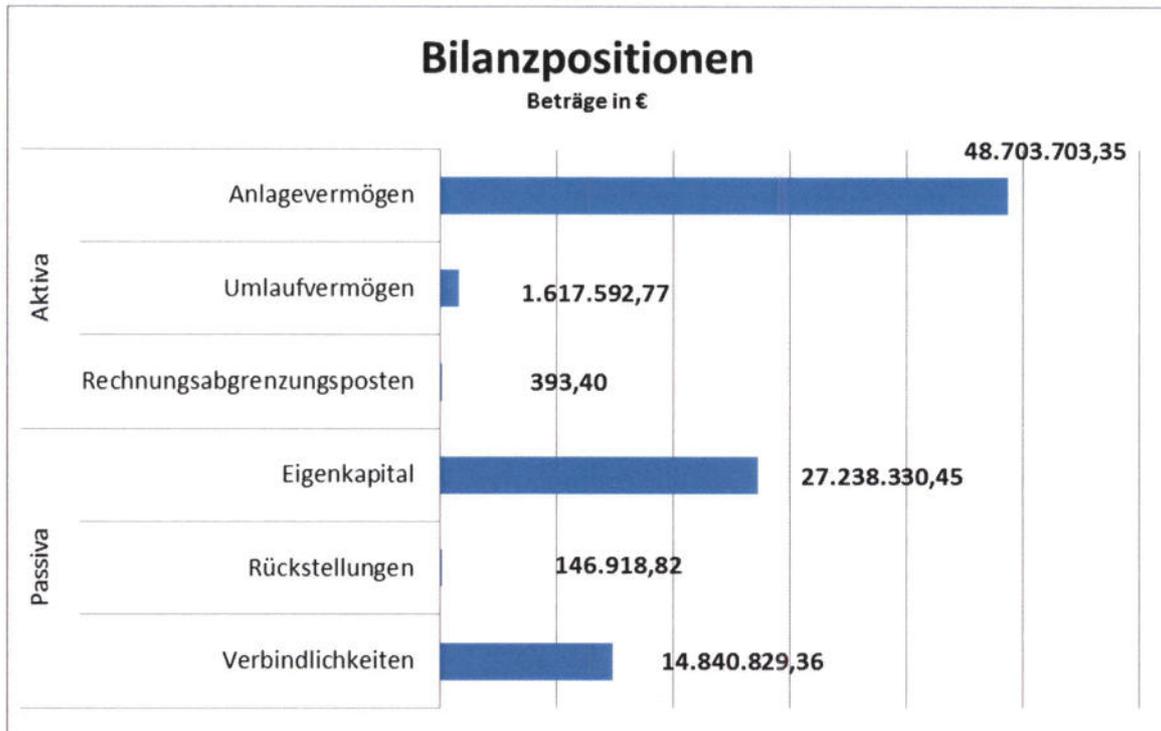
1.6.1 Bezüge Aufsichtsrat	Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Betriebskommission in 2015 betragen 958,70 €.
1.7. Anzahl der Sitzungen	4 Sitzungen der Betriebskommissionen

2. Unternehmenskennzahlen

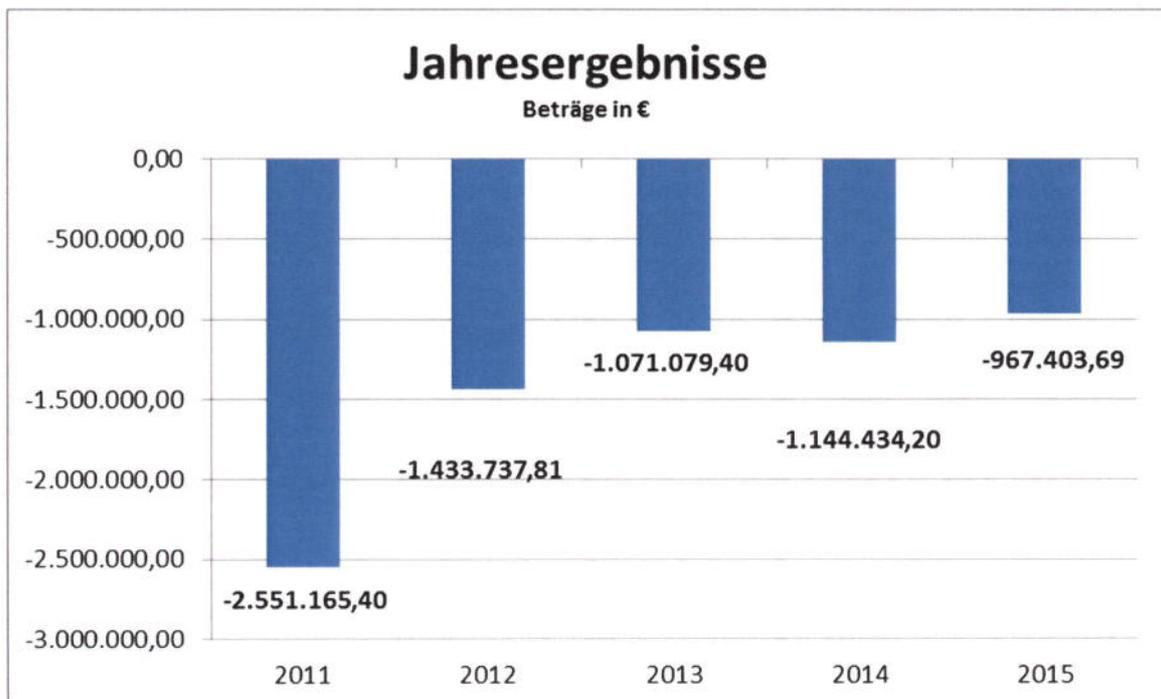
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	48.703.703,35	49.594.169,35	-890.466,00
Umlaufvermögen	1.617.592,77	1.488.631,07	128.961,70
Rechnungsabgrenzungsposten	393,40	393,40	0,00
Bilanzsumme	50.321.689,52	51.083.193,82	-761.504,30
Passiva			
Eigenkapital	27.238.330,45	27.833.825,64	-595.495,19
<i>davon Stammkapital</i>	<i>16.286.180,29</i>	<i>16.286.180,29</i>	<i>0,00</i>
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.095.610,89	7.434.194,39	661.416,50
Rückstellungen	146.918,82	184.406,16	-37.487,34
Verbindlichkeiten	14.840.829,36	15.630.767,63	-789.938,27
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	50.321.689,52	51.083.193,82	-761.504,30
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	698.217,34	708.377,19	-10.159,85
sonstige betriebliche Erträge	269.988,54	310.595,74	-40.607,20
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	968.205,88	1.018.972,93	-50.767,05
Materialaufwand	1.315.607,70	1.243.045,86	72.561,84
Personalaufwand	1.104.472,70	1.112.991,88	-8.519,18
Abschreibungen	1.022.038,19	1.182.522,21	-160.484,02
sonst. betr. Aufwendungen	379.059,77	536.090,42	-157.030,65
Betriebsaufwand	3.821.178,36	4.074.650,37	-253.472,01
Zinsen und ähnliche Erträge	14.264,76	33.743,56	-19.478,80
Erträge aus Beteiligungen	2.309.260,00	2.309.260,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	329.530,95	334.558,75	-5.027,80
Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.994,00	1.794,99	199,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-860.972,67	-1.049.027,62	188.253,96
Steuern	106.431,02	95.406,58	11.024,44
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-967.403,69	-1.144.434,20	177.229,52

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) Darlehen / Liquiditätshilfen

Die Stadt gewährte dem Eigenbetrieb Liquiditätshilfe; die Zinserträge für das Jahr 2015 betragen 7.953,92 €.

b) Sicherheiten

Keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurden mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Amt für Informationstechnik, Rechtsamt, Stadtteilbüros Münchholzhausen und Naunheim, Personalamt und Büro des Magistrats (Post-, Fahr- und Botendienste).

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar mieten bei Bedarf Räumlichkeiten, Veranstaltungsorte u. ä. an.

e) Sonstiges

Verrechnungskonto

Die Stadt hat zum 31.12.2015 gegenüber dem Eigenbetrieb Forderungen aus der Übertragung von Kapitalanteilen an der Gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaft mbH und der Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH sowie aus der Zuordnung zweier Grundstücke von insgesamt 2.816.872,73 €.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

A) Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der Eigenbetrieb wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November 1990 zum 1. Januar 1991 gegründet. Art und Umfang der Geschäftstätigkeit sind in der Betriebssatzung vom 13. November 1990, zuletzt geändert zum 30. März 1995, geregelt. Die satzungsgemäße Aufgabe besteht in der Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen sowie in der Standortwerbung für die Stadt Wetzlar. Hiermit verbunden ist die Durchführung von Investitionen in die vorgenannten Einrichtungen. Weiterhin sind dem Eigenbetrieb wesentliche Geschäftsanteile städtischer Beteiligungen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis sowie der Finanz- und Ertragslage zugeordnet.

Dem Eigenbetrieb sind folgende Einrichtungen und Aufgabenbereiche zugeordnet:

- Rittal-Arena Wetzlar
- Stadthalle Wetzlar mit Tiefgarage
- Stadthaus am Dom mit Tiefgarage
- Bürgerhaus Nauborn
- Bürgerhaus Steindorf
- Bürgerhaus Münchholzhausen
- Sport- und Kulturhalle Naunheim
- Bürgerhaus Büblingshausen, Gaststätte, Büroräume
- Festspielanlage Rosengärtchen
- Fest- und Parkplatz Finsterloh
- Fest- und Parkplatz Bachweide
- Saal Aula, Arnsburger Gasse
- Tourist-Information
- City-Bus

B) Darstellung der Lage des Eigenbetriebs

I. Vermögenslage

Gesamtvermögen und Gesamtkapital sind gegenüber dem Vorjahr von 51.030 T€ um 708 T€ auf 50.322 T€ gesunken.

Auf der Vermögensseite resultiert die Verminderung des Anlagevermögens um 888 T€ aus den Abschreibungen T€ 1.022 und den Anlagenzugängen in Höhe 134 T€. Bei den Finanzanlagen ergibt sich eine Verminderung bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 2. Beim Umlaufvermögen ist eine Erhöhung in Höhe von 182 T€ zu verzeichnen. Bezüglich der Sachanlagenzugänge wird auf die Erläuterungen zu den Investitionen verwiesen. Beim mittel-/kurzfristigen Vermögen hat hauptsächlich die Erhöhung der Sonstigen Vermögensgegenstände sowie die des Guthabens bei Kreditinstituten zur Veränderung in diesem Bereich beigetragen.

II. Finanzlage

Im gesamten Geschäftsjahr 2015 war die Liquidität des Eigenbetriebs sichergestellt. Ausstehende Kapitalertragssteuerforderungen wurden durch Liquiditätshilfen überbrückt. Einschließlich der regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen konnte der Eigenbetrieb alle anfallenden Verpflichtungen stets zum Fälligkeitszeitpunkt erfüllen.

III. Ertragslage

Der Gesamtumsatz (968 T€) ist gegenüber dem Vorjahr (1.019 T€) gesunken. Grund hierfür war der Rückgang bei den sonstigen betrieblichen Erlösen. Der Materialaufwand inkl. der Instandhaltungen ist um 73 T€ gestiegen. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 9 T€ gesunken. Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr von 1.183 T€ auf 1.022 T€ gesunken.

Das Finanzergebnis verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 15 T€. Ausschlaggebend dafür ist die im Vorjahr 2014 erfolgte Erstattung von Zinsen für die verspätete Auszahlung der Kapitalertragssteuererstattung für die Jahre 2011 und 2012. Im Jahr 2015 kam es zu einer geringeren Zinserstattung.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weist für das Jahr 2015 einen Betrag von -861 T€ gegenüber dem Vorjahr von -1.049 T€ aus. Nach Abzug der sonstigen Steuern (106 T€) wird für das Jahr 2015 ein Verlust von 967 T€ (VJ 1.144 T€) ausgewiesen.

Das negative Betriebsergebnis hat sich um 177 T€ von -1.144 T€ im Vorjahr auf -967 T€ in 2015 verringert.

C) Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Jahr 2015 geht der Eigenbetrieb bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wie im abgelaufenen Geschäftsjahr von einer ähnlichen Entwicklung der Belegung der Stadthalle sowie der anderen Veranstaltungsorte aus. Durch eine starke Bewerbung als Kongress- und Tagungsstandort ist man bestrebt, durch diese Veranstaltungen eine stärkere Auslastung der Stadthalle Wetzlar sowie eine gesamtstädtische positive Auswirkung für Hotels, Gastronomie und Einzelhandel zu erzielen.

Mit Datum 16.06.2015 wurde der Betreibervertrag mit der Gegenbauer Location Management & Service GmbH vom 23.07.2004 für die Rittal Arena bis zum 31.12.2020 verlängert.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 07.05.2015 mehrheitlich den Beschluss, die städtischen Anteile am Stadthaus am Dom an die Grundstücksentwicklungsgesellschaft Lahnau GmbH & Co.KG zu übertragen. In derselben Stadtverordnetenversammlung wurde der Beschluss gefasst, das Grundstück des Stadthauses an die Grundstücksentwicklungsgesellschaft Lahnau GmbH & Co.KG für 775 T€ zu veräußern.

Nach einem baufachlichen Gutachten muss die Tiefgarage der Stadthalle Wetzlar mittelfristig in erheblichem Umfang saniert werden.

D) Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Planungen des Eigenbetriebs basieren auf dem Niveau der gegenwärtigen Gewinnausschüttungen der Enwag mbH, der WWG und der WVVB. Sie dienen weitgehend zur Abdeckung des betrieblichen Defizits sowie der Sicherstellung einer stabilen Finanzlage.

Nach eigenem Kenntnisstand wird davon ausgegangen, dass sich die bestehende Verlustsituation in den nächsten Jahren aufgrund der stetigen Kosten für Abschreibungen, Zinsen und Personal nicht verringern wird. Die Erhöhung der Benutzungstarife ab 01.01.2016 wird die Verlustsituation des Eigenbetriebs nur geringfügig verbessern.

Mit Schreiben vom 22.04.2013 teilte das Finanzamt mit, dass beabsichtigt ist, von den Steuererklärungen ab 2008 hinsichtlich der Behandlung des Bereichs „Rittal-Arena“ abzuweichen. Dieser Bereich soll als nicht i. S. v. § 8 VII KStG begünstigtes Dauerverlustgeschäft behandelt werden und würde in Höhe seiner Verluste somit eine verdeckte Gewinnausschüttung an die Stadt Wetzlar darstellen. Dies hätte zur Folge, dass hierauf Kapitalertragssteuer entsteht.

Für die Bereiche 2008-2011 hat das Finanzamt Gießen die Körperschaftssteuer im Bescheid vom 16.06.2014 wie veranlagt beschieden. Eine entsprechende Erstattung in Höhe von 363 T€ inkl. 23 T€ Zinsen wurde am 20.06.2014 überwiesen.

Mit Nachforderungsbescheid vom 19.08.2014 forderte das Finanzamt die Kapitalertragssteuer für den vom Finanzamt als verdeckte Gewinnausschüttung deklarierten Verlust aus der Verpachtung Rittal-Arena aus 2012 ein und hat diese mit der Erstattung aus dem Körperschaftssteuerbescheid für 2012 einbehalten. Gegen diesen Einbehalt wurde mit Schreiben vom 19.09.2014 Einspruch erhoben.

Mit Datum vom 30.11.2015 wurde vor dem Hessischen Finanzgericht die Klage der Stadt Wetzlar gegen das Finanzamt Gießen eingereicht. Mit Datum vom 26.04.2016 wurde seitens des Finanzamtes Gießen beim Hessischen Finanzgericht beantragt, die Klage abzuweisen.

Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Der Eigenbetrieb Stadtreinigung wurde am 01. Januar 2003 gegründet.														
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Sicherstellung der Abfallsorgung, der Straßenreinigung, des Winterdienstes sowie der Instandhaltung des städtischen Fuhrparks. Zur Erfüllung dieses Zweckes werden die Aufgabenbereiche des bisherigen Stadtreinigungs- und Fuhramtes der Stadt Wetzlar einschließlich ihrer Nebenbetriebe in einem Eigenbetrieb im Sinne des § 127 HGO und des § 1 EigBGes zusammengefasst und nach dessen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt. Der Eigenbetrieb ist berechtigt, auch Leistungen außerhalb der jeweiligen Satzungen für die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung sowie im Fahrbahn- und Gehwegwinterdienst zu erbringen. Die Kfz-Werkstatt des Eigenbetriebes darf Wartungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Geräten übernehmen, die mit den betriebseigenen Fahrzeugen und Geräten vergleichbar sind. Dies gilt auch für Leistungen, die außerhalb des Stadtbetriebes erbracht werden. Darüber hinaus kann der Eigenbetrieb Aufgaben in Form einer Betriebsführung übernehmen, wenn diese den Betriebszweck nicht gefährden und er hierfür eine angemessene Vergütung erhält.														
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck nach § 121 HGO wird erfüllt.														
1.4. <i>Stammkapital</i>	1.300.000,00 € Stadt Wetzlar: 100 %														
1.5. <i>Organe</i>	Betriebskommission Die Mitglieder der dritten Betriebskommission wurden am 30.08.2011 bestellt; der Betriebskommission gehören zum 31.12.2015 an: <table border="0"> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Oberbürgermeister (bis 27.11.15)</td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister (ab 27.11.15)</td> </tr> <tr> <td>Norbert Kortlüke</td> <td>Stadtrat (Vorsitzender)</td> </tr> <tr> <td>Günter Schmidt</td> <td>Stadtrat</td> </tr> <tr> <td>Dr. Karl Ihmels</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Karl-Heinz Schäfer</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Tim Brückmann</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> </table>	Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.15)	Manfred Wagner	Oberbürgermeister (ab 27.11.15)	Norbert Kortlüke	Stadtrat (Vorsitzender)	Günter Schmidt	Stadtrat	Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter	Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	Tim Brückmann	Stadtverordneter
Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.15)														
Manfred Wagner	Oberbürgermeister (ab 27.11.15)														
Norbert Kortlüke	Stadtrat (Vorsitzender)														
Günter Schmidt	Stadtrat														
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter														
Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter														
Tim Brückmann	Stadtverordneter														

Karl Hedderich	Stadtverordneter
Christian Cloos	Stadtverordneter
Akop Voskanian	Stadtverordneter
Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete
Erich Lautz	Stadtverordneter (bis 23.04.15)
Dunja Boch	Stadtverordnete (ab 24.04.15)
Herbert H. G. Wolf	Stadtverordneter
Reiner Lugner	Personalrat
Hans Marksteiner	Personalrat
Waldemar Kleber	Wirtschaftlich oder technisch er- fahrene Person
Klaus Hugo	Wirtschaftlich oder technisch er- fahrene Person

Betriebsleitung

Betriebsleiter: Armin Schöffner, Magistratsoberrat
 Stellv. Betriebsleiter: Michael Bietz, Oberamtsrat

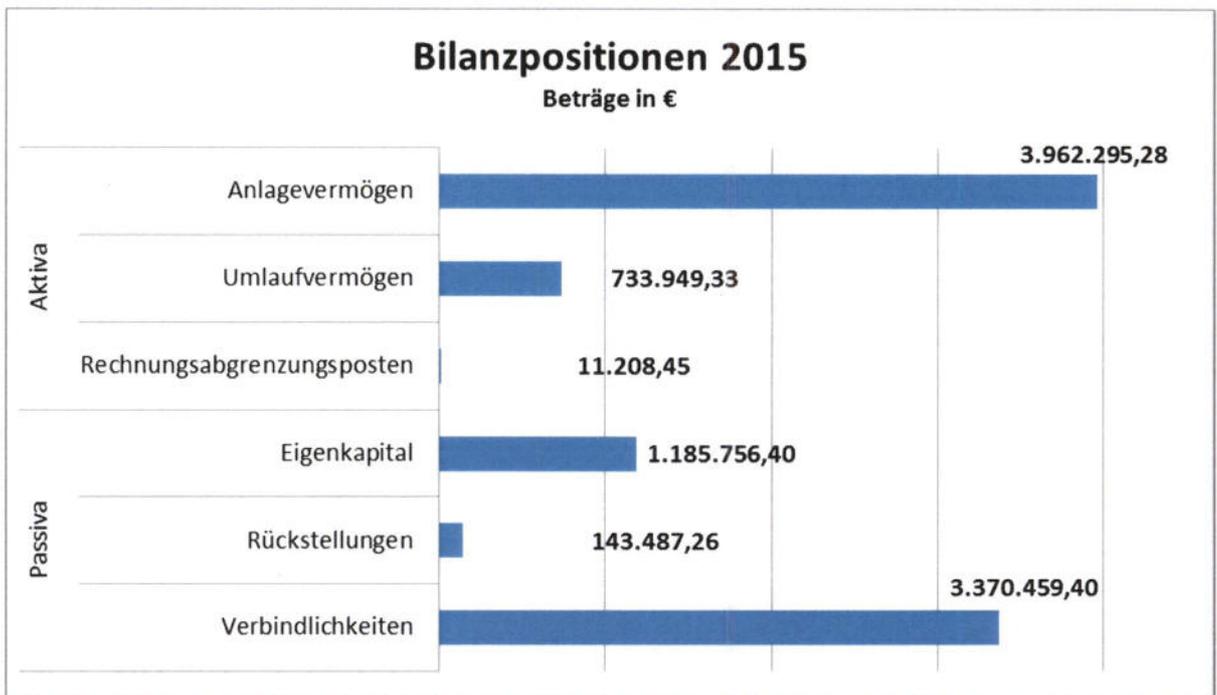
1.5.1 Bezüge Betriebsleitung und –kommission	<p>In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Bezüge der Betriebsleitung verzichtet.</p> <p>An die Mitglieder der Betriebskommission wurden in 2015 Sitzungsgelder in Höhe von 630,00 € gezahlt.</p>
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	3 Sitzungen der Betriebskommission

2. Unternehmenskennzahlen

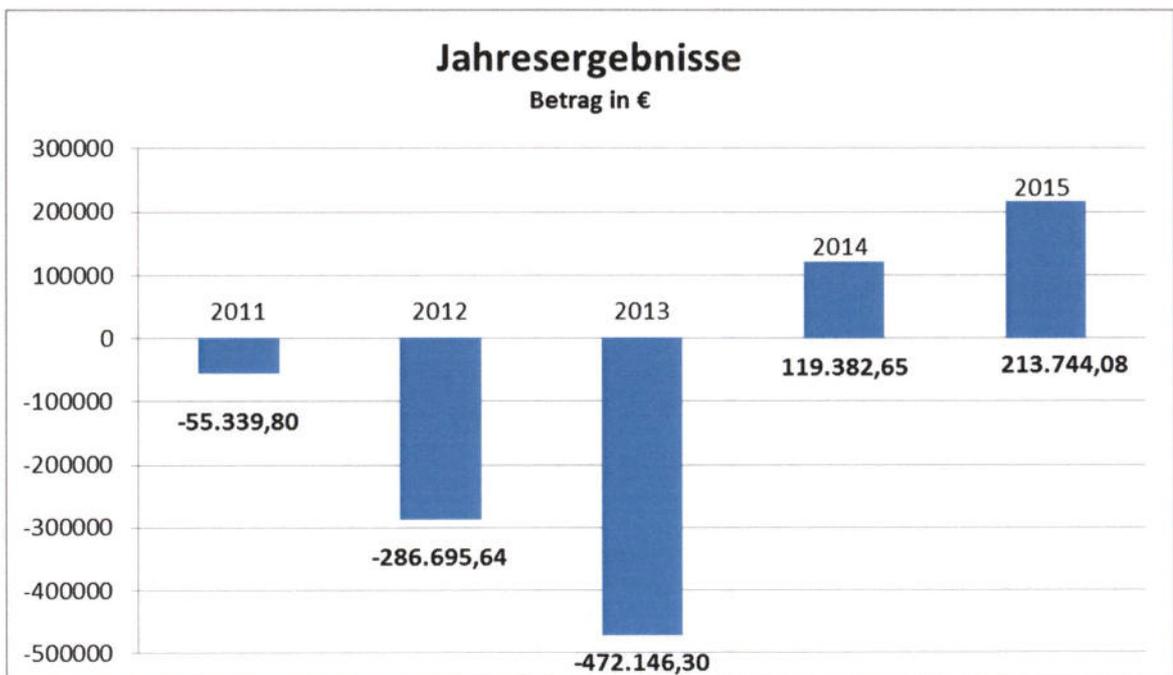
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	3.962.295,28	4.048.805,60	-86.510,32
Umlaufvermögen	733.949,33	862.803,04	-128.853,71
Rechnungsabgrenzungsposten	11.208,45	11.698,41	-489,96
Bilanzsumme	4.707.453,06	4.923.307,05	-215.853,99
Passiva			
Eigenkapital	1.185.756,40	972.012,32	213.744,08
<i>davon Stammkapital</i>	<i>1.300.000,00</i>	<i>1.300.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	143.487,26	218.606,18	-75.118,92
Verbindlichkeiten	3.370.459,40	3.724.938,55	-354.479,15
Rechnungsabgrenzungsposten	7.750,00	7.750,00	0,00
Bilanzsumme	4.707.453,06	4.923.307,05	-215.853,99
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	8.356.635,54	8.291.697,89	64.937,65
sonstige betriebliche Erträge	48.116,45	40.841,48	7.274,97
Betriebsleistung	8.404.751,99	8.332.539,37	72.212,62
Materialaufwand	3.347.442,42	3.334.599,25	12.843,17
Personalaufwand	3.219.075,17	3.176.750,20	42.324,97
Abschreibungen	496.503,51	536.539,18	-40.035,67
sonst. betr. Aufwendungen	1.067.602,00	1.099.033,82	-31.431,82
Betriebsaufwand	8.130.623,10	8.146.922,45	-16.299,35
Zinsen und ähnliche Erträge	1.965,91	10.391,75	-8.425,84
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	51.122,29	58.564,90	-7.442,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	224.972,51	137.443,77	87.528,74
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9,18	22,69	-13,51
Sonstige Steuern	11.237,61	-18.083,81	29.321,42
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	213.744,08	119.382,65	94.361,43

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen / Liquiditätshilfen*

Dem Eigenbetrieb Stadtreinigung wurde zum 31.12.2015 ein Darlehen in Höhe von 1.379.850,31 € gewährt.

Die Stadt gewährte dem Eigenbetrieb Liquiditätshilfe; die Zinserträge für das Jahr 2015 betragen 5.641,70 €.

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Stadtbetriebsamt, Tiefbauamt, Stadtbüro und Stadtteilbüros, Amt für Informationstechnik, Personal- und Organisationsamt, Rechtsamt, Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Amt für Stadtentwicklung sowie das Amt für Gebäudemanagement.

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Die Stadtverwaltung Wetzlar nimmt Leistungen der Kfz-Werkstatt in Anspruch.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

1. Allgemeine Erläuterungen

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.04.2002 wurde der Magistrat der Stadt Wetzlar mit der Schaffung der Voraussetzungen zur Umwandlung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes in einen Eigenbetrieb beauftragt. Die zur Änderung der Rechtsform notwendige Betriebssatzung hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 30.10.2002 beschlossen. Mit Wirkung vom 01.01.2003 entstand somit aus dem bisherigen Stadtreinigungs- und Fuhramt der Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar.

Der Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar ist unter der Nr. HRA 6452 im Handelsregister beim Amtsgericht Wetzlar eingetragen.

2. Geschäftsverlauf

Für das dreizehnte Geschäftsjahr wurde eine Umsatzprognose von 8,22 Mio. € im Nachtragswirtschaftsplan zugrunde gelegt. Tatsächlich konnten 2015 Erlöse in Höhe von 8,36 Mio. € erreicht werden.

Aus dem Wirtschaftsplan 2015 ergab sich zunächst ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -18.720 €. Im Nachtragswirtschaftsplan erfolgte eine geringfügige Anpassung des Ergebnisses auf -4.310 €.

Der Eigenbetrieb hat das Wirtschaftsjahr 2015 nunmehr mit einem Jahresüberschuss von 213.744 € abgeschlossen. Neben den gestiegenen Umsatzerlösen aus den Erlösarten „Gewerbemüllgebühren“ (+90 T€), „Werkstatterlöse“ (+42 T€) sowie „Wertstoffertlöse und sonstige Abfallerträge“ (+30 T€) konnten auch die Personalkosten gegenüber dem Planansatz gesenkt werden. Im Bereich der „Gewerbemüllgebühren“ hat vor allem die zusätzliche Entsorgungsdienstleistung durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Unterkünften auf dem Gebiet der Stadt zu höheren Einnahmen geführt.

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Risikobericht

Ein nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) gefordertes Risikofrüherkennungssystem für den Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar ist gesondert eingerichtet und dokumentiert. Die Überprüfung des Risikoszenarios ergibt keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdenden Risiken.

3.2. Chancenbericht

Im Zuge der Einführung eines Identensystems in der Abfallentsorgung wurden inzwischen die Ausstattung der Entsorgungsfahrzeuge mit den fahrzeugbezogenen Komponenten und die Implementierung der Hard- und Softwarebestandteile im System des Eigenbetriebes abgeschlossen. Nach einer längerfristigen Erfassung der Abfuhrdaten erfolgte im Lauf des Jahres 2015 eine komplette Überarbeitung der Tourenplanung. Ziele hierbei waren wirtschaftlichere Gestaltung der Abfuhrlogistik und eine gleichmäßigere Fahrzeugauslastung. Dies konnte mit einer Neustrukturierung aller Abfuhrbezirke und einer Differenzierung der Abfuhrtage für Bio- und Restmüll erreicht werden. Seit Anfang 2016 hat sich die neue Tourenplanung im praktischen Einsatz bewährt.

Aus den Erfahrungen des Winterdienstverlaufes der letzten Jahre ist erkennbar, dass die Intensität der winterlichen Witterungsbedingungen erheblichen Einfluss auf das Betriebsergebnis hat. Der nachfolgend dargestellte Aufwand für den Streumittteleinkauf der vergangenen Jahre zeigt deutlich die durch den Witterungsverlauf bedingten starken Schwankungen auf:

Geschäftsjahr	Aufwand für Streumittel in T€
2011	118,9
2012	36,8
2013	132,5
2014	21,8
2015	65,8

Die im Herbst 2011 auf dem Betriebsgelände des Eigenbetriebes in der Altenberger Straße errichtete neue Salzhalle mit einem Fassungsvermögen von rund 1.000 t hat dazu beigetragen, dass dauerhaft ausreichend Streumaterial zur Verfügung steht, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen und Wegen im Stadtgebiet Wetzlar sicherstellen zu können.

Weitere, den Geschäftsbetrieb maßgeblich beeinflussende Sachverhalte sind für das Geschäftsjahr 2015 und darüber hinaus derzeit nicht erkennbar.

4. Zusammenfassung

Im Betriebsbereich Abfallentsorgung (hoheitlich) konnten im Vergleich zum Vorjahr die Betriebserträge um 2,45 % bzw. 146,7 T€ gesteigert werden. Gleichzeitig haben sich die betrieblichen Aufwendungen lediglich um 0,36 % bzw. 20,9 T€ erhöht, so dass der Bereich im Geschäftsjahr 2015 mit 384,8 T€ positiv abgeschlossen hat. Nach Abzug einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung ergab sich eine Einstellung in die Rücklage für den Gebührenaussgleich in Höhe von 366,0 T€, die für anstehende Verlustausgleiche in diesem Bereich verwendet werden soll.

Das Ergebnis des Betriebsbereiches Straßenreinigung und Winterdienst (hoheitlich) hat sich verschlechtert und schließt weiterhin defizitär ab. Hierzu beigetragen haben im Vergleich zum Vorjahr insbesondere gestiegene Personalaufwendun-

gen (+70,1 T€) sowie der Mehrverbrauch von Salz und Sole (+22,6 T€). Das Spartenergebnis ist mit -135,4 T€ negativ ausgefallen (Vorjahr = -60,1 T€). Nach Berücksichtigung einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung ergab sich hier eine anteilige Entnahme aus der Rücklage für den Gebührenaussgleich in Höhe des verbliebenen Restbestandes (30,7 T€).

Der Geschäftsverlauf der Kfz-Werkstatt hat sich im Jahr 2015 günstiger entwickelt. Eine geringere Inanspruchnahme von Fremdfirmen für die Durchführung von Reparaturen an den Fahrzeugen hat zu einer höheren Auslastung des eigenen Personals geführt, so dass sich das Bereichsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 34,4 T€ verbessert hat. Die Betriebsergebnisse der Werkstatt der Jahre 2011 bis 2015 stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Verlust
2011	-96.472 €
2012	-47.454 €
2013	-74.456 €
2014	-87.260 €
2015	-52.853 €

Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1.	<i>Gründung</i>	Der Eigenbetrieb „Wasserversorgung“ Wetzlar wurde am 01. Januar 2011 gegründet.																		
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Die Einrichtungen zur Trinkwasserversorgung – mit Ausnahme von Einrichtungen zur Trinkwassergewinnung – werden als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz und den Bestimmungen dieser Satzung geführt. Der Eigenbetrieb ist befugt, alle Geschäfte zu führen, die seinen Betriebszweck fördern oder wirtschaftlich berühren. Er kann die Erfüllung seiner Aufgaben ganz oder teilweise auf andere Körperschaften übertragen, wenn dadurch die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigt wird.																		
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Zweck des Eigenbetriebes ist es, das Stadtgebiet mit Trinkwasser zu versorgen und das hierfür benötigte Wasser zu beschaffen. Der Eigenbetrieb hat keine Gewinnerzielungsabsicht.																		
1.4.	<i>Stammkapital</i>	50.000,00 € Stadt Wetzlar: 100 %																		
1.5.	<i>Organe</i>	<p>Betriebskommission</p> <p>Die Mitglieder der ersten Betriebskommission wurden am 30.08.2011 bestellt; der Betriebskommission gehören zum 31.12.2015 an:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Norbert Kortlüke</td> <td style="width: 50%;">Stadtrat, Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (bis 27.11.15)</td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (ab 27.11.15)</td> </tr> <tr> <td>Karlheinz Kräuter</td> <td>Stadtrat</td> </tr> <tr> <td>Waldemar Droß</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Dr. Barbara Greis</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Hermann Spory</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Herbert H. G. Wolf</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Rolf-Georg Pross</td> <td>Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person</td> </tr> </table> <p><u>Betriebsleitung</u></p> <p>Betriebsleiter: Armin Schäffner, Magistratsoberrat Stellv. Betriebsleiter: Stefan Kaiser</p>	Norbert Kortlüke	Stadtrat, Vorsitzender	Wolfram Dette	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (bis 27.11.15)	Manfred Wagner	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (ab 27.11.15)	Karlheinz Kräuter	Stadtrat	Waldemar Droß	Stadtverordneter	Dr. Barbara Greis	Stadtverordneter	Hermann Spory	Stadtverordneter	Herbert H. G. Wolf	Stadtverordneter	Rolf-Georg Pross	Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person
Norbert Kortlüke	Stadtrat, Vorsitzender																			
Wolfram Dette	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (bis 27.11.15)																			
Manfred Wagner	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (ab 27.11.15)																			
Karlheinz Kräuter	Stadtrat																			
Waldemar Droß	Stadtverordneter																			
Dr. Barbara Greis	Stadtverordneter																			
Hermann Spory	Stadtverordneter																			
Herbert H. G. Wolf	Stadtverordneter																			
Rolf-Georg Pross	Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person																			

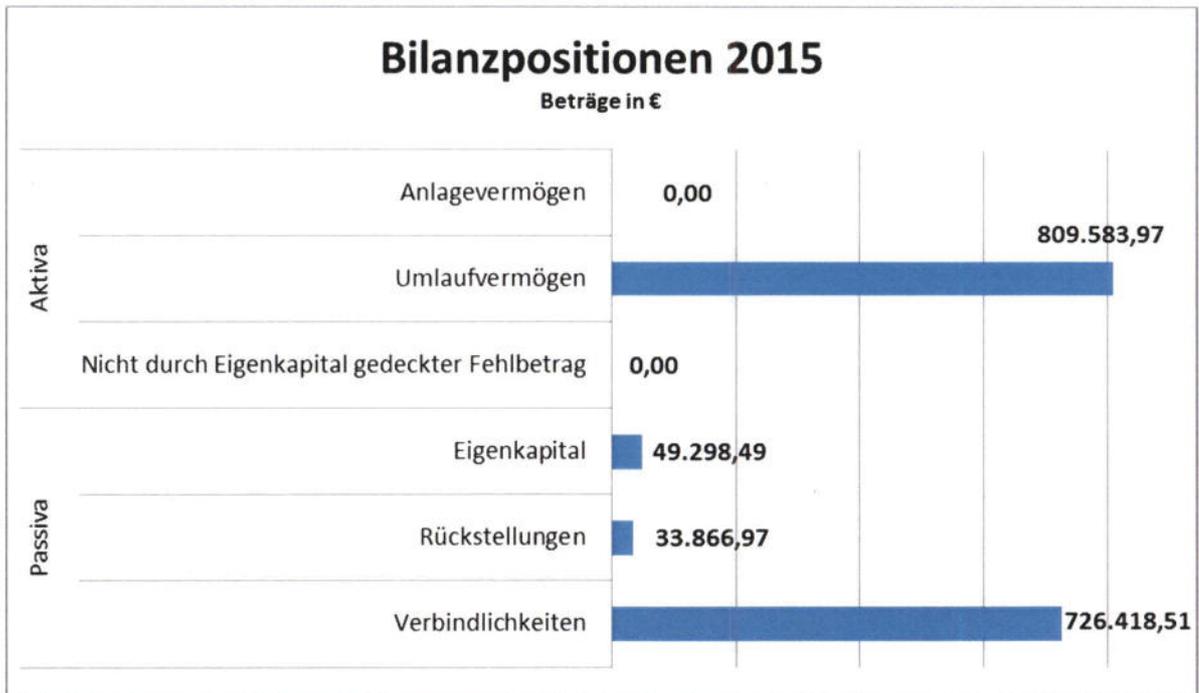
1.5.1 Bezüge Betriebskommission	An die Mitglieder der Betriebskommission wurden in 2015 Sitzungsgelder in Höhe von 345,00 € gezahlt.
1.6. Anzahl der Sitzungen	3 Sitzungen der Betriebskommission

2. Unternehmenskennzahlen

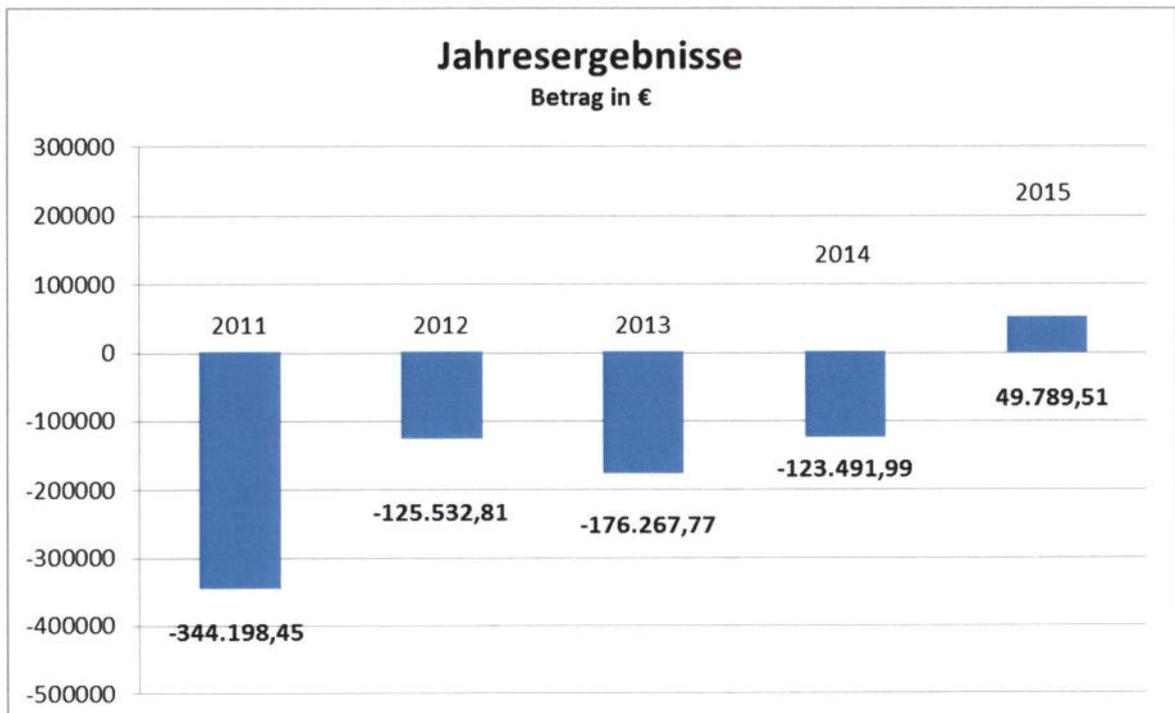
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung
	Euro	Euro	2014 - 2015
			Euro
<u>Bilanz</u>			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	809.583,97	638.456,67	171.127,30
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	123.491,02	-123.491,02
Bilanzsumme	809.583,97	761.947,69	47.636,28
Passiva			
Eigenkapital	49.298,49	769.491,02	-720.192,53
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	123.491,02	-123.491,02
<i>davon Stammkapital</i>	<i>50.000,00</i>	<i>50.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	33.866,97	5.450,00	28.416,97
Verbindlichkeiten	726.418,51	756.497,69	-30.079,18
Bilanzsumme	809.583,97	761.947,69	47.636,28
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>			
Umsatzerlöse	5.852.300,58	5.601.825,21	250.475,37
sonstige betriebliche Erträge	107.828,76	112.261,90	-4.433,14
Betriebsleistung	5.960.129,34	5.714.087,11	246.042,23
Materialaufwand	5.783.679,95	5.721.815,01	61.864,94
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonst. betr. Aufwendungen	126.652,39	115.792,57	10.859,82
Betriebsaufwand	5.910.332,34	5.837.607,58	72.724,76
Zinsen und ähnliche Erträge	22,53	35,01	-12,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30,02	6,53	23,49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.789,51	-123.491,99	173.281,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	49.789,51	-123.491,99	173.281,50

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Kassen- und Steueramt, Büro des Magistrats (Poststelle).

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

e) *Kapitalzuführungen*

Die Stadt Wetzlar führt dem Eigenbetrieb Wasserversorgung im Jahr 2015 einen Betrag in Höhe von 176.000 € zur Eigenkapitalstärkung zu. Dieser wird in der Bilanz des Eigenbetriebs in die Rücklagen aufgenommen.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar ist unter der Nr. HRA 7151 im Handelsregister beim Amtsgericht Wetzlar eingetragen.

2. Geschäftsverlauf

Für das fünfte Wirtschaftsjahr wurde für die betrieblichen Erträge eine Prognose in Höhe von 5.763 T€ im Erfolgsplan zugrunde gelegt. Letztendlich konnten die Erträge in Höhe von 5.960 T€ in 2015 erreicht werden.

Aus dem Wirtschaftsplan 2015 ergab sich zunächst ein negatives Ergebnis in Höhe von -137 T€. Im Nachtragswirtschaftsplan erfolgte eine Anpassung des Ergebnisses auf -116 T€ aufgrund der unterjährigen Prognose der Wasserverbrauchsmengen.

Ein höheres Gebührenaufkommen auf Grundlage der Abrechnung der Gebühren nach der Wasserversorgungssatzung durch das städtische Kassen- und Steueramt hat zu einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 50 T€ geführt. Die wesentlichen Gründe hierfür sind witterungsbedingt gestiegene Verbrauchsmengen im Frühjahr und Sommer sowie die zusätzliche Versorgungsleistung für die Unterbringung von Flüchtlingen in Unterkünften auf dem Gebiet der Stadt Wetzlar.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken könnten sich bei sinkenden Wasserverbrauchsmengen ergeben, denn bei der gegenwärtigen Gebühren- und Kostensituation würden auch zukünftig Verluste anfallen. Jedoch ist mittlerweile ein externes Fachbüro mit der Prüfung der im Auftrag der enwag erstellten Selbstkostenfestpreiskalkulation weit vorangeschritten. In der Folge wird noch die Neukalkulation der Wassergebühren über dieses Fachbüro durchgeführt.

Den Geschäftsbetrieb maßgeblich beeinflussende Sachverhalte sind für das Geschäftsjahr 2015 und darüber hinaus derzeit nicht erkennbar.

Altenzentrum Wetzlar gGmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Altenzentrum Wetzlar gGmbH wurde zum 01. Januar 2005 durch Umwandlung des Eigenbetriebes Altenzentrum gegründet.
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Altenhilfe- und Altenpflegeleistungen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Körperschaften, die steuerbegünstigte Zwecke verfolgen, beteiligen.
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Daseinsvorsorge im Sinne einer ausreichenden und sozial verträglichen Betreuung und Pflege gebrechlicher Menschen. Das Altenzentrum Wetzlar erfüllt diesen Zweck durch ihre angebotenen Leistungen.
1.4. <i>Stammkapital</i>	209.000,00 € Stadt Wetzlar: 100 %
1.5. <i>Organe</i>	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat, Geschäftsführung

Mitglieder Aufsichtsrat:

Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister bis 27.11.15, Oberbürgermeister ab 27.11.2015
Wolfram Dette	Stellv. Vorsitzender bis 23.11.2015
Gudrun Felkl	Stadträtin
Hans Litzinger	Stadtverordneter
Dr. Fritz Teichner	Stadtverordneter
Christa Lefèvre	Stadtverordnete
Angelika Kunkel	Stadtverordnete
Gudrun Borchers	Stadtverordnete
Janine Ramhab	Betriebsrat

Geschäftsführung:
Herr Dipl. Betriebswirt Harald Seipp

1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 659,50 Euro.
---------------------------	--

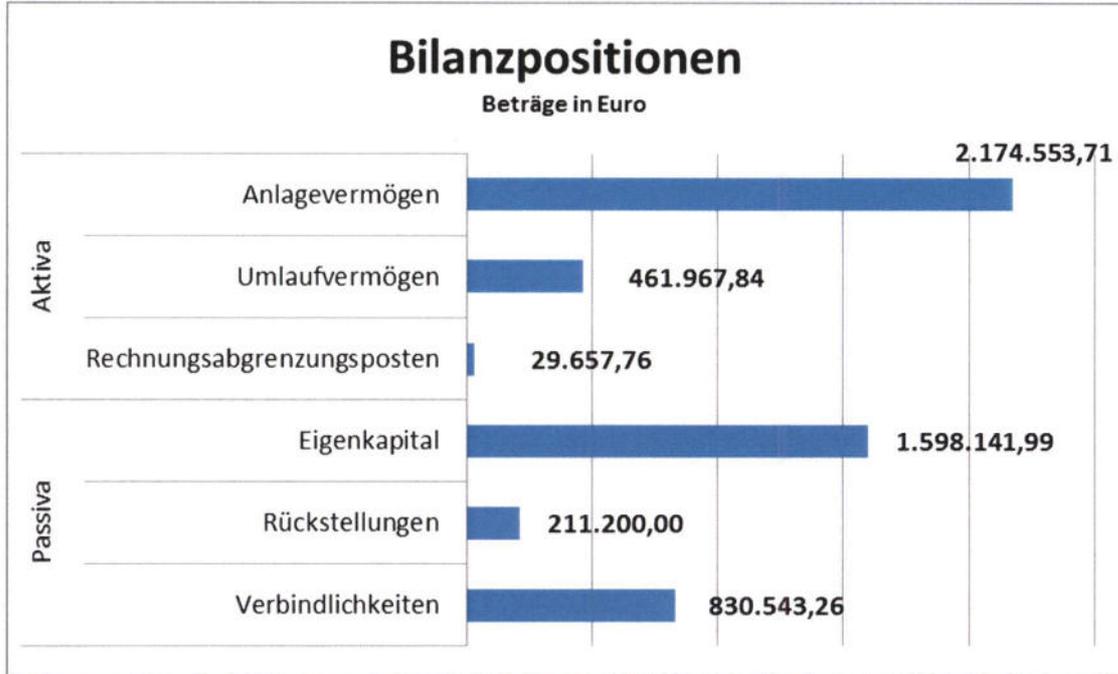
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen
----------------------------------	---

2. Unternehmenskennzahlen

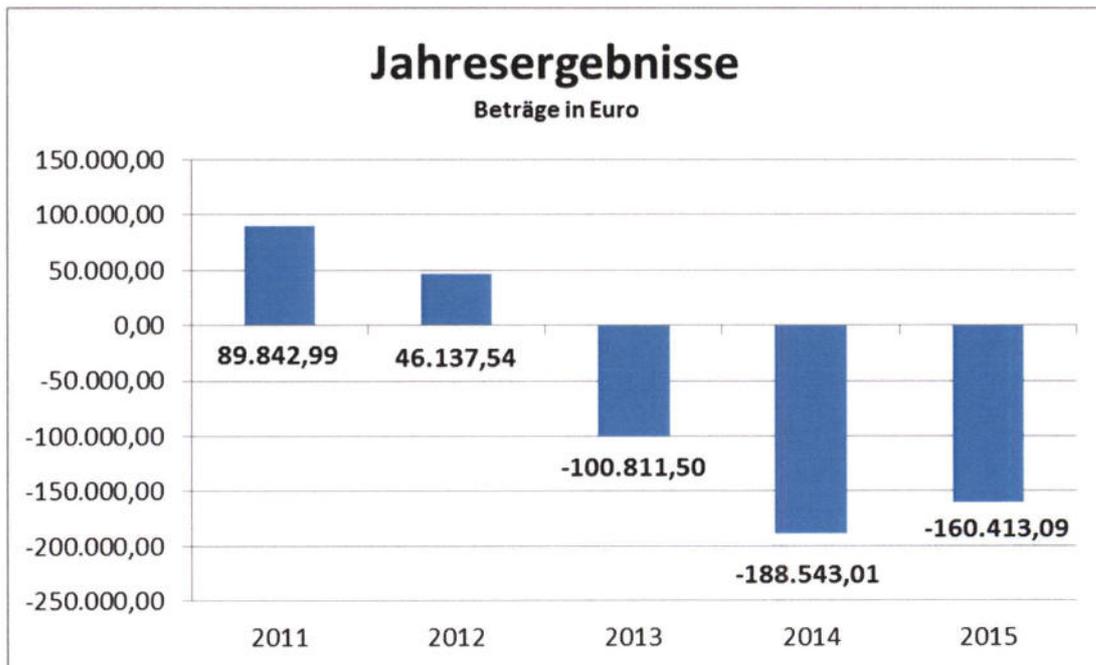
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	2.174.553,71	2.194.167,71	-19.614,00
Umlaufvermögen	461.967,84	389.071,93	72.895,91
Rechnungsabgrenzungsposten	29.657,76	2.836,00	26.821,76
Bilanzsumme	2.666.179,31	2.586.075,64	80.103,67
Passiva			
Eigenkapital	1.598.141,99	1.758.555,08	-160.413,09
<i>davon Stammkapital</i>	<i>209.000,00</i>	<i>209.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	211.200,00	176.245,20	34.954,80
Verbindlichkeiten	830.543,26	620.063,38	210.479,88
Rechnungsabgrenzungsposten	26.294,06	31.211,98	-4.917,92
Bilanzsumme	2.666.179,31	2.586.075,64	80.103,67
Gewinn- und Verlustrechnung			
Erträge	4.759.845,96	4.597.349,88	162.496,08
sonstige betriebliche Erträge	366.703,39	366.916,43	-213,04
Betriebsleistung	5.126.549,35	4.964.266,31	162.283,04
Materialaufwand	956.557,87	929.112,00	27.445,87
Personalaufwand	3.569.450,13	3.453.784,68	115.665,45
Abschreibungen	62.553,35	63.413,06	-859,71
sonst. betr. Aufwendungen	737.349,54	750.988,48	-13.638,94
Betriebsaufwand	5.325.910,89	5.197.298,22	128.612,67
Zinsen und ähnliche Erträge	45.068,01	45.331,00	-262,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.381,31	5.755,77	-1.374,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-158.674,84	-193.456,68	34.781,84
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
außerordentlicher Aufwand	1.738,25	786,33	951,92
weitere Erträge	0,00	5.700,00	-5.700,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-160.413,09	-188.543,01	28.129,92

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) Darlehen

Keine

b) Sicherheiten

Gegenüber dem Altenzentrum Wetzlar gGmbH bestehen Bürgschaften zum 31.12.2015 in Höhe von 703.913,39 Euro.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für die Gesellschaft wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Personal- und Organisationsamt, Rechtsamt, Kämmerei, Amt für Stadtentwicklung und Amt für Gebäudemanagement.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen des Unternehmens in Anspruch.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Altenzentrum Wetzlar gemeinnützige GmbH ist im Bereich der stationären Versorgung und Pflege von Seniorinnen und Senioren tätig.

Die Gesellschaft verfügt über 149 zugelassene Plätze, wobei 6 Plätze im Rahmen der sogenannten Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege zur Verfügung stehen. Der Wohnbereich IV wurde im Jahr 2011 zu einem Wohn- und Lebensort für Menschen mit einer dementiellen Erkrankung, nach dem anerkannten Konzept von Prof. Böhm, spezialisiert.

Weiterhin wird eine Großküche als Regiebetrieb der Gesellschaft geführt. Diese beliefert im Rahmen ihrer Kapazitäten auch Pflegeheime, Tagesstätten sowie Kindergärten im Umkreis.

Mit rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Voll- und Teilzeitkräfte) erfüllt die Gesellschaft den bestehenden Versorgungsauftrag und sorgt für die entsprechend hohe Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen.

Diese hohe Qualität in der Versorgung wurde im Berichtsjahr von den zuständigen Stellen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung in einer unangekündigten Überprüfung vor Ort bestätigt.

Im Berichtsjahr war die Einrichtung zu 90 % ausgelastet. Diese scheinbar hohe Zahl ist jedoch nicht auskömmlich, da in den Kalkulationsvorgaben der zuständigen Kostenträger ein ganzjähriger Durchschnittswert von 98 % als generelle Vorgabe für Pflegeeinrichtungen vorgegeben wird. Der Umsatz aus Pflegeleistungen nahm um 154 T€ zum Vorjahr zu, im Wesentlichen jedoch aufgrund einer Anpassung der Pflegesätze. Beeinflusst wurde die Auslastung in 2015 immer noch durch die Auswirkungen der umfassenden Modernisierungsmaßnahmen seit dem Jahr 2010, die erst im kommenden Jahr 2016 einen nachhaltigen Anstieg der Auslastungszahlen zulassen werden.

Hier war, nach erfolgter Abrüstung der Außenfassade, die noch ausstehende Herichtung der Außenanlagen und des Eingangs- und Aufenthaltsbereiches im Erdgeschoss ausschlaggebend.

Die durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen waren und sind unbedingt notwendig gewesen, um einen nachhaltigen Wettbewerbsnachteil zu verhindern und Attraktivität des Hauses auch zukünftig abzusichern. Die Notwendigkeit, diese umfangreichen Maßnahmen im laufenden Betrieb durchzuführen, stellte wiederum alle Beteiligten, insbesondere die Beschäftigten, vor große Herausforderungen.

2. Risikobericht

Bei allen Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft sind neben den Chancen auch immer die Risiken zu beobachten. Diese Risiken sind zu minimieren, indem durch eine fortwährende Beobachtung und Analyse der wichtigsten Kennzahlen gezielt gesteuert wird, um einer negativen Entwicklung entgegenzuwirken.

Durch die Tatsache, dass die Immobilie zum 01. Januar 2013 an die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft übergegangen ist, ist das Risiko durch einen hohen Investitionsbedarf in Bedrängnis zu kommen, ausgeschlossen.

3. Prognosebericht

Die Situation im Markt der stationären Pflege ist auch weiterhin nicht ausgeglichen, Angebot und Nachfrage halten sich nicht mehr die Waage. Tendenziell ist festzustellen, dass in den Ferienzeiten das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen zu gering ist.

Durch die neu hinzukommenden stationären Pflegeplätze in und um Wetzlar ist ein Überangebot in der stationären Versorgung entstanden. Dies wird zu Belegungsproblemen hinsichtlich der Erwartungen einer 98 % - Auslastung führen.

Für 2016 wird mit steigenden Umsätzen und einem verbesserten Ergebnis im Pflegebereich gerechnet. Ein Risiko stellen aber immer noch die schwierigen Gespräche hinsichtlich der Genehmigung des Investitionskostensatzes dar. Für 2016 wird auch insgesamt eine weitere Ergebnisverbesserung erwartet.

Energie- und Wassergesellschaft mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Energie- und Wassergesellschaft mbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 03. Dezember 1987 gegründet.
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wasser sowie die Versorgung mit Wärme. Die Stadt Wetzlar kann der Gesellschaft weitere Aufgaben übertragen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Sicherstellung der Energieversorgung. Mit der Betreibung des Versorgungsnetzes und der Belieferung der Kunden mit Strom, Gas und Wasser wird der öffentliche Zweck erfüllt.
1.4. <i>Stammkapital</i>	17.000.000 € Stadt Wetzlar: 50,1 % Thüga AG München: 49,9 %
1.5. <i>Beteiligungen</i>	50 % an der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar 20 % an der Fünfwerke GmbH & Co.KG > 1 % Syneco GmbH & Co.KG
1.6. <i>Organe</i>	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (bis 27.11.15)
Manfred Wagner	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (ab 27.11.15)
Dr. Matthias Cord	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München

Mitglieder Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (bis 27.11.15)
Manfred Wagner	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (ab 27.11.15)
Dr. Matthias Cord	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München
Norbert Kortlüke	Stadtrat
Klaus Breidsprecher	Bürgermeister a. D.
Dr. Matthias Büger	Diplommathematiker
Carl-Peter Greis	Bauassessor
Dr. Karl Ihmels	Rechtsanwalt
Karl-Heinz Kinkler	Kaufm. Angestellter
Eberhard Bodo Klee	Kaufm. Angestellter
Helmut Lattermann	Rechtsanwalt
Christa Lefèvre	Lehrerin a. D.
Dr. Christian Liebl	Rechtsanwalt; Thüga AG
Jürgen Löhr	Rohrnetzmonteur
Bernhard Noack	Elektromeister
Mürvet Öztürk	Kauffrau
Günter Pohl	Rechtsanwalt
Klaus Tschakert	Rechtsanwalt
Dr. Christof Schulte	Vorstandsmitglied Thüga AG
Admir Hadzikadunic	Techn. Angestellter, Thüga AG

Geschäftsführung:
Dipl.-Volkswirt Wolfgang Schuch
Dipl.-Ingenieur Detlef Stein

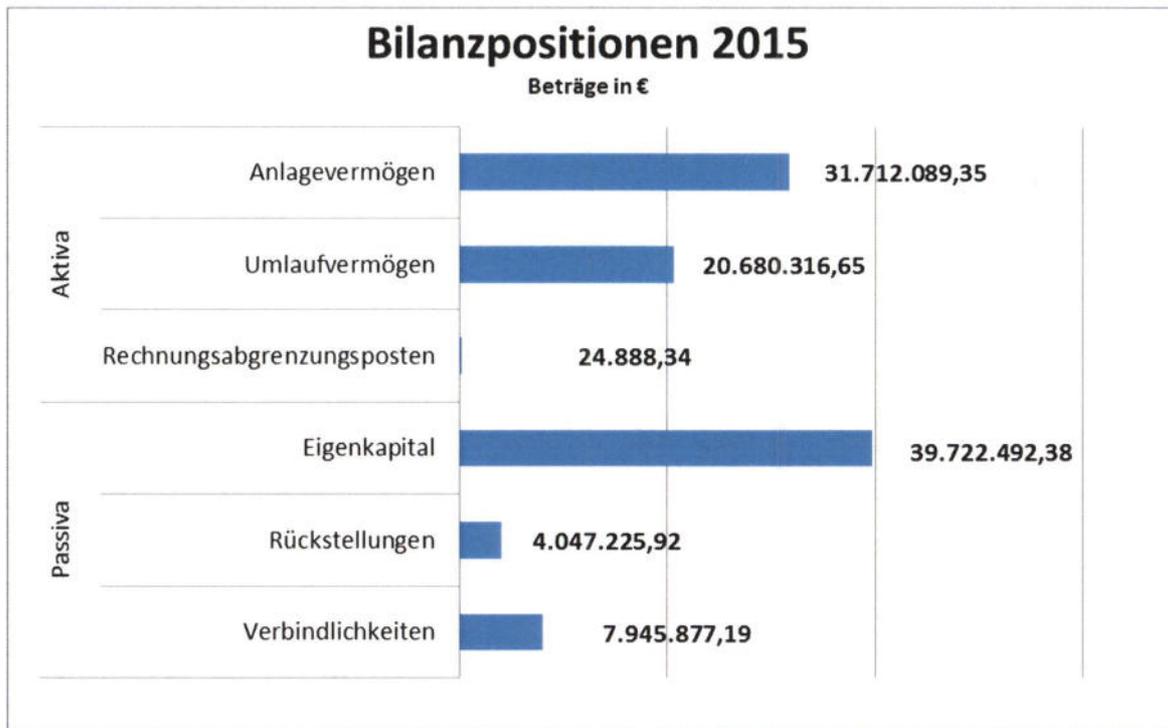
1.6.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 18.180 Euro.
1.7. Anzahl der Sitzungen	1 Gesellschafterversammlung 5 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

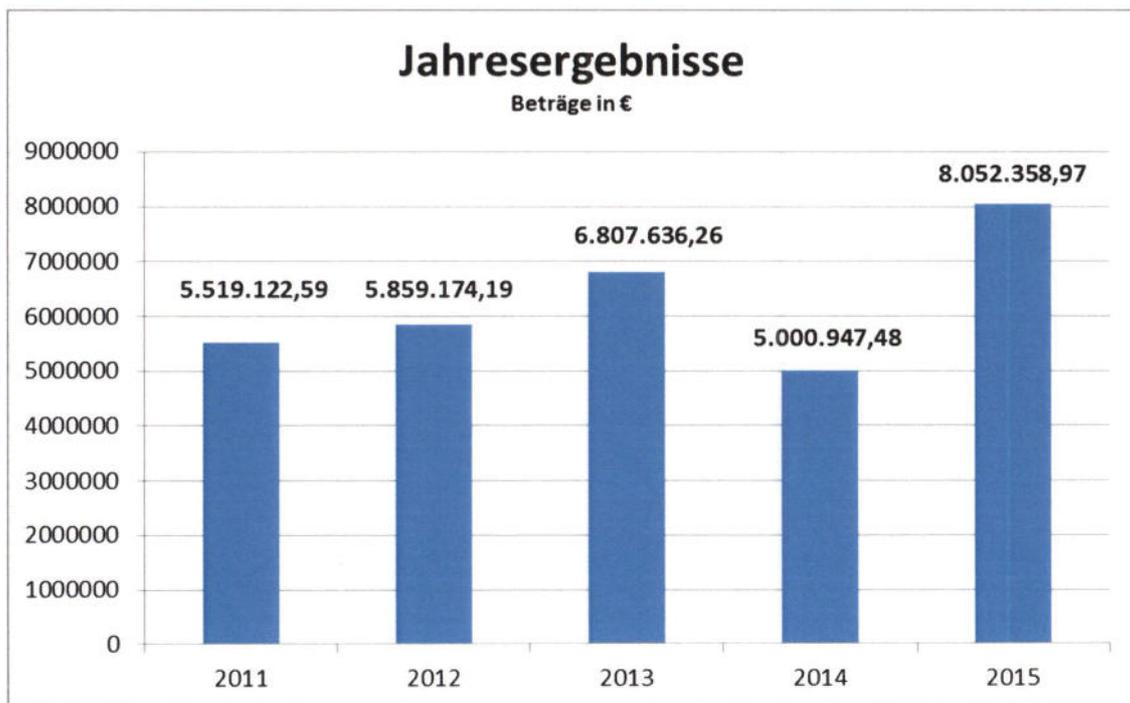
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	31.712.089,35	31.391.086,64	321.002,71
Umlaufvermögen	20.680.316,65	25.397.977,74	-4.717.661,09
Rechnungsabgrenzungsposten	24.888,34	23.426,47	1.461,87
Bilanzsumme	52.417.294,34	56.812.490,85	-4.395.196,51
Passiva			
Eigenkapital	39.722.492,38	35.870.133,41	3.852.358,97
<i>davon Stammkapital</i>	<i>17.000.000,00</i>	<i>17.000.000,00</i>	<i>0,00</i>
empfangene Ertragszuschüsse	701.698,85	926.269,71	-224.570,86
Rückstellungen	4.047.225,92	7.869.126,96	-3.821.901,04
Verbindlichkeiten	7.945.877,19	12.146.960,77	-4.201.083,58
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.417.294,34	56.812.490,85	-4.395.196,51
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer + Erdgassteuer)	54.320.039,92	53.856.550,86	463.489,06
sonstige betriebliche Erträge	7.844.131,59	5.399.212,92	2.444.918,67
Andere aktivierte Eigenleistungen	691.971,26	582.163,84	-1.981.429,61
Betriebsleistung	62.856.142,77	59.837.927,62	3.018.215,15
Materialaufwand + Fremdleistungen	37.812.440,28	38.490.144,02	-677.703,74
Personalaufwand	7.998.739,59	7.745.500,82	253.238,77
Abschreibungen	2.744.389,74	2.848.127,20	-103.737,46
sonst. betr. Aufwendungen	4.337.645,92	4.020.771,15	316.874,77
Betriebsaufwand	52.893.215,53	53.104.543,19	-211.327,66
Zinsen und ähnliche Erträge (inkl. Beteiligungsertr.)	721.800,14	926.642,62	-204.842,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	293.663,75	424.520,03	-130.856,28
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.391.063,63	7.235.507,02	3.155.556,61
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Steuern	2.338.704,66	2.234.559,54	104.145,12
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	8.052.358,97	5.000.947,48	3.051.411,49
Gewinnvortrag	86.880,52	685.933,04	-599.052,52
Bilanzgewinn	8.139.239,49	5.686.880,52	2.452.358,97

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Gegenüber der enwag bestehen zum 31.12.2015 Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Wetzlar in Höhe von 1.543.598,84 € aus verschiedenen Bürgschaften.

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Die Konzessionsabgabe wird aufgrund der Strom-, Wasser- und Gas-Konzessionsverträge gewährt. Die Abgabe für das Jahr 2015 betrug 2.526.442,59 €

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen der Gesellschaft in Anspruch.

e) *Gewinnausschüttung*

Dem Eigenbetrieb Stadthalle wurde eine Bruttodividende in Höhe von 2.505.000 € ausgezahlt.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Gesamtwirtschaftliche und energetische Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft setzte in 2015 ihren Wachstumskurs zunächst fort. Nach einem stabilen Jahresauftakt nahm die Wirtschaft Fahrt auf. Dabei gingen die stärksten Impulse erneut vom privaten Konsum aus, der von einer stabilen Beschäftigungslage mit leicht gestiegener Zahl Erwerbstätiger beflügelt wurde. Weiteren temporären An Schub erhielt der private Konsum durch erhöhte Kaufkraft aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Energiepreise. Wegen nur geringfügig verbesserter Auslastung der industriellen Produktionskapazitäten investierte die Industrie vornehmlich in Ersatzinvestitionen und weniger in Erweiterungsinvestitionen. Zum Jahresende trübten sich die Konjunkturaussichten ein. In den Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum und auch China meldete ungewohnt niedrige Wachstumswerte. Gleichwohl stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung um 1,7 % nach 1,6 % in 2014. Die noch Mitte 2015 erhofften Wachstumsziele von gut 2 % blieben aber unerreicht. Der Primärenergieverbrauch in Deutschland wuchs nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1,1 %. Der Zuwachs geht im Wesentlichen auf die gegenüber dem sehr milden Vorjahr, das Jahr 2014 gilt als das durchschnittlich wärmste Jahr seit Beginn regelmäßiger Temperaturaufzeichnungen im Jahr 1881, etwas kühlere Witterung und den damit verbundenen höheren Heizenergiebedarf zurück. Auch die insgesamt durchaus positive Konjunktorentwicklung sowie der Bevölkerungszuwachs führten zu einem Anstieg des Energieverbrauches, welcher allerdings durch Zugewinne bei der Energieeffizienz nahezu ausgeglichen wurde. Ohne die verbrauchssteigernde Wirkung der kühleren Witterung wäre der Energieverbrauch um 0,4 % gesunken. Hinsichtlich der CO₂-Emissionen wird es nur zu einem geringfügigen witterungsbedingten Anstieg kommen, da der Verbrauchszuwachs vor allem auf emissionsarme Energieträger, insbesondere erneuerbare Energien entfiel und der Verbrauch von Stein- und Braunkohle rückläufig war. Zu dieser Entwicklung hat auch Erdgas beigetragen, dessen Einsatz um 5 % zulegen konnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist nur bedingt an die Veränderung des Bruttonettoproduktes bzw. die Beschäftigung gebunden. Hier stehen die regulatorischen Vorgaben an den Netzbetrieb, die wettbewerbliche Intensität auf dem Energievertriebsmarkt und natürlich der Energiebedarf der Kunden im Vordergrund.

Geschäftsentwicklung

Den anspruchsvollen Herausforderungen des Geschäftsjahres wurde sich erfolgreich gestellt und dabei das angestrebte operative Ergebnis übertroffen. Durch die erfreuliche höchststrichterliche Rechtsprechung zur Wirksamkeit von Preisanpassungen im Oktober 2015 war eine Neubewertung der bilanziellen Risikovorsorge erforderlich. Die gebotene Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen hat das Ergebnis stark erhöht.

In der Stromversorgung erhöhte sich der Energiebedarf im Netzgebiet um 0,4 % auf 223,6 Mio. kWh und folgte damit dem Bundestrend.

Es herrscht anhaltend scharfer Preiswettbewerb in allen Marktsegmenten. Im Marktsegment der besonders hart umkämpften Großkunden konnten Kunden gewonnen werden. Im Jahreskundensegment gelang die Stabilisierung der Absatzmengen, so dass die Gesellschaft erstmals seit der Liberalisierung den Trend sinkender Absatzmengen brechen und die Stromverkaufsmengen steigern konnte.

Im Geschäftsbereich Gasversorgung sind die im Netzgebiet benötigten Gasmengen gegenüber dem Vorjahr aufgrund der kühleren Witterung um 9 % auf 497,6 Mio. kWh gestiegen. Anders als in der Stromversorgung konnte der Marktanteil in der Gasversorgung nicht gehalten werden. Hierbei hat auch die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten den Gasvertrieb erschwert, denn die seit Mitte des Berichtsjahres kräftig nachgebenden Notierungen können Drittanbieter für die Neukundengewinnung nutzen, während der in einer vertraglichen Lieferpflicht stehende Vertrieb die erforderlichen Mengen bereits kontrahiert hat.

Die Ergebnisentwicklung in den regulierten Netzbetrieben verlief erfreulich. Sowohl der Stromnetzbetrieb als auch der Gasnetzbetrieb erzielte Ergebnisverbesserungen. Im Geschäftsbereich Dienstleistungen steht unverändert der Bau und Betrieb der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Wasserversorgungsanlagen nach den Vorgaben der Stadt Wetzlar im Mittelpunkt. Die hier im Rahmen eines Pacht- und Betriebsführungsvertrages erbrachten Leistungen rechnet enwag zu gegenüber dem Vorjahr unveränderten Konditionen ab. Mit einem Vergleich konnte die Gesellschaft die seit vielen Jahren andauernden Auseinandersetzungen mit der Hessischen Kartellbehörde über die Angemessenheit der bis 31. Dezember 2010 berechneten Wasserentgelte beenden. Die vereinbarungsgemäße Abwicklung des Vergleichs ist von einem Wirtschaftsprüfer nach einer im Berichtsjahr abgeschlossenen Prüfung bestätigt worden. Nach Zahlung der sich hiernach ergebenden Restbeträge an die Behörde wurde der Gesellschaft die ordnungsgemäße Abwicklung des Vergleiches bestätigt. Ansprüche gegen das Unternehmen aus dem Wasserkartellverfahren bestehen daher nicht mehr. Die noch bestehende bilanzierte Risikovorsorge war damit aufzulösen.

Ertragslage

Zum Ergebnis haben die Geschäftsbereiche wie folgt beigetragen:

	Jahresüberschuss	
	2015 TEUR	2014 TEUR
Stromversorgung	2.764	1.735
Gasversorgung	4.736	2.645
Dienstleistungen	552	621
Zusammen:	8.052	5.001

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft werden die Leistungsindikatoren Vertriebsmenge, Transportmenge, Umsatzerlöse und Jahresüberschuss herangezogen, die im Folgenden je Sparte näher erläutert werden.

Stromsparte

In der Stromversorgung konnte das Vorjahresergebnis deutlich übertroffen werden. Der Stromvertrieb steigerte die Verkaufsmenge (ohne Eigenverbrauchsmengen) von 118,0 Mio. kWh auf 119,7 Mio. kWh. Die Absatzsteigerung resultiert aus der Gewinnung von Großkunden, während die Absatzmengen bei grundversorgten Kunden und übrigen Jahreskunden mit 83,9 Mio. kWh auf Vorjahresniveau blieben.

Im 1. Quartal des Berichtsjahres hat die Gesellschaft ihren Jahreskunden neue, der aktuellen Rechtsprechung angepasste Lieferverträge mit um 0,6 Cent/kWh verbesserten Konditionen rückwirkend zum 1. Januar angeboten. In der Grundversorgung erfolgte die Preissenkung im gleichen Umfang zum 1. April.

Mit den gesenkten Preisen und gesteigerten Absatzmengen erzielte der Vertrieb Erlöse von 22.990 T€ nach 23.826 T€ in 2014.

Den verminderten Erlösen standen geringere Materialaufwendungen, insbesondere wegen verbesserter Beschaffungskonditionen, gegenüber. Da zudem die sonstigen betrieblichen Erträge von 233 T€ auf 701 T€ im Wesentlichen wegen der Reduzierung der bilanzierten energiewirtschaftlichen Risiken stiegen, führte dies zusammen mit der erhöhten Verkaufsmenge zu einem Anstieg des Rohertrages um 971 T€ auf 3.322 T€. Gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen, ein schlechteres Finanzergebnis und höhere Steuern dämpften den Ergebnisanstieg. Zum Gesamtergebnis steuerte der Stromvertrieb einen um 801 T€ auf 1.896 T€ gesteigerten Jahresüberschuss bei.

Mit den zu Beginn des Geschäftsjahres geringfügig verminderten Netzentgelten und den um 0,4 % gestiegenen Transportmengen erzielte enwag, im Wesentlichen bedingt durch gestiegene sonstige betriebliche Erträge, eine Verbesserung des Rohertrages um 336 T€ auf 6.765 T€.

Da den geringeren Personalkosten und niedrigeren Abschreibungen höhere sonstige betriebliche Aufwendungen und ein schlechteres Finanzergebnis gegenüber standen, wirkte sich die Rohertragssteigerung bis zum Ergebnis fort. Vermindert um die Steuern konnte der Stromnetzbetrieb einen Jahresüberschuss von 868 T€ nach 640 T€ im Vorjahr zum Unternehmenserfolg beisteuern.

Gassparte

Auch in der Gassparte wurde den Jahreskunden in den ersten Monaten des Geschäftsjahres neue Verträge mit um 0,15 Cent/kWh verbesserten Konditionen rückwirkend zum 1. Januar angeboten und dabei den verbesserten Beschaffungskonditionen Rechnung getragen. Die Verkaufsmengen (ohne Eigenverbrauch) erhöhten sich von 320,7 Mio. kWh um 6,8 % auf 342,6 Mio. kWh. Dieser Anstieg liegt über dem Bundesdurchschnitt, geht mit einer verminderten Kundenzahl einher und ist damit witterungsbedingt.

Der Rohertrag stieg von 2.520 T€ auf 4.736 T€. Da sich die Erlöse nach der Preissenkung nur aufgrund der Mengensteigerung geringfügig erhöhten und die Materialaufwendungen sich auf Vorjahresniveau bewegten, ist die Ergebnisverbesserung auf die um 1.999 T€ auf 2.141 T€ gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge zurückzuführen. Die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthaltene Auflösung von Rück-

stellungen im Umfang von 2.081T€ war geboten, weil aufgrund der Preispolitik in den vergangenen Jahren und der im Oktober des Berichtsjahres ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung ein Risiko aus Einsprüchen gegen Preiserhöhungen nicht mehr besteht. Die gestiegenen Personalkosten, höheren Abschreibungen und das verschlechterte Finanzergebnis werden durch die geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahezu ausgeglichen. Der gestiegene Rohertrag treibt daher nach Steuern den Jahresüberschuss, der von 1.771 T€ auf 3.661 T€ steigt.

Auch im regulierten Netzbetrieb konnten Ergebnisverbesserungen verzeichnet werden. Der Rohertrag verbesserte sich von 4.658 T€ auf 5.047 T€, im Wesentlichen aufgrund der mengenbedingten, die Transportmenge stieg um 41,7 Mio. kWh auf 497,6 Mio. kWh, Erlössteigerung und verbesserter sonstiger betrieblicher Erträge. Dem Rohertragsanstieg standen höhere Personalaufwendungen, gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen und ein verschlechtertes Finanzergebnis gegenüber. Geringere Abschreibungen und niedrigere Steuern erlaubten dann noch den Ausweis eines Jahresüberschusses von 1.076 T€ nach 874 T€ in 2014. Der Ergebnisbeitrag des Gasnetzbetriebes wird als zufriedenstellend angesehen, weil die zugestandene Erlösobergrenze nicht erreicht wurde und die Erlösausfälle in künftigen Jahren nachgeholt werden können.

Dienstleistungen

Die Ertragslage im Tätigkeitsfeld Dienstleistungen wird unverändert von den Leistungen für die öffentliche Wasserversorgung bestimmt. Die im Aufbau befindlichen Contractingaktivitäten liefern derzeit nur einen untergeordneten Beitrag.

Im Berichtsjahr kann nochmals ein akzeptables Ergebnis ausgewiesen werden. Der Rohertrag vermindert sich zwar von 5.389 T€ auf 5.174 T€, dabei ist aber zu berücksichtigen, dass im Vorjahr die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit 501 T€ um 324 T€ über der diesjährigen Rückstellungsauflösung lagen. Da im Berichtsjahr der im Rahmen des Wasserkartellverfahrens geschlossene Vergleich endgültig abgewickelt wurde, sind derartige ergebnistreibende Erlöse künftig ausgeschlossen.

Der verminderte Rohertrag wird zusätzlich von gestiegenen Personalaufwendungen und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen geschmälert. Die geringfügig gesunkenen Abschreibungen und das verbesserte Finanzergebnis können dem operativen Ergebnisrückgang nur in geringem Umfang entgegenwirken. Nach dem durch Sondereffekte verminderten Steueraufwand verbleibt ein Jahresüberschuss von 552 T€.

Gesamtergebnis

Das zufriedenstellende Ergebnis liegt operativ über dem Vorjahresniveau und ist durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen getrieben, die im Berichtsjahr mit 3.078 T€ um 2.566 T€ über dem Vorjahresbetrag liegen.

Die Prognose aus dem Lagebericht des Vorjahres hinsichtlich Vertriebsmenge, Transportmenge, Umsatzerlösen und Jahresüberschuss wurde aufgrund der voranstehenden Entwicklungen deutlich übertroffen.

Finanzlage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist sehr solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten erfüllt werden, ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen.

Der Mittelzufluss aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit (Cashflow) verminderte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich von 10.693 T€ auf 2.926 T€.

Von dem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 4.336 T€ konnten lediglich 3.687 T€ umgesetzt werden. Zur Finanzierung der Anlagenzugänge standen ausreichend eigene Mittel zur Verfügung, darunter Abschreibungen im Volumen von 2.744 T€ und Baukostenzuschüsse für die Erstellung von Hausanschlüssen im Volumen von 557 T€

Das Anlagevermögen ist damit vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Mit der vereinbarungsgemäßen Tilgung erfolgte ein weiterer Abbau der verzinslichen Verbindlichkeiten. Da die frei verfügbaren flüssigen Mittel die verzinslichen Verbindlichkeiten übersteigen, ist die Gesellschaft frei von Nettofinanzverbindlichkeiten. Auch wenn sich durch die Veränderungen der Verbindlichkeiten und der Rückstellungen eine stichtagsbezogene Minderung des Finanzvermögens ergab, hat sich die Gesellschaft positiv entwickelt.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

enwag ist durch verschiedene Geschäftsfelder und Beteiligungen unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Um alle den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen frühestmöglich zu erkennen, zu bewerten und rechtzeitig notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten, hat enwag auf Grundlage des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Es schafft Transparenz und ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur integriert. Durch aktive Risikosteuerung werden Handlungsspielräume ermöglicht, die die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotenziale ermöglichen und somit den Fortbestand der enwag sicherstellen.

Soweit Risiken hinreichend konkretisiert und quantifiziert werden können, werden diese bei der Wirtschaftsplanung bzw. im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Jahresabschluss berücksichtigt. Darüber hinaus identifiziert die Gesellschaft im Rahmen des Risikomanagementprozesses regelmäßig alle relevanten Risikopotenziale und bewertet die Risikofelder unter Berücksichtigung von Gegenmaßnahmen nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Verdichtung zum Schadenserwartungswert ermöglicht eine Skalierung und eine dementsprechende Einordnung aller Risiken. Im Schadensfall erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung. Mit Hilfe einer Risikomanagementsoftware ist die Risikolage nachvollziehbar. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert, das die dauerhafte personenunabhängige Funktionsfähigkeit des Risikomanagementprozesses sicherstellt.

Neben der gesetzlichen Verpflichtung ist das Risikomanagementsystem Bestandteil der Unternehmensentwicklung und -steuerung. Das Eingehen von kalkulierbaren Risiken und das Verfolgen von Chancen sind Teile unternehmerischen Handelns und notwendige Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln im 21. Jahrhundert deutlich komplexer und volatiler geworden.

Der verantwortungsbewusste Umgang mit Risiken gehört zu einer guten Corporate Governance. Im Berichtsjahr wurde eine Compliance-Standortbestimmung durchgeführt und der ermittelte Handlungsbedarf bearbeitet. Die Nachfolge für den Mitte 2016 ausscheidenden kaufmännischen Geschäftsführer wurde von Seiten des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung geregelt.

In einer Risikobeiratssitzung wurde von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und Risikomanagerin die jährliche Risikoinventur durchgeführt. In den monatlichen Führungskräfterunden findet ein abteilungs- und prozessübergreifender Informationsaustausch über mögliche Gegenmaßnahmen im Rahmen des Risikomanagements, Optimierung von organisatorischen Abläufen, Umsetzung von neuen Gesetzen/ Vorschriften sowie über die strategische Ausrichtung des Unternehmens und die Nutzung von möglichen Chancen statt. So werden die Erfahrungen des Einzelnen genutzt, die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit gefördert und die Querschnittsfunktionen sind besser zu steuern.

Im Rahmen der direkten Überwachung des bestehenden Risiko- und Chancenmanagementsystems durch den Aufsichtsrat fanden zwei Risikoausschusssitzungen mit einem abgesandten Aufsichtsratsmitglied, der Geschäftsführung und der Risikomanagerin statt. Damit ist die zeitnahe Information des Aufsichtsrates sichergestellt. Thematisiert wurden insbesondere die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und geeignete Gegenmaßnahmen zur Risikosteuerung sowie mögliche Chancen. Allen Aufsichtsratsmitgliedern liegen das Risikohandbuch, die aktuelle Risikomatrix und die ausführlichen Risikoberichte über die wesentlichen Risikofelder vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

Risiken und Chancen

Aus dem politischen, rechtlichen, gesetzlichen und regulatorischen Umfeld ergeben sich für enwag Risiken und Chancen. Gesetzliche Änderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere auf europäischer Ebene, können das Ergebnis negativ beeinflussen und somit großen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Branchenspezifische Risiken

Branchenspezifische Risiken ergeben sich für Energieversorger aus dem politischen und rechtlichen Umfeld. Zahlreiche Änderungen der rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, insbesondere durch die Energiestrategie der Europäischen Union und aus dem Energiekonzept der Bundesregierung, können merklich auf das Energiegeschäft einwirken. Für Unternehmen mit langfristig ausgelegten Investitionen sind verlässliche Rahmenbedingungen unabdingbar für wirtschaftlichen Erfolg. Unsichere Rahmenbedingungen bedeuten fehlende Planungssicherheit.

In den kommenden Jahren stehen auf europäischer wie nationaler Ebene weitere energiepolitische Weichenstellungen an, die substantielle Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Energieversorgern haben werden. Die aktuelle Gesetzeslage sieht bis 2022 einen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie vor - die Energieerzeugung aus Kernkraftwerken soll insbesondere durch Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Von den Folgen der Energiewende sind nicht nur Übertragungsnetzbetreiber, sondern auch Verteilnetzbetreiber wie enwag betroffen.

Die Herausforderung für Verteilnetzbetreiber liegt vor allem darin, die Netzanbindung der stetig zunehmenden dezentralen Energieerzeugungsanlagen zu gewährleisten. So steht unter anderem auch die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Fokus. Im Rahmen der Kaskadierung hat enwag entsprechende Maßnahmen ergriffen und die Bevölkerung über Presse und Anschreiben umfassend informiert. Bezüglich der notwendigen Marktraumumstellung L-/H-Gas wurde ein Umstellungsplan erarbeitet. Die Umstellungskapazitäten von Dienstleistern werden rechtzeitig gesichert, die Umstellung beginnt in 2019.

Die tägliche Arbeit wird von zahlreichen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie Änderungen bestimmt, die auch Einfluss auf das Risikopotenzial nehmen. In diesem Zusammenhang nennt die Gesellschaft stichpunktartig das neue Messstellenbetriebsgesetz mit der Einbauverpflichtung intelligenter Messsysteme ab 2017, die Verpflichtung ein Energieaudit durchzuführen, der IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur, die hohen Sicherheitsanforderungen des Bundesamtes für Sicherheit (BSI) zur Abschirmung von kritischen Infrastrukturen mit Verpflichtung zur Einrichtung eines Informations-Sicherheits-Management-Systems (ISMS), Kommunaler Gesamtabschluss, Reverse-Charge-Verfahren etc.

Die Abwicklung der Geschäfte erfordert umfangreiche vertragliche Beziehungen, aus denen rechtliche Risiken entstehen. Aus der Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln bei Energielieferungen können wirtschaftliche Auswirkungen resultieren. Vor dem Hintergrund einer möglichst hohen Rechtssicherheit wurden den Kunden Anfang des Berichtsjahres neue Verträge unterbreitet.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Dynamik der Energiemärkte und der Volatilität der Energiepreise wettbewerbsbedingte Bezugs-, Absatz- und Preisrisiken im Strom- und Gasmarkt. Im mengenstarken Sondervertragskundengeschäft wird durch höchstmögliche Synchronisation von Beschaffung und Vertragsabschlüssen das Risiko reduziert. Durch das sehr niedrige Preisniveau haben freie Händler derzeit einen deutlichen Vorteil, weil sie Energie zeitnah einkaufen. Das Netz- und Vertriebsgeschäft von Energieversorgungsunternehmen wird zusätzlich durch hohen Bürokratieaufwand, steigende IT-Kosten, zunehmende Kundenanforderungen an Service und Preisgestaltung sowie technische Entwicklungen beeinflusst.

Den hieraus resultierenden Umsatz-, Beschaffungs- und Kundenabwanderungsrisiken begegnet enwag durch ein konsequentes Kostenmanagement sowie ein marktorientiertes Produkt- und Kundenmanagement. Die Gesellschaft stellt sich den Herausforderungen und den sich laufend verändernden Rahmenbedingungen durch kontinuierliche Weiterentwicklung interner Prozesse, gezielte Steuerung von Investitionen und Wahrung von Chancen.

Ertragsorientierte Risiken

Die im Rahmen der Anreizregulierung erfolgte staatliche Festsetzung der Netzentgelte führt zu einem erhöhten Druck auf die Ertragslage des Netzbereiches und die Rentabilität der Investitionen ist bedroht. Durch Strategieüberarbeitung und Effizienzverbesserungen sowie intensives Kostenmanagement wird diesem Einschnitt begegnet. Neben der Regulierung erhöht sich auch durch Gesetzesänderungen der Druck auf die Ertragslage. Die Eingriffe der Politik haben zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt.

Der Energieabsatz ist unter anderem von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Weiterhin wirken sich witterungsbedingte Einflüsse und der Wettbewerb auf den Energiemärkten sowie das Verbrauchsverhalten der Kunden auf die Energieabsatzmengen aus. Weicht der Energiebedarf der Kunden deutlich von der Planung ab, können sich Mengenrisiken ergeben. Eine Mengenanpassung in der Beschaffung kann möglicherweise nur zu ungünstigeren Konditionen erfolgen. Dies kann sich im Vertrieb in reduzierten Margen auswirken. enwag begrenzt Preis- und Mengenrisiken durch ein systematisches Beschaffungsrisikomanagement, das durch marktkonforme Angebote sowie durch Kundenbindungs- und Kundenrückgewinnungsmaßnahmen ergänzt wird. In diesem Zusammenhang führte enwag regelmäßig Umfrageaktionen zur Kundenzufriedenheit durch.

Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten die Ertragslage beeinträchtigen. Neben dem möglichen Ausfall vorgelagerter Netze können im Netzbetrieb Betriebsunterbrechungen durch defekte Betriebsmittel oder fehlerhafte Handlungen verursacht werden. Darüber hinaus besteht durch Unfälle das Risiko von Personen- und Sachschäden. Diese Risiken werden durch regelwerkkonformes Planen, Bauen, Betreiben und Instandhalten der Netze, durch Einsatz standardisierter Materialien, zuverlässiger Hersteller sowie durch Personalbildungen und strikte Beachtung des Arbeitsschutzes minimiert. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle ist die Gesellschaft in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder -ausfälle im Kundenbereich, denen enwag durch ein systematisches Forderungsmanagement und verstärkte Bonitätsprüfungen begegnet. Liquiditätsrisiken werden überwacht und gesteuert im Rahmen der kurz- und langfristigen Finanzplanung.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen bestehen nicht. Bei den aufgenommenen Krediten wurden Festzinsvereinbarungen abgeschlossen. Flüssige Mittel werden zu üblichen Zinssätzen angelegt. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind die Zinserträge jedoch sehr niedrig.

Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

Operative Risiken

Operative Risiken werden als Risiken des täglichen Geschäftsbetriebs definiert. Hierzu zählen insbesondere betriebliche Risiken, die durch menschliches und/oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen, sowie rechtliche Risiken aus Verträgen oder rechtliche Rahmenbedingungen. Risiken bestehen unter anderem durch geänderte Rechtsprechung, beispielsweise zur Wirksamkeit von Inhalten in Energielieferverträgen.

Nicht zuletzt durch die infolge der Liberalisierung der Energiemärkte eingeführte umfassende elektronische Marktkommunikation hängen zahlreiche Prozesse mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung von laufenden IT-Systemen ab. Durch die zunehmende Abhängigkeit hat die Verfügbarkeit der IT-Systeme eine sehr große Bedeutung, gleichzeitig nehmen die Bedrohungen stetig zu.

Ausfälle oder Störungen der Systeme und der Verlust oder Missbrauch von Daten können den Betrieb erheblich beeinträchtigen. Prozessoptimierungen ziehen kontinuierliche Anpassungen und Investitionen in die IT-Infrastruktur nach sich. Die Aufrechterhaltung der IT-Systeme ist durch diverse technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleistet, die Redundanz durch ein externes Rechenzentrum sichergestellt.

Im Berichtsjahr wurde die Netzsicherheitssoftware erneuert und der Austausch von Netzkabeln im Verwaltungsgebäude fortgeführt. Vor dem Hintergrund, dass jeder Mitarbeiter zur IT-Sicherheit beiträgt und die Datenschutzbestimmungen von jedem Einzelnen zu tragen sind, wurden ein IT-Sicherheitsmanagementkonzept mit Leitlinie und Sicherheitsrichtlinien für die Internet- und E-Mail-Nutzung, für mobile Endgeräte und für Administratoren veröffentlicht sowie die sichere Übertragung von Daten an Dritte einheitlich geregelt.

Betriebstechnischen Risiken und Störungen, die sich in einzelnen Bereichen mit komplexen Anlagen ergeben können, wird durch verschiedene Maßnahmen begegnet. Durch die Anwendung von Richtlinien und Verfahrensanweisungen, Zertifizierungen und Mitarbeiterschulungen werden neben dem Wartungs- und Instandhaltungsmanagement die technisch-operativen Risiken begrenzt und die Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit der Anlagen gewährleistet. Derzeit setzt die Gesellschaft ein Wasserversorgungskonzept um, durch das zwei Wasserhochbehälter und mehrere Kilometer Transportleitung entfallen.

Der Anspruch, die ständig neuen Anforderungen an die Prozesse des Tätigkeitsfeldes möglichst mit eigenen Ressourcen zu erfüllen, erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft von den Mitarbeitern. Gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein hoher Motivationsgrad des Personals sind wesentliche Voraussetzungen für einen zukünftigen Erfolg. In diesem Rahmen wird sich derzeit auch mit einer zeitgemäßen ergonomischen Erneuerung der Büroausstattung beschäftigt.

Externe Risiken

Risiken aus dem politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfeld und aus gerichtlichen Entscheidungen führen zu erheblichen Planungsunsicherheiten. Auch im Berichtsjahr waren erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung der Festlegungen zu den Geschäftsprozessen im Strom- und Gassektor erforderlich.

Um ein Nichterkennen bzw. eine Fehleinschätzung von Verpflichtungen aus gesetzlichen und technischen Vorschriften zu vermeiden, wird auf Angebote der Thüga-Fachabteilungen und juristische Beratungen zurückgegriffen. enwag ist auch in Verbänden, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften vertreten. Regelmäßige Revisionsprüfungen stellen sicher, dass Prozesse ordnungsgemäß ablaufen sowie Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Darüber hinaus wird die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Prozessen sichergestellt.

Vor dem Hintergrund umfangreicher Bauarbeiten auf dem benachbarten Gelände eines ehemaligen Zementwerkes hat enwag einen Maßnahmenplan gegen Gefährdung durch Kampfmittel erstellt. Die Sprengung von drei Zementsilos und eines Wärmetauschers erfolgte inzwischen ohne Schäden.

Chancen

Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotenziale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung betrachtet und bei ausreichender Renditeerwartung ergriffen. Obwohl der Wettbewerbs- und Regulierungsdruck immer stärker wird, hat die Fokussierung auf den traditionellen Bereich bisher gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt. Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck wird jedoch immer mehr Aufwand zulasten der Marge benötigt, um Bestandskunden zu halten und Neukunden zu gewinnen. Neben dem traditionellen Geschäft ist es wichtig, zukünftig mehr Standbeine zu schaffen. enwag nutzt Chancenpotenziale und begegnet diesem Risiko durch die kontinuierliche Erweiterung ihres Versorgungsgebietes mit „regio Strom“ und „regio Gas“, Gas-Förderprogrammen für Neubaugebiete und die Beteiligung an der überregionalen Vertriebsgesellschaft fünfwerke.

Die Investitionsmöglichkeiten in regenerative Erzeugungsanlagen werden fortlaufend auf Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit geprüft. Chancen, die sich durch die Energiewende ergeben, will die Gesellschaft in Wettbewerbsvorteile und Marktanteile umsetzen. Derzeit ist ein Windenergiepark in einem Wetzlarer Stadtteil in Planung. Die Marke „enwag“ stärkt die Gesellschaft zusätzlich durch das neue Geschäftsfeld „daheim Solar“. enwag unterstützt private Hauseigentümer dabei, Strom auf dem eigenen Dach zu erzeugen und zu speichern. Eine Kombination aus Photovoltaikanlage und Stromspeicher ermöglicht es dem Kunden bis zu 65 % seines täglichen Strombedarfs selbst zu produzieren. Der Vertrieb begann Anfang 2016.

Gesamtbeurteilung

Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen und den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Derartige Risiken sind aus heutiger Sicht auch für die absehbare Zukunft nicht zu erkennen. Das Risikomanagementsystem erfüllt alle gesetzlichen

Vorgaben und ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Prognosebericht

Das Investitionsbudget 2016 ist mit 5.046 T€ geplant und soll vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Für die Netzbetriebe Strom und Gas werden unterschiedliche Ergebnisentwicklungen erwartet.

Im Stromnetz begann ab dem 1. Januar 2014 die neue fünfjährige Regulierungsperiode. Zum Start erfolgte eine geringfügige Entgeltverbesserung, die jedoch nicht auskömmlich ist und einem dauerhaft zuverlässigen Netzbetrieb entgegensteht. Für 2015 konnte eine überplanmäßige Ergebnisverbesserung erzielt werden. Dies deshalb, weil geplante Netzertüchtigungsmaßnahmen nicht vollständig umgesetzt werden konnten, wodurch auch der Personalaufwand entlastet wurde. Eine weitere Entlastung erfuhr der Personalaufwand durch Veränderungen der Rückstellung für Altersteilzeit. Diesen Effekt erwartet enwag für 2016 nicht. Ferner wird davon ausgegangen, die erforderlichen Netzertüchtigungsmaßnahmen wie geplant umsetzen zu können. Mit geringfügig verminderten Transportmengen werden wegen erhöhter Netzentgelte deutlich verbesserte Netzerlöse erwartet. In den erhöhten Netzentgelten spiegeln sich aber nur höhere vorgelagerte Netzkosten wider. Das Stromnetzergebnis 2016 wird daher deutlich geringer ausfallen.

Die wirtschaftliche Situation im Gasnetzbetrieb zeigt eine gegenläufige Entwicklung. Die Erlösverbesserungen zu Beginn der 2. Regulierungsperiode werden zwar durch notwendige Netzertüchtigungsmaßnahmen und steigende Personalaufwendungen angegriffen, aber durch die Nachholung der Erlösgrenzenunterschreitung in 2014 im laufenden Geschäftsjahr ergeben sich mit einer geringfügig verminderten Transportmenge deutliche Erlössteigerungen, die in 2016 zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung führen.

Der Energievertrieb ist einem scharfen Kundenwettbewerb ausgesetzt. Hier setzte enwag auf Kundenbindung durch kompetenten Service vor Ort und faire Konditionen, die mit frühzeitigen Preissenkungen in 2015 im Strom- und Gaskundenjahressegment umgesetzt wurden.

Der Rückgang der Strom- und Erdgasbeschaffungspreise in 2015 hat sich im laufenden Geschäftsjahr im Strombereich verlangsamt weiter fortgesetzt, während die aktuellen Gasbeschaffungspreise sich auf dem Niveau zum Jahresanfang befinden. Diese Beschaffungssituation setzt den Vertrieb unter Druck, da Dritthändler das aktuelle Beschaffungspreisniveau für Kundengewinnung nutzen können, während der, bereits in der Lieferpflicht stehender Vertrieb die Liefermengen schon erworben hat. Die niedrigeren Beschaffungspreise können daher nur mit zeitlicher Verzögerung an die Kunden weitergeben. Dies wird voraussichtlich zum Beginn des kommenden Wirtschaftsjahres erfolgen.

Trotz dieser ungünstigen, zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung bekannten Wettbewerbssituation wird davon ausgegangen, die angestrebten Vertriebsmengen errei-

chen zu können. Dabei erwartet die Gesellschaft im Stromvertrieb geringfügig steigende Absatzmengen während im Gasvertrieb geringfügig verminderte Absatzmengen eingeplant sind. Hinsichtlich der Umsatzerlöse sind im Stromvertrieb keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Im Gasvertrieb zeichnet sich ein deutlicher Umsatzrückgang ab. An den geplanten Vertriebsergebnissen wird festgehalten. Diese werden aber wegen der hohen, nicht operativen Erträge in 2015 im laufenden Geschäftsjahr deutlich geringer ausfallen.

Seit Februar bietet enwag ihren Kunden mit dem neuen Produkt „daheim Solar“ die Möglichkeit an, den Strom selbst mit einer Photovoltaikanlage zu produzieren und mittels effizientem Stromspeicher dann zu verbrauchen, wenn er gebraucht wird. Das Produkt ist vielversprechend gestartet.

Im Geschäftsbereich Dienstleistungen kann aufgrund nicht operativer Erlöseffekte in 2015 ein gutes Ergebnis erzielt werden. Diese Erlöseffekte resultieren aus der endgültigen Abwicklung der Vergleichsvereinbarung zur Beendigung des Wasserkartellverfahrens. Im April 2015 sind die noch verbliebenen Vergleichsregelungen einvernehmlich mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium umgesetzt worden. Ergebnisauswirkungen, wie sie in den vergangenen drei Jahren auszuweisen waren, sind damit ausgeschlossen. Da auch der Betrieb der Wasserversorgungsanlagen von steigenden Material- und Personalkosten betroffen ist, erwartet enwag bei unveränderten Erlösen einen scharfen Ergebnisrückgang. Um den dauerhaft zuverlässigen Betrieb der Wasserversorgungsanlagen auch künftig zu gewährleisten, ist eine Überprüfung der Leistungsentgelte dringend erforderlich.

Im Rahmen der Contractingaktivitäten konnte ein weiteres Projekt gewonnen werden, welches ab Januar in die Belieferung geht. Verhandlungen mit zwei Interessenten hofft die Gesellschaft erfolgreich abschließen zu können.

Für das Unternehmen werden in 2016 geringfügig höhere Gesamtumsatzerlöse erwartet und der mit 4.724 T€ geplante Jahresüberschuss ist nicht gefährdet.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH wurde am 21. November 1994 gegründet.									
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Stadtentwicklung durch Maßnahmen zur Überführung der bisherigen Bundeswehrliegenschaften in eine zivile Nachfolgenutzung. Insbesondere: Werbung von Interessenten für Flächen und Gebäude, Klärung aller für die Investitionsentscheidung maßgeblichen Fragen mit den hierfür zuständigen öffentlichen Dienststellen und Versorgungsunternehmen, Auswahl der Interessenten, Information und Vermittlung von Zuschüssen und Beihilfen, Geschäftsführung in Gremien, die der Ansiedlung von privaten und öffentlichen Institutionen dienen sowie der Grunderwerb. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.									
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Rahmen des Abzugs der Bundeswehr aus der Stadt Wetzlar. Ein Teil der Konversionsflächen wurde bereits einer zivilen Nutzung zugeführt. Die Umstrukturierung der ehemaligen Bundeswehrflächen gilt es weiter voranzubringen bzw. zu vollenden.									
1.4. <i>Stammkapital</i>	51.129,19 €	Stadt Wetzlar: 100 %								
1.5. <i>Beteiligungen</i>	HSG Wetzlar GmbH & Co.KG	0,397 %								
1.6. <i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Die Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz sind in § 15 des Gesellschaftsvertrages geregelt. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates.</p> <table border="0" data-bbox="608 1921 1417 2065"> <tr> <td data-bbox="608 1921 815 1955">Wolfram Dette</td> <td data-bbox="895 1921 1417 1955">Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td data-bbox="608 1957 815 1991">Harald Semler</td> <td data-bbox="895 1957 1209 1991">Stadtrat, Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td data-bbox="608 1993 847 2027">Manfred Wagner</td> <td data-bbox="895 1993 1342 2027">Bürgermeister (bis 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="895 2029 1417 2065">Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)</td> </tr> </table>		Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)	Harald Semler	Stadtrat, Vorsitzender	Manfred Wagner	Bürgermeister (bis 27.11.2015)		Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)
Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)									
Harald Semler	Stadtrat, Vorsitzender									
Manfred Wagner	Bürgermeister (bis 27.11.2015)									
	Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)									

Aufsichtsrat

Harald Semler	Stadtrat, Vorsitzender
Wolfram Dette	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender (bis 27.11.2015)
Manfred Wagner	Bürgermeister (bis 27.11.2015) Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)
Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende
Dr. Matthias Bürger	Fraktionsvorsitzender
Andreas Altenheimer	Fraktionsvorsitzender
Jörg Kratkey	Fraktionsvorsitzender
Dr. Barbara Greis	Fraktionsvorsitzende

Geschäftsführung:
Herr Stefan Franz
Herr Holger Hartert

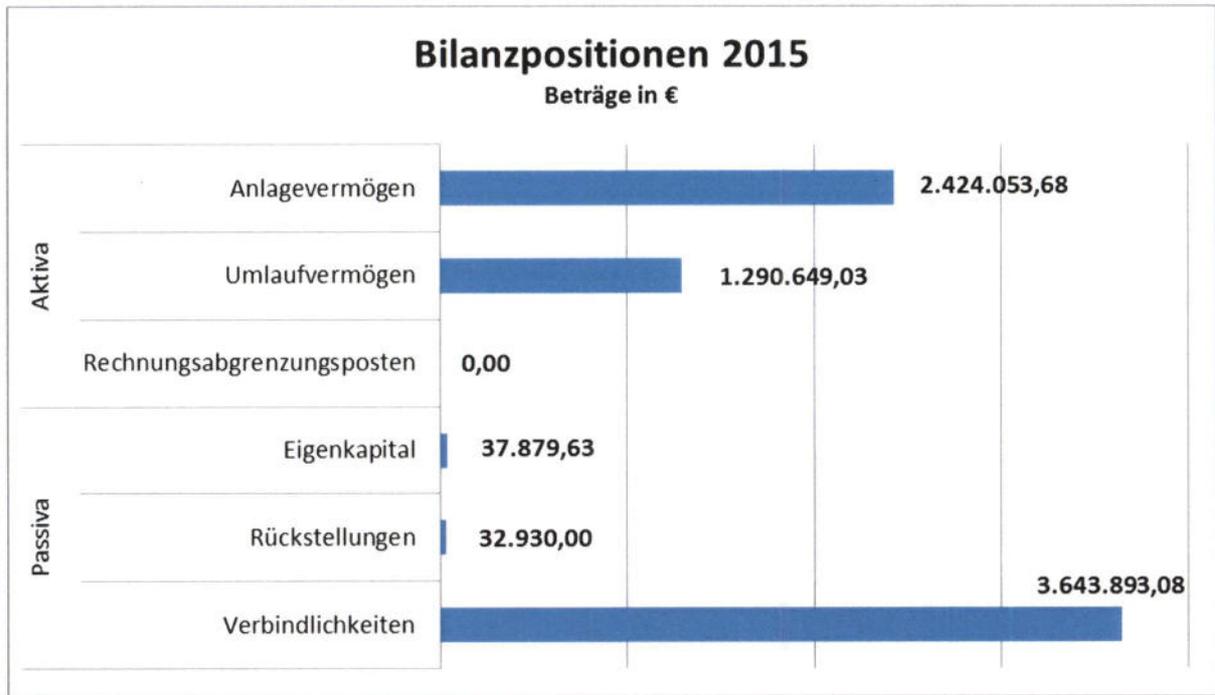
1.6.1	Bezüge Aufsichtsrat	Die Aufwandsentschädigungen des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015 betragen insgesamt 1.650 €.
1.7.	<i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 4 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

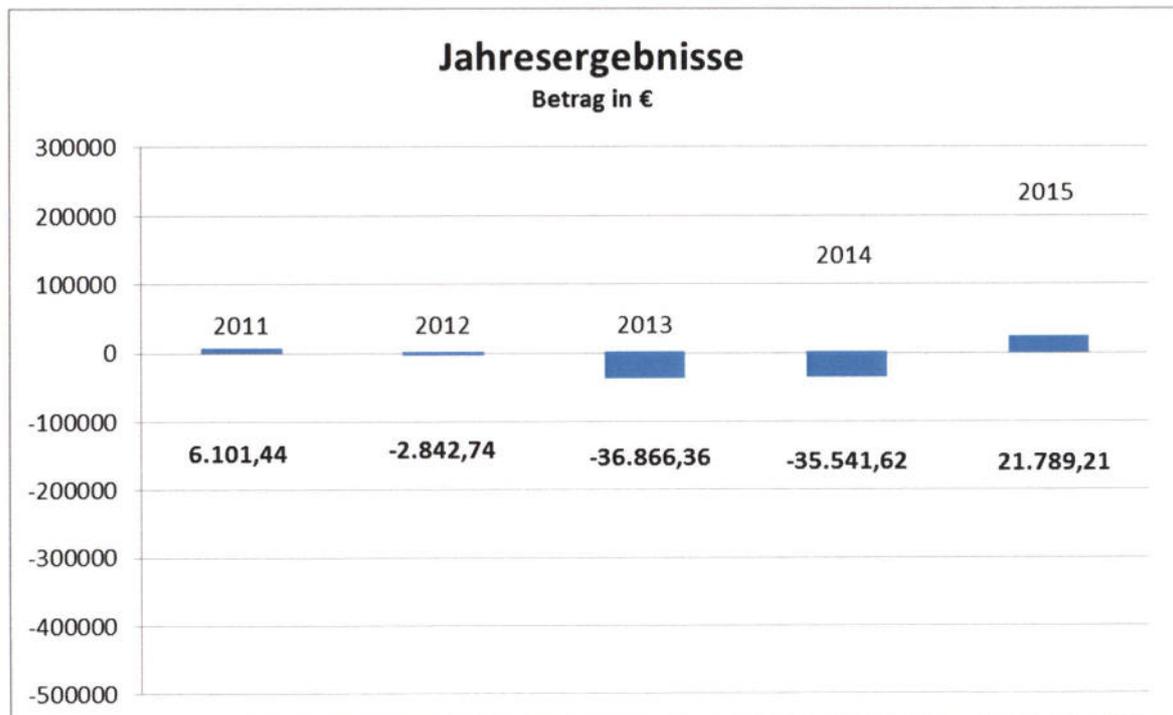
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung
	Euro	Euro	2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	2.424.053,68	2.354.983,00	69.070,68
Umlaufvermögen	1.290.649,03	1.364.526,20	-73.877,17
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.714.702,71	3.719.509,20	-4.806,49
Passiva			
Eigenkapital	37.879,63	16.090,42	21.789,21
<i>davon Stammkapital</i>	<i>51.129,19</i>	<i>51.129,19</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	32.930,00	44.530,00	-11.600,00
Verbindlichkeiten	3.643.893,08	3.658.888,78	-14.995,70
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.714.702,71	3.719.509,20	-4.806,49
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	380.803,70	201.425,50	179.378,20
sonstige betriebliche Erträge	0,01	3.850,30	-3.850,29
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	380.803,71	205.275,80	175.527,91
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	15.138,73	15.175,68	-36,95
Abschreibungen	44.676,12	15.583,60	29.092,52
sonst. betr. Aufwendungen	209.038,07	160.026,79	49.011,28
Betriebsaufwand	268.852,92	190.786,07	78.066,85
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78.747,50	40.757,44	37.990,06
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	33.203,29	-26.267,71	59.471,00
Steuern	11.414,08	9.273,91	2.140,17
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	21.789,21	-35.541,62	57.330,83

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen / Liquiditätshilfen*

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH erhielt von der Stadt Liquiditätshilfe; dafür zahlte die SEG für das Jahr 2015 Zinsaufwendungen i. H. v. 4.846,65 €.

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wichtigste Produkte und Geschäftsprozesse der Gesellschaft sind

- die Entwicklung und Vermarktung der Gewerbe-, Mischgebiets- und Wohnbau-Flächen in den ehemaligen Bundeswehrstandorten Spilburg und Sixt-von-Armin,
- die Werbung und Vermittlung von Interessenten für diese Flächen und Gebäude,
- Grunderwerb, soweit dies aus städtebaulichen und strukturpolitischen Gründen unerlässlich ist,
- das Betreiben eines „Haus der Optik“/„Viseum“ in Wetzlar, Kornmarkt 2,
- die Modernisierung und Vermietung des Gebäudes in Wetzlar, Spilburgstr. 6 an die Hochschule Studium Plus/CCD.

Wohn- und Gewerbepark Westend

Wie bereits im Lagebericht 2014 erläutert, ist die Umwandlung von ehemals militärisch genutzten Flächen in eine zivile Nachfolgenutzung (Konversion) abgeschlossen. Der Bund hat keine Flächen mehr im Eigentum. Die drei im Eigentum der SEG befindlichen Baufelder haben neue Investoren für eine Wohnbebauung gefunden.

Zunächst waren die Verhandlungen mit der HP&P Architekt- und Ingenieurgesellschaft aus Gießen ergebnislos verlaufen, weil der Investor und der vorgesehene Betreiber des zuletzt geplanten Seniorenwohn- und Pflegeheims sich nicht einigen konnten. Auf der Immobilienmesse Expo Real in München und über Internetwerbung konnten mit der Firma Trimborn & Best und der Fa. BAUSTOLZ zwei neue Unternehmen gewonnen werden, die entsprechende Wohnbauprojekte bereits mehrfach erfolgreich umgesetzt haben.

Nach ausführlichen Verhandlungen erfolgte eine Reservierung der 4.880 qm und 4.600 qm großen Baufelder (am Magdalenenhäuser Weg gelegen) für die Fa. BAUSTOLZ und des 6400 qm großen Baufeldes (an der Hans-Joachim-Danckworth-Str.) für die Fa. Trimborn & Best. Die Planungen beider Unternehmen (Doppel- und Reihenhäuser sowie Einzelhausbebauung) wurden im Aufsichtsrat vorgestellt und mit dem Planungsamt der Stadt Wetzlar abgestimmt.

Ein Optionskaufvertrag wurde mit BAUSTOLZ im Dezember 2015 geschlossen. Entscheidend für die Umsetzung der Kaufverträge und der Bauprojekte sind nun die Abschlüsse der Erschließungsverträge zwischen der Stadt Wetzlar und den Investoren. Infolge dessen wird mit einer Bauflächenveräußerung im Frühjahr 2016 gerechnet.

Gewerbepark Spilburg

Auch in der ehemaligen Spilburg-Kaserne kann die Konversion nunmehr als abgeschlossen bezeichnet werden. Auf wiederholte Anregung der Stadtentwicklungsgesellschaft hat der Bund von seiner Praxis, Straßen und Grünflächen nur dann zu veräußern, wenn der endgültige Ausbau erfolgte oder die Flächen angelegt sind, Ab-

stand genommen, und nun insgesamt 127.782 qm öffentliche Grün- und Verkehrsflächen unentgeltlich zur Übertragung auf die Stadt Wetzlar vorgesehen.

Darunter befinden sich u. a. die Flächen der Sportparkstraße, der Schanzenfeldstraße, Franz-Schubert-Str., Henri-Duffaut-Str., Charlotte-Bamberg-Str., Steinbühlstraße nebst dem ehemaligen Exerzierplatz, zwischen den Gebäuden A1 und A2 gelegen. Die Verhandlungen sind abgeschlossen, die Übertragung wird Anfang 2016 erfolgen.

Der Bund hat ferner die beiden Gebäudeteile der Liegenschaft A2 (Steinbühlstr. 13 a-d) einschließlich einer Parkplatzfläche privatisiert.

Bis auf einige Wohngebäude, die außerhalb (am Rande) des Gewerbeparks liegen, besitzt der Bund sodann kein Eigentum mehr in dem Gesamtareal.

Im Eigentum der SEG befindet sich nach wie vor das Flurstück 13/83 in der Franz-Schubert-Straße, mit einer Größe von 10.016 qm.

Es ist – neben einer rund 17.000 qm großen Baufläche der Software AG Stiftung – eine der wenigen noch verbliebenen kompakten Großflächen im Gewerbepark Spilburg. Das Grundstück erfährt möglicherweise eine herausragende Rolle bei der Fortentwicklung des Hochschulstandortes Wetzlar.

Bis zu einer eventuellen diesbezüglichen Bebauung wurde die Fläche zwischenzeitlich als Parkplatz an die Fachhochschule vermietet. Dadurch wird der Parkdruck, der sich aufgrund der stetig steigenden Studentenzahlen entwickelte, gemindert, bzw. wird hier teilweise der Nachweis von Stellplatzflächen für die Nutzung des SEG-eigenen Gebäudes Spilburgstr. 6 erbracht.

Das an der Spilburgstr./ Ecke Franz-Schubert-Straße gelegene Garagengebäude wurde von der Stadt Wetzlar abgebrochen. Die SEG hatte die Gebäudefläche aus dem Gesamtgrundstück der Spilburgstraße 6 an die Stadt Wetzlar veräußert, um der Stadt die Möglichkeit zu eröffnen, die schmale Zufahrt zur Franz-Schubert-Straße zu verbreitern. Eine verbliebene Restfläche wurde nach dem Abbruch des Gebäudes auf die SEG zurückübertragen. Hier können zusätzlich Parkplätze angelegt werden.

Projekt Spilburgstraße 6 im Gewerbepark Spilburg

Nach dem Umbau des Erdgeschosses und des 1. Obergeschosses für eine Nutzung durch die Technische Hochschule Mittelhessen „Studium Plus“ wurden die Gebäudeteile termingerecht an die Nutzerin übergeben. Das Kellergeschoss wurde zu ca. 2/3 Anteilen als Lager- und Magazinfläche den Städtischen Museen zugeführt, 1/3 Anteil steht der Hochschule als Lagerfläche zur Verfügung.

Die im Bereich des 2. Obergeschosses zunächst für Studienzwecke nicht genutzten Flächen standen in 2015 für eine vorübergehende Anmietung durch die Stadtverwaltung Wetzlar parat (Auslagerung von Ämtern während der Umbaumaßnahmen im Rathaus). Die Vermietung endet zum 30.06.2016. Die von der Stadt genutzten Räumlichkeiten werden voraussichtlich Anfang Juni 2016 frei.

Das sehr enge Zeitfenster zwischen Auszug der Stadt Wetzlar aus dem 2. OG und der geplanten Nachvermietung zum 01.09.2016, also rund 50 Werktagen, muss die SEG nutzen, um die Umbau- und Modernisierungsarbeiten in diesem Stockwerk zu vollziehen. Erforderlich sind insbesondere Raumveränderungen durch die Heraus-

nahme von Zwischenwänden, Erneuerung von Fußböden, Neuinstallation der Elektrotechnik und das Abhängen von Decken.

Den Monat September wird die Hochschule sodann für die Innenausstattung der Schul- und Seminarräume nutzen, damit zum 01. Oktober der Studienbetrieb beginnen kann.

Um diesen knappen Umbauzeitraum intensiv zu nutzen, wurden bereits im Juni 2015 die ersten Abstimmungsgespräche mit Studium Plus und dem Architekturbüro Rohbach+Schmees geführt und zum 01.07.2015 Herr Udo Ketterer mit der Wahrnehmung der Projektsteuerung beauftragt (Aufsichtsratsbeschluss vom 05.05.2015).

Neben den Umbauarbeiten im 2. Obergeschoss ist eine Brandschutz-Fluchttreppe, die der Entfluchtung des 1. Obergeschosses dient, in Stahlbauausführung im rückwärtigen Bereich des Gebäudes anzubauen.

Außerhalb der Konversionsgebiete war die Stadtentwicklungsgesellschaft in den nachfolgenden Projekten tätig:

Kornmarkt 2

Die SEG ist erster Ansprechpartner für alle Belange rund um das VISEUM und bewirtschaftet die von der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH angemieteten Räume des Museums.

B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	2015		2014	
Grundstücksverkehr Spilburg und Westend				
Mieterträge Spilburg	287.077,78 €	239.577,34 €	108.607,29 €	89.678,78 €
Verkaufserlöse	0,00 €		50.815,30 €	
Abgang Sachanlagen	0,00 €		-46.965,00 €	
Raumkosten Spilburgstr. 6	-44.770,36 €		-13.513,31 €	
Reparaturen, Instandhaltung	-2.730,08 €		-9.265,50 €	
Viseum				
Mietertrag	93.725,92 €	6.242,03 €	92.818,21 €	3.411,31 €
Mietaufwand	-87.483,89 €		-89.406,90 €	
Sonstige Erträge				
Sonstige Erträge		0,01 €		0,00 €
Sonstige Aufwand				
Personalkosten	-15.138,73 €	-224.030,17 €	-15.175,68 €	-128.631,71 €
Versicherung	-5.972,16 €		-6.634,04 €	
Werbung	0,00 €		-3.340,45 €	

div. betriebliche Kosten	-68.081,58 €		-37.866,59 €	
Steuern	-11.414,08 €		-9.273,91 €	
Abschreibungen	-44.676,12 €		-15.583,60 €	
Zinsaufwand	-78.747,50 €		-40.757,44 €	
Ertragssteuern	0,00 €		0,00 €	
Ergebnis		21.789,21 €		-35.541,62 €

Finanzlage

Durch einen gewährten Kreditrahmen der Gesellschafterin ist die Liquidität jederzeit gewährleistet. Der mit der Stadt Wetzlar vereinbarte Verfügungsrahmen beträgt am 31.12.2015 1,6 Mio. Euro. Es wird damit gerechnet, auch in Zukunft die Verpflichtungen jederzeit erfüllen zu können.

Vermögenslage

Der Anteil des Anlagevermögens beträgt 65,3 % (Vorjahr: 63,3 %) des Gesamtvermögens. Das Umlaufvermögen beträgt 34,7 % (Vorjahr: 36,7 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 98,1 % (Vorjahr: 98,4 %) der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote beträgt 1,02 % (Vorjahr: 0,4 %).

C) Nachtragsbericht (Bericht über Ereignisse nach dem Bilanzstichtag)

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben.

D) Risikobericht

Spilburg, Gewerbegebietsgrundstück, Flurstück 13/83, 10.016 qm

Es besteht weiterhin das Risiko, dass bei einem späteren Verkauf weitere Zinsaufwendungen entstehen, durch den Verkaufspreis nicht gedeckt sind. Eine weitere Verkaufspreiserhöhung entspricht eventuell nicht der Marktlage –auch unter der Berücksichtigung, dass der Bodenrechtswert des Gutachterausschusses zum 01.01.2016 auf 80 €/qm angehoben wurde- und führt möglicherweise dazu, dass das Grundstück keinen Käufer findet. Zur Vermarktung des Bauplatzes ist ferner ein Preisnachlass nicht auszuschließen. Es bestehen Baulasten (Parkplatznutzung) für das benachbarte SEG-eigene Hausgrundstück Spilburgstr. 6.

Spilburg, Spilburgstraße 6

Aufgrund des Umbaus/der Modernisierung der Liegenschaft Spilburgstraße 6 wurden erhebliche Investitionen erforderlich. Zur Finanzierung wurden Kapitalmarktmittel aufgenommen.

Es besteht das Risiko, dass die Mieteinnahmen den Kapitaldienst (z. B. bei einem längeren Leerstand der vermietbaren Flächen oder bei einem erheblichen Steigen der Darlehenszinsen nach Ablauf der Zinsbindungsfrist) nicht abdecken. Auf langfristige Mietverträge und eine ebenso lange und gleichbleibende Verzinsung des aufzunehmenden Kapitals ist zu achten.

Westend, 3. Bauabschnitt

Es bestehen weiterhin Unwägbarkeiten bei der Vermarktung der verbliebenen drei Baufelder. Kommt ein Gesamtverkauf an die derzeit vorhandenen Erwerbsinteressenten nicht zustande, ist aufgrund erforderlich werdender Erschließungsmaßnahmen und Teilflächenverkäufen mit langwierigen Verkaufsbemühungen zu rechnen.

Um einen finanziellen Ausgleich der Aufwendungen (Erwerbs- und Abbruch- sowie Nebenkosten) zu erzielen, wurde der Veräußerungspreis für die Wohn- und Mischgebietsflächen im 2. Bauabschnitt auf 95,23 €/qm festgesetzt. Der Kaufpreis wird voraussichtlich auch im 3. Bauabschnitt zum Ansatz gelangen.

Der Preisansatz ist durchaus vertretbar und gegenwärtig auf dem Markt zu realisieren; allerdings besteht auch eine Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung des Immobilienmarktes. In Umlandgemeinden wurden und werden Baugebiete aufgelegt, die die Nachfrage in Wetzlar beeinflussen. Weitere, bereits in der Öffentlichkeit von der Stadt Wetzlar angekündigte Baugebiete in Wetzlar (Schattenlänge in Münchholzhausen, Blankenfeld Wetzlar und Rothenberg in Garbenheim) nehmen dem Baugebiet Westend potentielle Kunden.

Es besteht das Risiko, dass Bauflächen nicht veräußert werden können und die laufenden Kapitalkosten mittelfristig durch den Verkaufspreis nicht mehr gedeckt sind. Ferner sind Preisnachlässe bei schwierig zu vermarktenden Grundstücken nicht auszuschließen. Auch ist bei einer zusammenhängenden Vermarktung der drei verbliebenen Baufelder ein Kaufpreisnachlass nicht auszuschließen.

Kornmarkt 2

Die Vertragslaufzeiten zwischen der Stadtentwicklungsgesellschaft und den 14 Unternehmen aus der optisch-feinmechanischen Branche sind zeitlich nicht gleichlaufend zu dem Vertragsverhältnis zwischen der Stadtentwicklungsgesellschaft und der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft (WWG). Der Vertrag mit der WWG hat eine Laufzeit von 10 Jahren und endet Anfang 2017. Die Verträge mit den Einzelunternehmen sind mit einer stillschweigenden periodischen Verlängerung ausgestattet. Sollten diese in eine Notlage geraten, kann das Vertragsverhältnis gekündigt werden. Sofern in diesem Fall kein Nachmieter gefunden wird, könnte es zu Mietmindereinnahmen für die Stadtentwicklungsgesellschaft kommen.

Altlasten

Die Baugebietsflächen in der Spilburg und im Westend befinden sich auf ehemals militärisch genutztem Gelände. Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Untergrund Altlasten befinden, deren Entsorgung Aufgabenpflicht der Stadtentwicklungsgesellschaft ist.

E) Prognosebericht

Der im Vorjahr geplante Jahresfehlbetrag von rund 18 TEuro wurde um 39TEuro übertroffen, da die Umsatzerlöse um rund 61 TEuro über dem Plan lagen und entsprechend hohe Aufwendungen angefallen sind.

Für das Jahr 2016 bestehen feste, bindende Mietverträge im Gebäude Spilburgstr. 6 Die Mieteinnahmen und der Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditinstitut sind sicher gestellt.

Der Mietvertrag mit der Stadt Wetzlar im 2. OG (tlw.) endet zum 30.06.2016. Zur Weitervermietung an die Hochschule werden diese Räumlichkeiten umgebaut und modernisiert. Eine Weitervermietung wird zum 01.09.2016 angestrebt, d. h., für die Arbeiten bleiben maximal 2 Monate Zeit –in den Sommerferien.

Eine Herausforderung, aber angesichts der Tatsache, dass unter anderem die sanitären Räumlichkeiten bereits modernisiert sind, durchaus umsetzbar.

Für die im Westend verbliebenen drei Baufelder der Stadtentwicklungsgesellschaft sind zwei Interessenten vorhanden. Zielsetzung in 2016 ist, zumindest mit einem der Bewerber einen Erschließungsvertrag (Vertragsabschluss zwischen der Stadt Wetzlar und dem Investor) und einen Kaufvertrag (SEG-Investor) abzuschließen.

Der Mietvertrag zwischen der SEG und der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft (WWG) über die Nutzung des Gebäudes Kornmarkt 2 (VISEUM) endet Anfang 2017. Allerdings ist eine jährliche Fortsetzung des Vertragsverhältnisses vorgesehen. Dadurch nähern sich die Kündigungsfristen zwischen der Anmietung bei der WWG und der Weitervermietung an die Einzelunternehmen; somit mindert sich das Risiko einer zwischenzeitlichen Unterdeckung.

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die SEG ein Ergebnis nach Steuern von rd. 410 TEuro.

Werner Gimmler – Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 08. Juli 1967 gegründet.																		
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Verkehrsunternehmen jeder Art, insbesondere das Betreiben von Omnibuslinien, Omnibusgelegenheitsfahrten und Reisebüros, die Veranstaltung von Geschäftsreisen („Gimmler-Reisen“) sowie die Unterhaltung von Reparaturwerkstätten, Tankstellen und Gaststätten. Zur Erfüllung des Geschäftszweckes ist die Gesellschaft befugt, im In- und Ausland unter gleicher oder besonderer Firma Zweigniederlassungen zu errichten und sich an anderen Unternehmen jeder Rechtsform zu beteiligen.																		
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Gemäß § 4 ÖPNVG ist die Stadt Wetzlar zuständiger Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf ihrem Gebiet. Der Aufgabenträger hat derzeit die Wetzlarer Verkehrsbetriebe mit der Durchführung der ÖPNV beauftragt.																		
1.4. <i>Stammkapital</i>	1.354.923,50 € Stadt Wetzlar: 100 %																		
1.5. <i>Beteiligungen</i>	Zubringerdienste Wetzlar GmbH 100 %																		
1.6. <i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Gemäß Nr. V der Satzung wird die Versammlung durch den Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar oder das von ihm beauftragte Magistratsmitglied geleitet. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter erschienen sind und mehr als die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.</p> <table border="0"> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Oberbürgermeister bis 27.11.15</td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister ab 27.11.15</td> </tr> </table> <p>Aufsichtsrat</p> <table border="0"> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Oberbürgermeister bis 27.11.15</td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister ab 27.11.15</td> </tr> <tr> <td>Ingeborg Koster</td> <td>Stadtverordnete</td> </tr> <tr> <td>Thomas Heyer</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Dr. Barbara Greis</td> <td>Stadtverordnete</td> </tr> <tr> <td>Dr. Andreas Viertelhausen</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> <tr> <td>Herbert Wolf</td> <td>Stadtverordneter</td> </tr> </table>	Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15	Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15	Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15	Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15	Ingeborg Koster	Stadtverordnete	Thomas Heyer	Stadtverordneter	Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete	Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter	Herbert Wolf	Stadtverordneter
Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15																		
Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15																		
Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15																		
Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15																		
Ingeborg Koster	Stadtverordnete																		
Thomas Heyer	Stadtverordneter																		
Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete																		
Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter																		
Herbert Wolf	Stadtverordneter																		

Geschäftsführung:
Manfred Thielmann

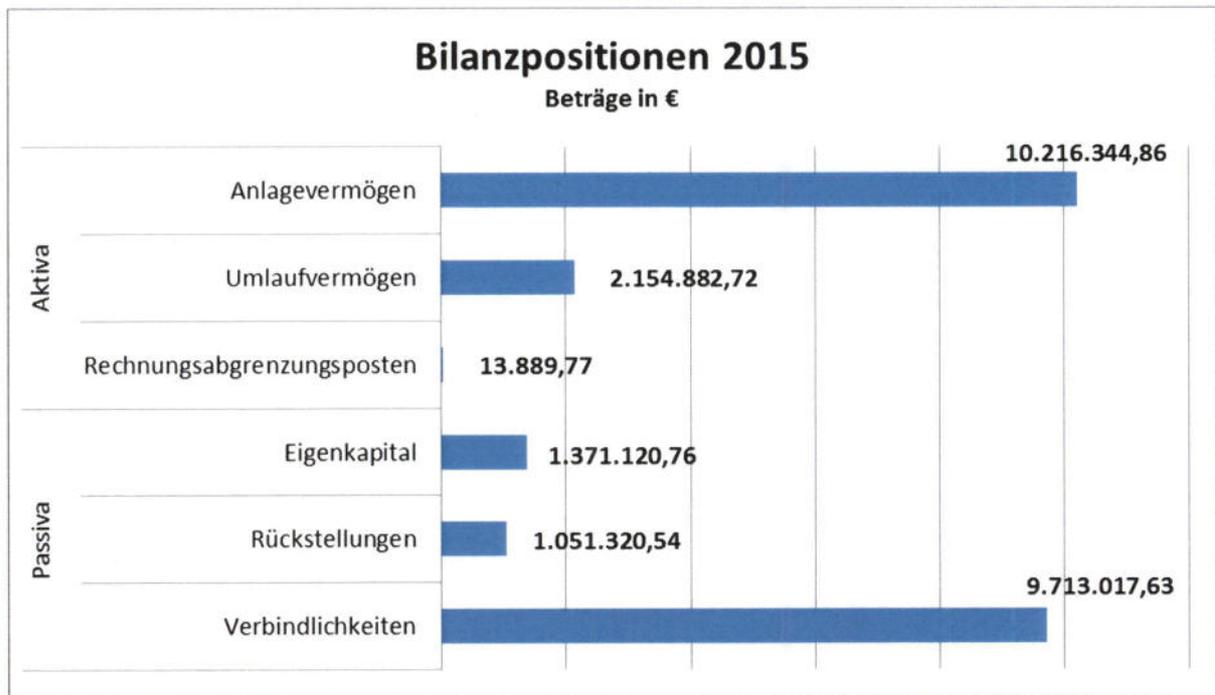
1.6.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 600,00 Euro.
1.7. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	2 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

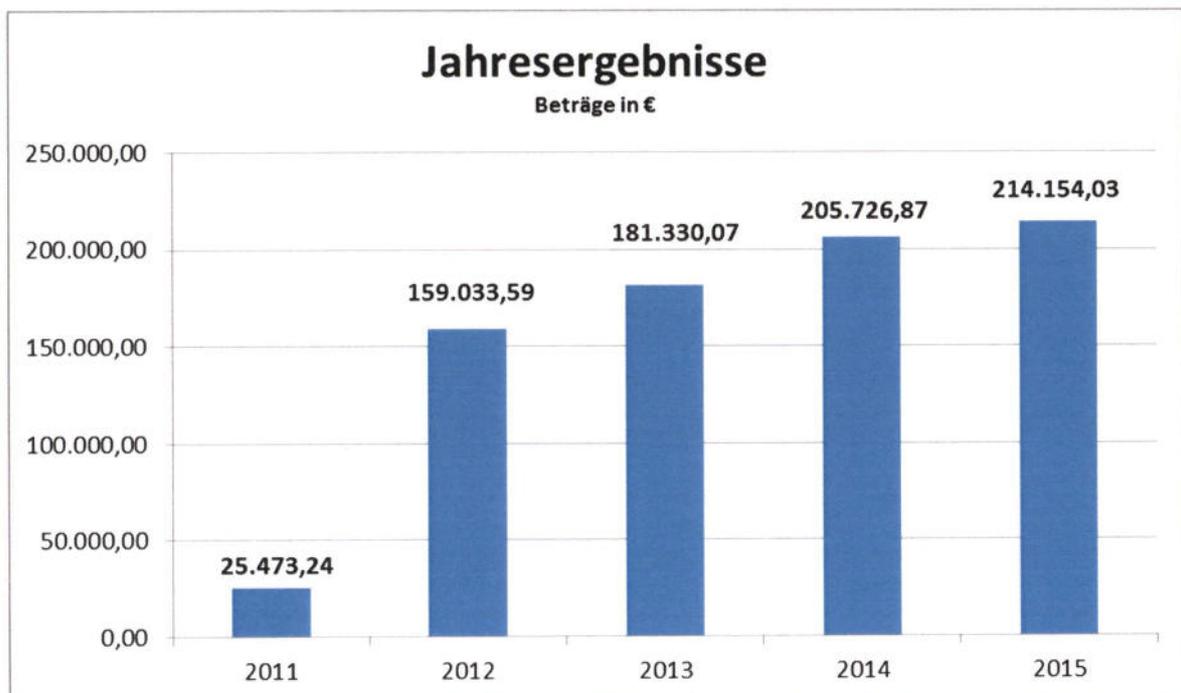
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung 2014 - 2015
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	10.216.344,86	10.530.838,86	-314.494,00
Umlaufvermögen	2.154.882,72	2.361.925,78	-207.043,06
Rechnungsabgrenzungsposten	13.889,77	9.541,49	4.348,28
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00
Bilanzsumme	12.385.117,35	12.902.306,13	-517.188,78
Passiva			
Eigenkapital	1.371.120,76	1.156.966,73	214.154,03
<i>davon Stammkapital</i>	<i>1.354.923,50</i>	<i>1.354.923,50</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	1.051.320,54	1.003.034,26	48.286,28
Verbindlichkeiten	9.713.017,63	10.742.305,14	-1.029.287,51
Rechnungsabgrenzungsposten	249.658,42	0,00	249.658,42
Bilanzsumme	12.385.117,35	12.902.306,13	-517.188,78
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	11.221.841,60	11.459.292,38	-237.450,78
sonstige betriebliche Erträge	1.121.575,21	970.097,55	151.477,66
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	12.343.416,81	12.429.389,93	-85.973,12
Materialaufwand	2.711.938,25	3.088.615,34	-376.677,09
Personalaufwand	5.519.044,16	5.426.652,12	92.392,04
Abschreibungen	1.586.415,20	1.495.750,23	90.664,97
sonst. betr. Aufwendungen	2.034.659,35	1.902.433,87	132.225,48
Betriebsaufwand	11.852.056,96	11.913.451,56	-61.394,60
Zinsen und ähnliche Erträge	175,41	6.186,40	-6.010,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227.361,94	271.181,97	-43.820,03
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	264.173,32	250.942,80	13.230,52
außerordentliche Aufwendungen	-14.942,00	-14.942,00	0,00
Steuern	35.077,29	30.273,93	4.803,36
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	214.154,03	205.726,87	8.427,16

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) Darlehen / Liquiditätshilfen

Die Stadt gewährte der Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH Liquiditätshilfe; die Zinserträge für das Jahr 2015 betragen 5.887,50 €.

b) Sicherheiten

Gegenüber der W. Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH besteht zum 31.12.2015 eine Bürgschaftsverpflichtung der Stadt Wetzlar in Höhe von 105.267,95 € und eine Patronatserklärung in Höhe von 6.000.000 €.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Das Unternehmen erhält aufgrund einer Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.1994 (DRU 6577 – I/201) die Infrastrukturkostenhilfe des Rhein-Main-Verkehrsverbundes in Höhe von 511.922 Euro jährlich ausgezahlt.

Weitere Entschädigungen ergeben sich aus dem unten angeführten Verkehrsvertrag.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen des Unternehmens in Anspruch.

e) Verkehrsvertrag (gültig ab 01.01.2010)

Mit dem Vertrag zum Stadtbusverkehr vom 19.10.2009 zwischen der Stadt Wetzlar, vertreten durch den Magistrat als „Aufgabenträger“ und der Firma Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Manfred Thielmann, wurde das Verkehrsunternehmen mit der Erbringung der Beförderungsleistungen auf den 10 Stadtbuslinien beauftragt. Die Verkehrsleistung beträgt rund 1,4 Mill. Nutzwagenkilometer im Jahr. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis Dezember 2017.

f) Kapitalrücklage

Gemäß Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.1999 wurde dem Unternehmen im Jahr 1999 eine Kapitalrücklage in Höhe von 511.291,88 € gewährt.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Mit einem leistungsfähigen und modernen Verkehrsmanagement werden die ÖPNV-Linien im Stadtgebiet Wetzlar überwacht und gesteuert(auf der Linie 11 bis in das Stadtgebiet Gießen). In der Verkehrsleitstelle kümmert sich die Gesellschaft um einen möglichst reibungslosen Linienbetrieb im Zuständigkeitsbereich. Zudem wird Datenmaterial zur Qualitätsprüfung gesammelt und erfasst. Somit sorgt die Gesellschaft für vielfältige Fahrgastinformationen.

Im Rahmen der Einführung des E-Ticketings im Bereich des Rhein-Main-Verkehrsverbundes hat die Gesellschaft ein umfassendes EDV-Projekt auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen, neue Busdrucker, Verkaufseinrichtungen für E-Ticketing, neue Serveranlagen, ein neues Hintergrundsystem zur Steuerung der Dienst- und Fahrpläne, bis hin zur Schnittstelle für das Beantragen und Ausstellen der Schüler-CleverCards, entwickelt die Gesellschaft gemeinsam mit ihren Partnern seit dem Jahr 2012. Diese Maßnahme wurde dem Geschäftsjahr 2015 entscheidend vorangebracht und soll im Jahr 2016 endgültig abgeschlossen werden. Hierfür werden Investitionen in der Größenordnung von 500.000 € notwendig.

Im Geschäftsjahr 2015 haben die Werner Gimmler Verkehrsbetriebe gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Wetzlar umfangreiche Sanierungen der Infrastruktur geplant, begleitet und umgesetzt. Geprägt waren diese Maßnahmen unter anderem von dem barrierefreien Umbau des Leitzplatzes. Die stellte einen auch logistisch vor große Herausforderungen. Die Einrichtung der zusätzlichen Linie 15 mit der direkten Verbindung des Wohn- und Gewerbeparks Spilburg zum Zentralen Omnibusbahnhof hat sich dabei besonders bewährt.

In der Bustouristik wurde der umfangreiche Fuhrpark im Geschäftsjahr 2015 weiter erneuert. Es wurden Ersatzbeschaffungen von drei Reisefahrzeugen, im Bereich der 4- und 5-Sterne-Kategorie, vorgenommen. Das Unternehmen setzt derzeit 36 Reisefahrzeuge in Europa ein. Die sehr erfreuliche Entwicklung im Bereich der Bustouristik hat sich auch im Geschäftsjahr 2015 fortgesetzt. Erneut konnte die Gesellschaft über 300.000 Kunden in den Fahrzeugen begrüßen. Die steile Aufwärtsbewegung in diesem Geschäftsbereich soll auch in den kommenden Jahren, trotz schlechter werdender Rahmenbedingungen, weitergeführt werden. Die Entwicklungen auf dem Markt der „Fernbusse“ mit dem weiterhin desaströsen Preiskampf beobachtet das Unternehmen genau und wird sich zu gegebener Zeit mit der Einrichtung eigener Linie beschäftigen.

Das außerordentlich hohe Niveau beim Fuhrpark spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass im Linien- und Reiseverkehr ausschließlich Fahrzeuge mit der Euronorm 5 (grüne Umweltplakette) eingesetzt werden. Die Investitionen in den Fuhrpark werden nach einer erfolgreichen Konzessionierung in den kommenden Jahren behutsam der jeweiligen Geschäftslage angepasst.

2. Gesamtleistung

Die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH verzeichnen im Berichtsjahr Gesamterträge in Höhe von TEuro 12.344. Die Erlöse aus Verkehrsdienstleistungen in Höhe von TEuro 5.709, in denen neben den RMV-Tarifeinnahmen unter anderem auch die Ausgleichszahlungen „Schülerbeförderung“ nach § 45 a PBefG und die Erstattungen „Schwerbehinderter“ nach § 148 SGB IX enthalten sind, wurden in diesem Jahr erheblich gesteigert.

Dies hat damit zu tun, dass die Schülerjahreskarten ab dem Schuljahr 2015/2016 vom Schulkostenträger direkt beim Unternehmen bestellt und abgerechnet werden. Durch die Einführung der kreisweiten Schülerjahreskarte haben sich die Abrechnungsmodalitäten verändert.

Auch im Reisegeschäft ist eine stabile Ertragslage zu verzeichnen. Dies stellt insgesamt eine sehr beruhigende Entwicklung für das Gesamtunternehmen dar.

Das Unternehmen hat die wirtschaftlich sehr gute Entwicklung seit 2007 auch im Jahr 2015 fortsetzen können. Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 214.154,03 ausgewiesen.

3. Dienstleistungen

Die Gesellschaft ist in folgenden Teilgebieten tätig:

- Linienverkehr
- Mobilitätsinfo
- Ausflugsfahrten
- Eventreisen
- Mietomnibusse
- Ferienzielreisen
- Ticketverkauf
- Reisebüro für Flug-, Bahn- und Schiffsreisen

4. Investitionen

Die Investitionen in das Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEuro 1.309 und lagen um TEuro 277 unter den Abschreibungen.

Der Schwerpunkt der Investitionen lag im Bereich der Omnibusse (TEuro 1.060); die Zugänge wurde wie folgt finanziert:

Aufnahme von Darlehen in Höhe von TEuro 850.

5. Finanzierungsmaßnahmen

Wie schon den Vorjahren wurde die Kontokorrentlinie zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen.

In den vergangenen Jahren wurde mehrfach auf das sehr geringe Eigenkapital des Unternehmens, bedingt durch die Verlustvorträge aus den Jahren 1999 bis 2003, hingewiesen. Es kann dauerhaft nicht ausgeschlossen werden, dass der Gesellschafter, im Zuge kommender Investitionen, das Eigenkapital des Unternehmens erheblich stärken muss.

6. Personal- und Sozialbereich

Als Traditionsunternehmen kennt man bisher nur eine äußerst geringe Personalfluktuation bei den Fahrern. Unter Beachtung der Gesamtsituation in der kompletten Branche geht man von aus, dass sich dies in den kommenden Jahren erheblich ändern wird. Höhere Anforderungen bei der Ablegung der Führerscheinprüfung und die gesetzlich geforderte dauernde zusätzliche Qualifikation bedingen einen erheblichen Fahrermangel.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es keine bedeutende Veränderungen im Mitarbeiterstamm. Die Personalkosten im Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

2003	6.657.153,08 €
2004	6.671.942,23 €
2005	6.277.598,14 €
2006	6.020.600,31 €
2007	5.805.328,58 €
2008	5.884.276,41 €
2009	5.276.230,59 €
2010	5.008.050,91 €
2011	5.028.593,15 €
2012	5.241.185,89 €
2013	5.163.463,87 €
2014	5.426.652,12 €
2015	5.519.044,16 €

7. Ertragslage

Die Gesamtleistung von TEuro 12.344 hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 85 vermindert. Es ergab ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 214.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist ausreichend, muss jedoch in den kommenden Jahren weiter stabilisiert werden.

Der Turnaround wurde im Jahr 2007 durch eine umfangreiche Restrukturierung erreicht und in den Geschäftsjahren 2008 – 2015, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, erfolgreich fortgesetzt.

8. Voraussichtliche Entwicklung

Nach jahrelangen Verhandlungen trat am 01.01.2013 die Novelle des PBefG in Kraft. Bund und Länder hatten sich Mitte September 2012 auf einen Kompromiss verständigt. Rund 4 Jahre nach Inkrafttreten des neuen EU-Rechtes für den ÖPNV wird damit das nationale Recht an die Maßnahmen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der Kompromiss sieht auf Drängen der Länder eine Stärkung der ÖPNV-Aufgabenträger vor. Den Aufgabenträgern wird ausdrücklich die Befugnis eingeräumt, alle Instrumente der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 zu nutzen. Ausschreibungen ebenso wie die Direktvergaben, die Gewährung ausschließlicher Rechte und die Aufstellung allgemeiner Vorschriften. Im Gegenzug konnte sich der Bund mit seiner Forderung nach einer Liberalisierung des Fernbusverkehrs durchsetzen.

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft umfangreiche Mittel in die Substanzerhaltung der Immobilie investiert. Ein neuer Tagungs- und Kundenabfahrtsraum mit den notwendigen sanitären Anlagen, die Renovierung des Verwaltungsgebäudes und der Werkstatt, die von der Berufsgenossenschaft und dem TÜV Hessen geforderten neuen Rolltore in die zentrale Omnibuswerkstatt sowie der Beginn der dringend erforderlichen Sanierung des Hofgeländes, wurden begonnen bzw. abgeschlossen. Das Unternehmen wird auch in den kommenden Jahren Mittel benötigen, um die Substanzerhaltung fortzuführen.

Wetzlar Arena GmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Wetzlar Arena GmbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 24. September 2002 gegründet.								
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Vermarktung der Wetzlar Arena für Veranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.								
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Verbesserung der touristischen Infrastruktur in der Region Mittelhessen durch die Ausweitung des kulturellen und sportlichen Angebots mit der Sicherstellung des Betriebes einer im städtischen Eigentum befindlichen überregionalen Veranstaltungshalle. Die Gesellschaft hat zur Zeit ihre Aktivität eingestellt, die Veranstaltungshalle wird von einem privaten Anbieter betrieben. Zur Sicherstellung des überörtlichen Angebots kann die Gesellschaft ggfs. den Betrieb der Arena wieder aufnehmen.								
1.4. <i>Stammkapital</i>	25.000,00 € Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar Stadt Wetzlar: 100 %								
1.5. <i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="608 1628 852 1695">Wolfram Dette Manfred Wagner</td> <td data-bbox="935 1628 1394 1729">Oberbürgermeister bis 27.11.15 Bürgermeister bis 27.11.15 Oberbürgermeister ab 27.11.15</td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="608 1774 804 1807">Aufsichtsrat</td> </tr> <tr> <td data-bbox="608 1807 895 1953">Manfred Wagner Wolfram Dette Christa Lefèvre Dennis Schneiderat</td> <td data-bbox="935 1807 1406 1986">Vorsitzender Stellv. Vorsitzender bis 27.11.15 Stadtverordnete, Lehrerin Stadtverordneter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter</td> </tr> <tr> <td data-bbox="608 1998 863 2031">Waldemar Kleber</td> <td data-bbox="935 1998 1417 2056">Stadtverordneter, Versicherungskaufmann</td> </tr> </table>	Wolfram Dette Manfred Wagner	Oberbürgermeister bis 27.11.15 Bürgermeister bis 27.11.15 Oberbürgermeister ab 27.11.15	Aufsichtsrat		Manfred Wagner Wolfram Dette Christa Lefèvre Dennis Schneiderat	Vorsitzender Stellv. Vorsitzender bis 27.11.15 Stadtverordnete, Lehrerin Stadtverordneter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Waldemar Kleber	Stadtverordneter, Versicherungskaufmann
Wolfram Dette Manfred Wagner	Oberbürgermeister bis 27.11.15 Bürgermeister bis 27.11.15 Oberbürgermeister ab 27.11.15								
Aufsichtsrat									
Manfred Wagner Wolfram Dette Christa Lefèvre Dennis Schneiderat	Vorsitzender Stellv. Vorsitzender bis 27.11.15 Stadtverordnete, Lehrerin Stadtverordneter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter								
Waldemar Kleber	Stadtverordneter, Versicherungskaufmann								

Krimhilde Tacke Stadtverordnete, Krankenschwester
Thomas Meißner Stadtverordneter, Bankkaufmann

Geschäftsführung:
Herr Friedrich Rolf Hess

1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 300 Euro.
---------------------------	---

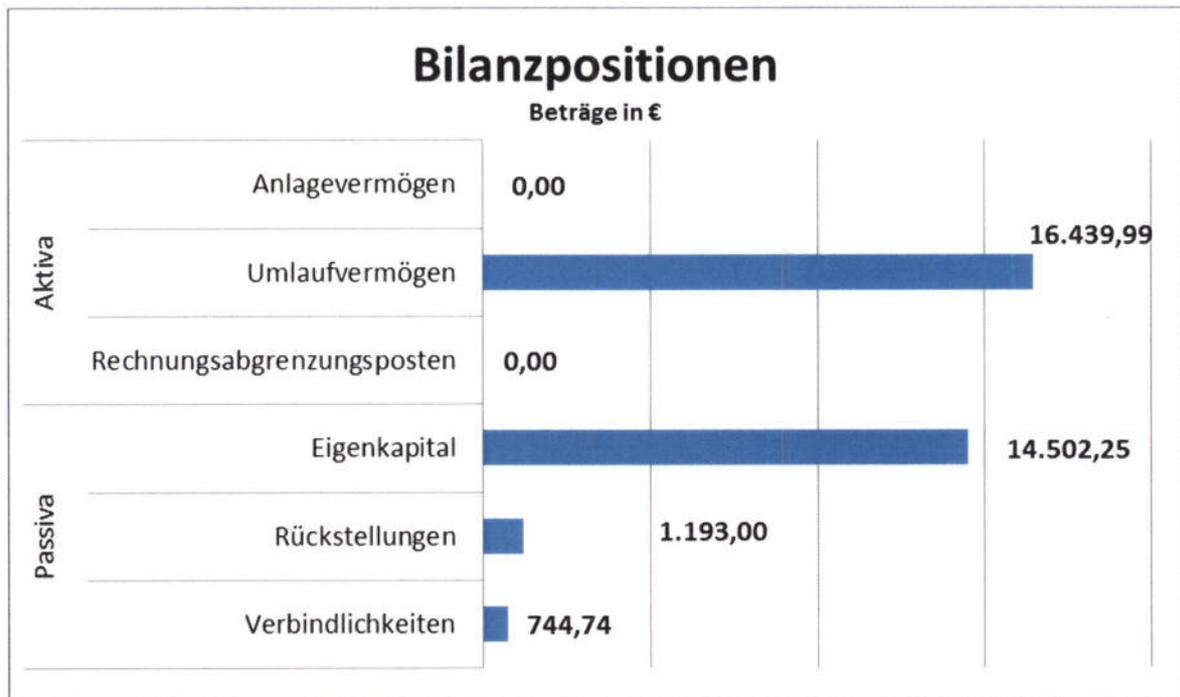
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 1 Aufsichtsratssitzungen
----------------------------------	---

2. Unternehmenskennzahlen

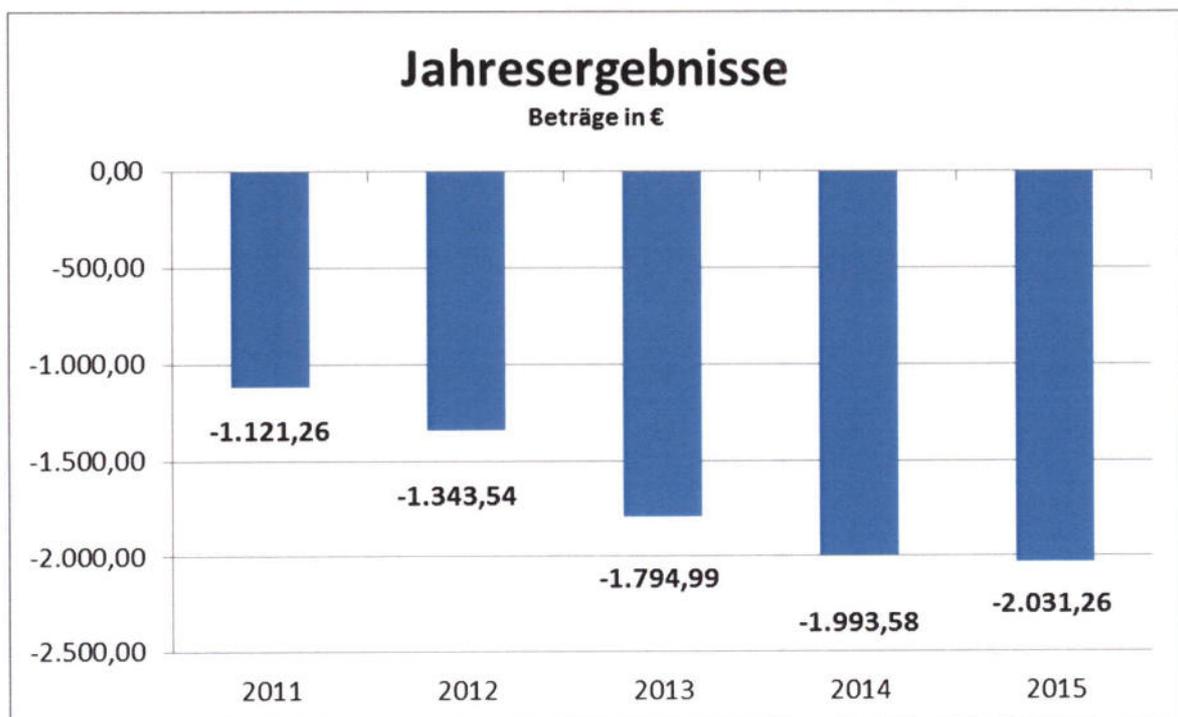
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	16.439,99	18.990,31	-2.550,32
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	16.439,99	18.990,31	-2.550,32
Passiva			
Eigenkapital	14.502,25	16.533,51	-2.031,26
<i>davon Stammkapital</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	1.193,00	1.920,00	-727,00
Verbindlichkeiten	744,74	536,80	207,94
Bilanzsumme	16.439,99	18.990,31	-2.550,32
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
sonstige Erträge	127,49	0,00	127,49
Betriebsleistung	127,49	0,00	127,49
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonst. betr. Aufwendungen	2.158,75	2.122,65	36,10
Betriebsaufwand	2.158,75	2.122,65	36,10
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	135,16	-135,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	6,09	-6,09
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.031,26	-1.993,58	-37,68
Steuern	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.031,26	-1.993,58	-37,68

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

e) *Kapitalrücklage*

Dem Unternehmen wurden in verschiedenen Jahren folgende Kapitalrücklagen gewährt:

2004 in Höhe von 35.000 €

2003 in Höhe von 76.000 €

2002 in Höhe von 10.000 €

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Die Wetzlar Arena GmbH wurde am 24. September 2002 für die Vermarktung der Arena gegründet. Bei der Wetzlar Arena handelt es sich um eine multifunktionale Halle mit einer Kapazität von bis zu 6.000 Personen. Neben Kongressen, Tagungen und Seminaren finden dort Musik- und Sportveranstaltungen sowie Ausstellungen und Präsentationen statt.

Seitdem ein Vertrag mit einem privaten Betreiber für die Arena abgeschlossen wurde, wird die Gesellschaft als ruhende GmbH geführt, um gegebenenfalls den Betrieb der Arena zukünftig wieder durchzuführen zu können.

Alleiniger Gesellschafter der Wetzlar Arena GmbH ist die Stadt Wetzlar / Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Das Stammkapital wurde voll eingezahlt. Im Laufe der Jahre erhielt die Wetzlar Arena GmbH vom Gesellschafter Stadt Wetzlar / Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar zur Sicherstellung der Liquidität verschiedene Kapitalrücklagen (vgl. Punkt 3e).

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Gesellschafterversammlung der Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH hat am 04. September 1990 den Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst.												
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der der Gesellschaft gehörenden Grundstücke mit den darauf befindlichen Gebäuden und der Betrieb des in den Gebäuden befindlichen Hotels und Restaurants sowie ähnliche Geschäfte.												
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Verbesserung der touristischen Infrastruktur der Region. Die Stadthalle Wetzlar ist aufgrund der räumlichen Situation auf eine sachgerechte Bewirtschaftung der Grundstücke der Gesellschaft (Küche, Restaurant) angewiesen.												
1.4. <i>Stammkapital</i>	<p>335.816,51 € (eingefordertes Kapital)</p> <table border="0"> <tr> <td>Stadt Wetzlar/EB Stadthalle</td> <td>332.339,73 €</td> <td>98,96 %</td> </tr> <tr> <td>Bürgerverein Wetzlar</td> <td>3.476,78 €</td> <td>1,04 %</td> </tr> </table> <p>Die eigenen Anteile in Höhe von 11.861,97 € werden gemäß des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom gezeichneten Kapital abgesetzt und unter der Eigenkapitalposition „Andere Gewinnrücklagen“ ausgewiesen. Durch die Absetzung der eigenen Anteile vom gezeichneten Kapital ändert sich die Stammkapitalquote der Stadt von 95,6 % auf 98,96 %.</p>	Stadt Wetzlar/EB Stadthalle	332.339,73 €	98,96 %	Bürgerverein Wetzlar	3.476,78 €	1,04 %						
Stadt Wetzlar/EB Stadthalle	332.339,73 €	98,96 %											
Bürgerverein Wetzlar	3.476,78 €	1,04 %											
1.5. <i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrags wird die Gesellschafterversammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder seinen Stellvertreter einberufen.</p> <table border="0"> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td>Doris Ebertz</td> <td>Präsidentin des Bürgervereins</td> </tr> </table> <p>Aufsichtsrat</p> <table border="0"> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Vorsitzender, Bürgermeister (bis 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Vorsitzender, Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)</td> </tr> <tr> <td>Wolfram Dette</td> <td>Stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)</td> </tr> </table>	Manfred Wagner	Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)	Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)	Doris Ebertz	Präsidentin des Bürgervereins	Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister (bis 27.11.2015)		Vorsitzender, Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)	Wolfram Dette	Stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)
Manfred Wagner	Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)												
Wolfram Dette	Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)												
Doris Ebertz	Präsidentin des Bürgervereins												
Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister (bis 27.11.2015)												
	Vorsitzender, Oberbürgermeister (ab 27.11.2015)												
Wolfram Dette	Stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister (bis 27.11.2015)												

Angelo De Bona	Gastronom
Krimhilde Tacke	Krankenschwester
Werner Gerhardt	Rechtsanwalt
Waldemar Kleber	Versicherungskaufmann
Hermann Spory	Diplom-Ingenieur
Doris Ebertz	Präsidentin des Bürgervereins

Geschäftsführung:
Herr Friedrich R. Hess

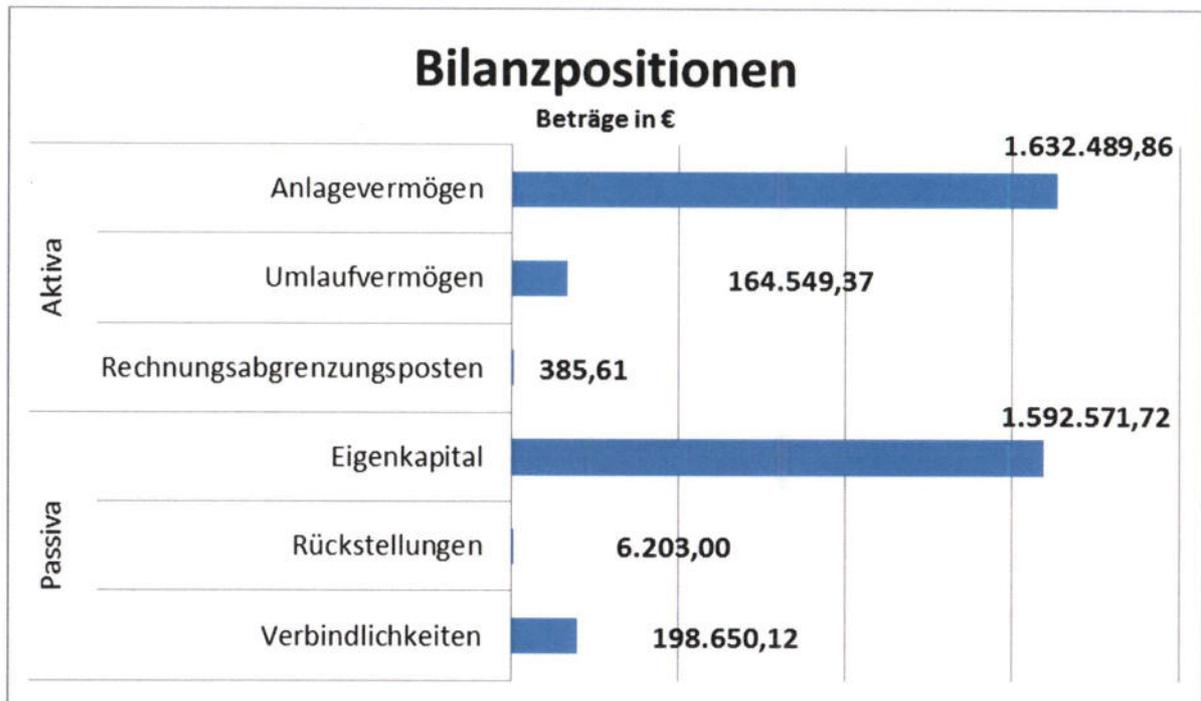
1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 776,51 Euro.
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

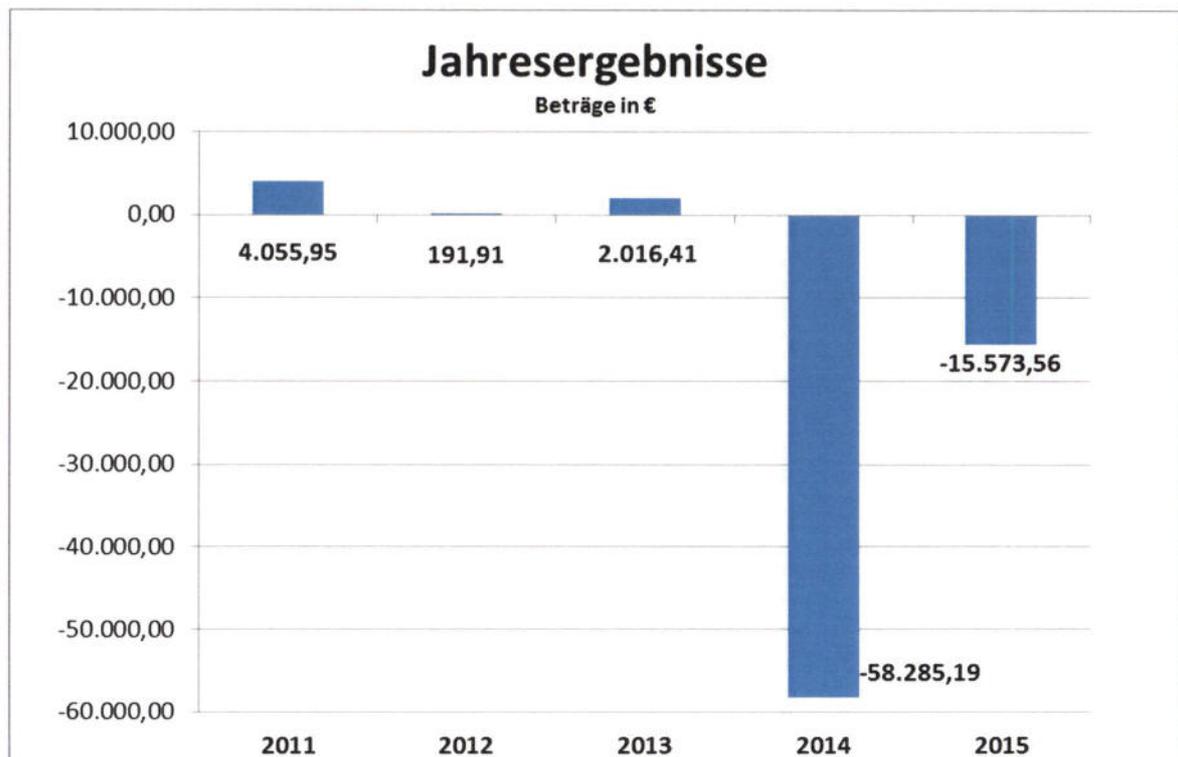
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung
	Euro	Euro	2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	1.632.489,86	1.698.672,86	-66.183,00
Umlaufvermögen	164.549,37	154.150,10	10.399,27
Rechnungsabgrenzungsposten	385,61	397,24	-11,63
Bilanzsumme	1.797.424,84	1.853.220,20	-55.795,36
Passiva			
Eigenkapital	1.592.571,72	1.608.145,28	-15.573,56
<i>davon Stammkapital</i>	335.816,51	335.816,51	0,00
<i>Andere Gewinnrücklagen</i>	11.861,97	11.861,97	0,00
Rückstellungen	6.203,00	6.396,00	-193,00
Verbindlichkeiten	198.650,12	238.678,92	-40.028,80
Bilanzsumme	1.797.424,84	1.853.220,20	-55.795,36
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	180.000,00	180.000,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	14.681,50	14.841,37	-159,87
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	194.681,50	194.841,37	-159,87
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	10.350,36	9.669,92	680,44
Abschreibungen	87.630,78	88.781,31	-1.150,53
sonst. betr. Aufwendungen	105.143,47	144.386,42	-39.242,95
Betriebsaufwand	203.124,61	242.837,65	-39.713,04
Zinsen und ähnliche Erträge	616,89	0,00	616,89
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.404,46	7.382,03	-2.977,57
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-12.230,68	-55.378,31	0,00
Steuern	3.342,88	2.906,88	436,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-15.573,56	-58.285,19	42.711,63

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Die WZH GmbH erhält aufgrund eines Nießbrauchsrechtes 920,32 € jährlich vom Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar.

Die Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH zahlt an den Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar eine Umsatzpacht aus der Bewirtschaftung der Stadthalle. Der Pächter zahlt an die Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH eine Festpacht in Höhe von 15.000 € monatlich.

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Darstellung der wesentlichen Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Umsatzentwicklung / Pachtvertrag

Wesentliche Geschäftsgrundlage der Gesellschaft ist der Pachtvertrag mit der Wetzlarer Hof Gastro GmbH & Co. KG, der in 2015 zu Umsatzerlösen in Höhe von T€ 180 geführt hat. Der in 2016 verlängerte Pachtvertrag läuft bis zum 31.12.2019. Die Pachthöhe beträgt seit 2014 monatlich 15.000,00 €.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von € 15.573,56 ab, im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag von € 58.285,19 ausgewiesen.

Investitionen und Instandhaltungen

Im Berichtsjahr wurden Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von T€ 55 ausgeführt. Dazu zählen im Wesentlichen die Sanierung der Außenfassade, Balkondecken und Betonsanierung in Höhe von T€ 28. Im Geschäftsjahr wurden Investitionen von insgesamt T€ 21 getätigt.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte neben dem Geschäftsführer noch drei nebenamtliche Mitarbeiter/innen.

Darstellung der Geschäftslage

Vermögenslage

Die im Jahresvergleich verringerte Bilanzsumme der Aktiva von T€ 56 resultiert aus dem niedrigeren Sachanlagevermögen T€ 67 (Anlagenzugänge von T€ 21 und den planmäßigen Abschreibungen T€ 88). Die Bilanzsumme der Passiva verringerte sich um T€ 56, im Bereich des langfristigen Fremdkapitals um die planmäßigen Tilgungen in Höhe von T€ 32, im kurzfristigen Bereich um T€ 8 (Verringerung der kurzfristigen Verbindlichkeiten) sowie durch den Jahresfehlbetrag T€ 16.

Das Vermögen der Gesellschaft besteht fast ausschließlich aus Anlagevermögen. Es beinhaltet die Grundstücke und Gebäude des verpachteten Hotel- und Restaurantobjekts Wetzlarer Hof nebst Inventar.

Finanzlage

Der Gesellschaft standen im Geschäftsjahr 2015 ausreichend liquide Mittel zur Verfügung.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse beinhalten eine monatliche Pacht in Höhe von 15.000 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge (T€ 15) beinhalten im Wesentlichen den Abschreibungsbetrag für das Brauereidarlehen (T€ 2) und weiterberechnete Kosten an den Pächter (T€ 13). Der Materialaufwand (Umsatzpacht – Saalbereiche der Stadthalle) ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 1 gesunken. Die Abschreibungen verringerten sich um 1 T€. Die betrieblichen Aufwendungen sind um T€ 37 gesunken (Vorjahr T€ 125). Das Jahresergebnis erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 42 und führt somit zu einem Jahresverlust von T€ 16.

Voraussichtliche Entwicklung

Allgemeine Entwicklung

Die Gesellschaft ist nach gegenwärtigem Kenntnisstand in der Lage, die notwendige Liquidität zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Die Gesellschaft ist bestrebt, das Hotel und Restaurant auf dem gewünschten Qualitätsstandard zu halten.

Ausblick und Ergebnisprognose 2016

Durch die Pachtanhebung ab Januar 2017 strebt die Gesellschaft für die Zukunft ein positives Jahresergebnis an. Zukünftige Planungen werden weiterhin Ersatzbeschaffungen und Instandhaltungsmaßnahmen enthalten. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 wurden für Ersatzbeschaffungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung T€ 58 und für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 25 eingestellt.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Pachtvertrag mit der Wetzlarer Hof Gastro GmbH wurde bis zum 31.12.2019 verlängert. Ab dem 01. Januar 2017 wurde eine leichte Erhöhung der Pacht vereinbart.

Im Zusammenhang mit in Wetzlar projektierten Hotelneubauten erscheint es unerlässlich, weiter in den Qualitätsstandard zu investieren. Leichte Umsatzrückgänge für die Pächterin sind vor allem in der Einführungsphase des neuen Hotels/der neuen Hotels nicht auszuschließen.

Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

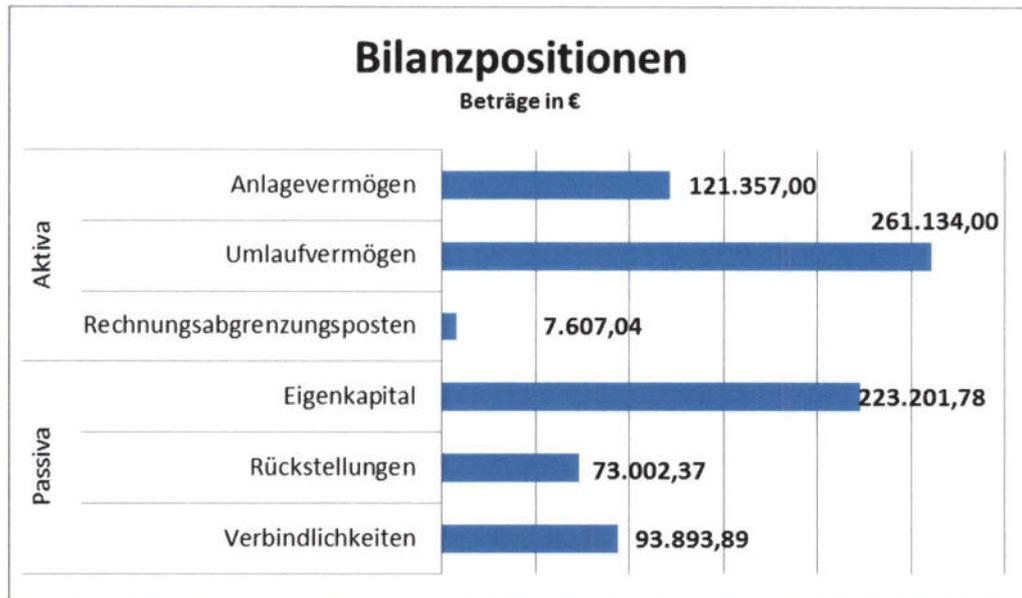
1.1.	<i>Gründung</i>	Die Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH wurde am 12. Januar 1991 gegründet.																				
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung und die Verwaltung des Bildungszentrums Wetzlar, Ernst-Leitz-Straße 49-53. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten.																				
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Förderung des Bundesfreiwilligendienstes. Dieser wird erreicht durch die Bewirtschaftung und Verwaltung des Bildungszentrums in Wetzlar.																				
1.4.	<i>Stammkapital</i>	51.129,19 € Stadt Wetzlar: 26.075,89 € 51 % Gbr Dück: 25.053,30 € 49 %																				
1.5.	<i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Die Gesellschafterversammlung besteht gem. § 9 des Gesellschaftsvertrages aus fünf Mitgliedern. Davon werden drei Mitglieder von der Stadt Wetzlar und zwei Mitglieder von der Gbr Dück, benannt.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Wolfram Dette</td> <td style="width: 50%;">Oberbürgermeister bis 27.11.15, Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister ab 27.11.15, Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Gudrun Felkl</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Günter Schmidt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Walter Dück</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Georg Dück</td> <td></td> </tr> </table> <p>Aufsichtsrat</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Günter Matejka</td> <td style="width: 50%;">Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Georg Dück jun.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Manfred Wagner</td> <td>Oberbürgermeister</td> </tr> <tr> <td>Manfred Viand</td> <td></td> </tr> </table> <p>Geschäftsführung: Walter Dück / Christian Dück</p>	Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15, Vorsitzender	Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15, Vorsitzender	Gudrun Felkl		Günter Schmidt		Walter Dück		Georg Dück		Günter Matejka	Vorsitzender	Georg Dück jun.		Manfred Wagner	Oberbürgermeister	Manfred Viand	
Wolfram Dette	Oberbürgermeister bis 27.11.15, Vorsitzender																					
Manfred Wagner	Oberbürgermeister ab 27.11.15, Vorsitzender																					
Gudrun Felkl																						
Günter Schmidt																						
Walter Dück																						
Georg Dück																						
Günter Matejka	Vorsitzender																					
Georg Dück jun.																						
Manfred Wagner	Oberbürgermeister																					
Manfred Viand																						
1.5.1	<i>Bezüge Aufsichtsrat</i>	Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 2.300,64 €.																				
1.6.	<i>Anzahl der Sitzungen</i>	2 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen																				

2. Unternehmenskennzahlen

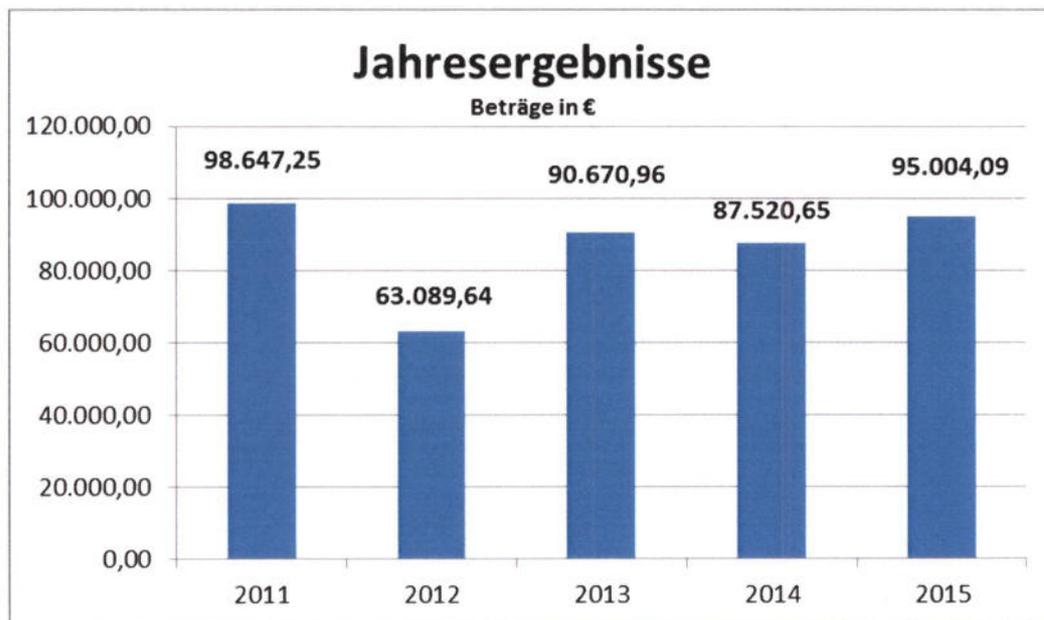
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung
	Euro	Euro	2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	121.357,00	65.363,00	55.994,00
Umlaufvermögen	261.134,00	203.216,59	57.917,41
Rechnungsabgrenzungsposten	7.607,04	4.504,60	3.102,44
Bilanzsumme	390.098,04	273.084,19	117.013,85
Passiva			
Eigenkapital	223.201,78	198.197,69	25.004,09
<i>davon Stammkapital</i>	<i>51.129,19</i>	<i>51.129,19</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	73.002,37	33.667,46	39.334,91
Verbindlichkeiten	93.893,89	41.219,04	52.674,85
Bilanzsumme	390.098,04	273.084,19	117.013,85
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	2.034.186,92	1.901.559,68	132.627,24
sonstige betriebliche Erträge	58.871,35	53.736,23	5.135,12
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	2.093.058,27	1.955.295,91	137.762,36
Materialaufwand	93.383,10	91.149,69	2.233,41
Personalaufwand	743.606,95	719.028,32	24.578,63
Abschreibungen	52.080,63	49.235,69	2.844,94
sonst. betr. Aufwendungen	1.056.655,05	959.450,51	97.204,54
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	734,69	435,46	299,23
Betriebsaufwand	1.946.460,42	1.819.299,67	127.160,75
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	146.597,85	135.996,24	10.601,61
Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
Steuern	51.380,03	48.100,72	3.279,31
Sonstige Steuern	213,73	374,87	-161,14
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	95.004,09	87.520,65	7.483,44

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Dem Eigenbetrieb Stadthalle wurde eine Bruttodividende in Höhe von 35.700 € ausgezahlt.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Der Jahresüberschuss 2015 hat sich um rd. 7 T€ auf 95 T€ gegenüber dem Vorjahr (2014: 88 T€) verbessert.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in folgenden Bereichen:

Umsatzerlöse: + 133 T€

Personalaufwand: +25 T€

Sonst. betriebl. Aufwendungen: +97 T€

In 2015 wurden durchschnittlich 28 Arbeitnehmer (2014: 29) beschäftigt.

Seit Abschaffung des Wehrdienstes und damit auch des Zivildienstes dient das Bildungszentrum der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.

Mögliche Risiken können sich dann ergeben, wenn das zuständige Bundesministerium die Beauftragung der Gesellschaft mit Aufgaben des Bundesfreiwilligendienstes beenden sollte.



Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 09. Juli 1952 gegründet.									
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Vorrangiger Gesellschaftszweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann alle Aufgaben im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Sie ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Sie darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.									
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck ergibt sich im Rahmen der Daseinsvorsorge aus der Bereitstellung von ausreichend sozial vertretbaren Wohnungen. Die WWG nimmt die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaues und die Bewirtschaftung entsprechender Liegenschaften wahr.									
1.4. <i>Stammkapital</i>	4.800.000,00 €									
<i>Aufteilung</i>	<table><tr><td>Stadt Wetzlar</td><td>4.234,0 T€</td><td>88,21 %</td></tr><tr><td>Nassauische Heimstätte</td><td>245,0 T€</td><td>5,10 %</td></tr><tr><td>Eigene Anteile der Gesellschaft</td><td>321,0 T€</td><td>6,69 %</td></tr></table>	Stadt Wetzlar	4.234,0 T€	88,21 %	Nassauische Heimstätte	245,0 T€	5,10 %	Eigene Anteile der Gesellschaft	321,0 T€	6,69 %
Stadt Wetzlar	4.234,0 T€	88,21 %								
Nassauische Heimstätte	245,0 T€	5,10 %								
Eigene Anteile der Gesellschaft	321,0 T€	6,69 %								
1.5. <i>Beteiligungen</i>	0,05 % Beteiligung an der Nassauischen Heimstätte, Frankfurt am Main									
1.6. <i>Organe</i>	Gesellschafterversammlung Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrags der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder bei seiner Verhinderung der Stellvertreter.									

Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Vorsitzender, Oberbürgermeister (bis 27.11.15)
Manfred Wagner	Stell. Vorsitzender, Bürgermeister (bis 27.11.15) Vorsitzender, Oberbürgermeister (ab 27.11.15)
Günter Luckey	Vertreter der Nassauischen Heim- stätte Wohnungs- und Entwick- lungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Ruthild Janzen	Stadträtin
Sigrid Kornmann	Stadträtin
Norbert Kortlüke	Stadtrat
Harald Semler	Stadtrat

Geschäftsführung:
Harald Seipp, hauptamtlich

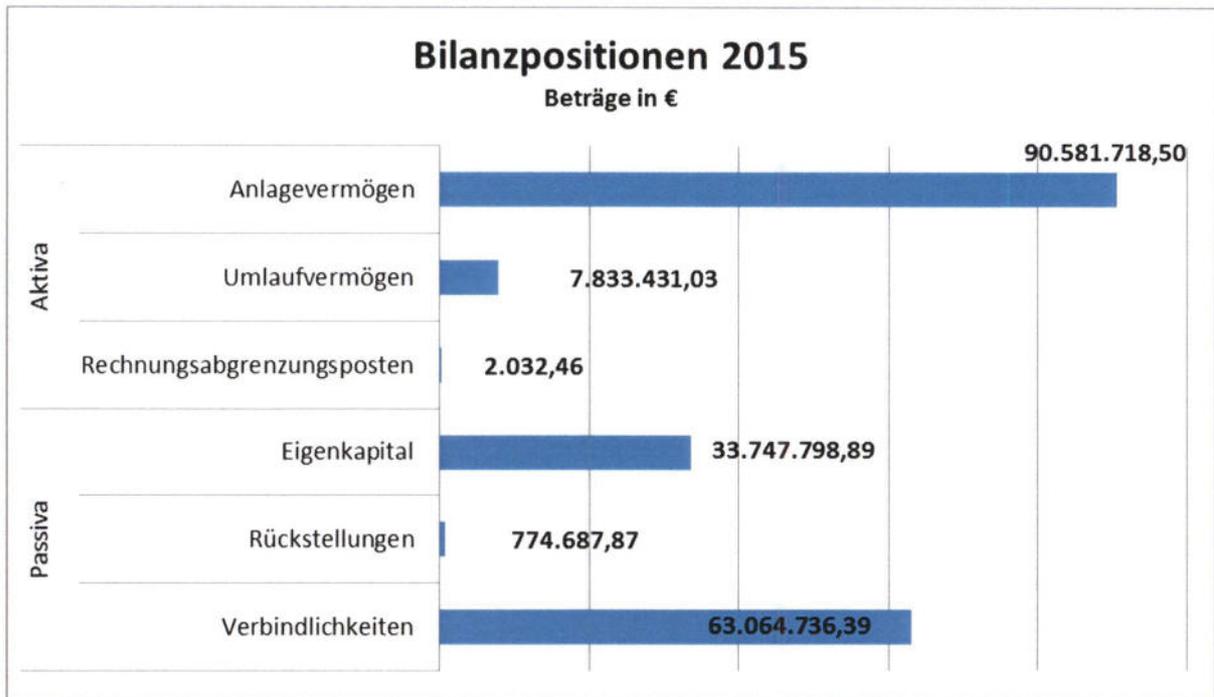
1.6.1 Bezüge Auf- sichtsrat	Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates beliefen sich im Geschäftsjahr auf 1.557,00 €.
1.7. <i>Anzahl der Sit- zungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

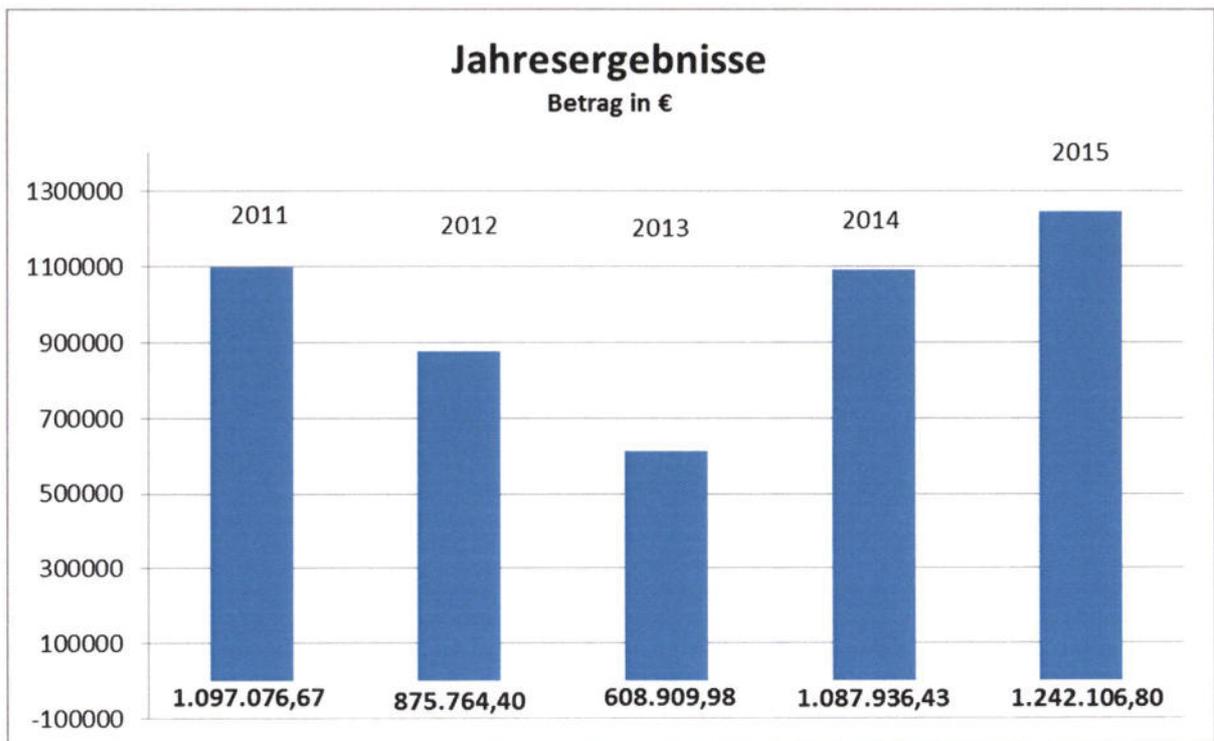
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	90.581.718,50	88.215.982,35	2.365.736,15
Umlaufvermögen	7.833.431,03	6.328.922,49	1.504.508,54
Rechnungsabgrenzungsposten	2.032,46	2.063,21	-30,75
Bilanzsumme	98.417.181,99	94.546.968,05	3.870.213,94
Passiva			
Eigenkapital	33.747.798,89	32.664.852,09	1.082.946,80
<i>davon Stammkapital</i>	<i>4.800.000,00</i>	<i>4.800.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	774.687,87	809.308,98	-34.621,11
Verbindlichkeiten	63.064.736,39	60.789.375,85	2.275.360,54
Rechnungsabgrenzungsposten	829.958,84	283.431,13	546.527,71
Bilanzsumme	98.417.181,99	94.546.968,05	3.870.213,94
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	17.041.255,15	17.188.725,61	-147.470,46
sonstige betriebliche Erträge	288.850,28	354.408,51	-65.558,23
sonstige Erträge	992.694,83	317.715,01	674.979,82
Betriebsleistung	18.322.800,26	17.860.849,13	461.951,13
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	9.489.980,45	9.215.046,45	274.934,00
Personalaufwand	2.392.104,65	2.376.991,71	15.112,94
Abschreibungen	3.558.529,60	3.532.479,19	26.050,41
sonst. betr. Aufwendungen	724.100,65	747.647,01	-23.546,36
Betriebsaufwand	16.164.715,35	15.872.164,36	292.550,99
Zinsen und ähnliche Erträge	16.506,34	6.805,12	9.701,22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	832.583,79	827.176,18	5.407,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.342.007,46	1.168.313,71	173.693,75
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steuern	79.900,66	80.377,28	-476,62
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.262.106,80	1.087.936,43	174.170,37
Einstellung in gesellschafts- vertragliche Rückstellung	20.000,00	110.000,00	-90.000,00
Bilanzgewinn	1.242.106,80	977.936,43	264.170,37

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) Darlehen

Die Stadt gewährte der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH Wohnungsbau-darlehen zum Stand vom 31.12.2015 in Höhe von 8.634.633,56 €.

b) Sicherheiten

Gegenüber der WWG bestehen zum 31.12.2015 Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Wetzlar in Höhe von 1.087.711,81 €.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die Stadt Wetzlar gewährt der WWG im Jahr 2015 einen Zinszuschuss für das Objekt Obertorstraße 20 in Höhe von 2.951,93 €.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Dem Eigenbetrieb Stadthalle wurde eine Bruttodividende in Höhe von 169.360 € ausgezahlt.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH mit Sitz in Wetzlar an der Lahn verfügt zum Bilanzstichtag 31.12.2015 über 2.879 eigene Wohnungen, 589 Garagen, 1.047 PKW-Stellplätze und 27 sonstige Einheiten (Gewerbe, darunter seit 2013 eine stationäre Pflegeeinrichtung mit 149 Plätzen). Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der eigenen Wohnungen um neun erhöht. Bei den Stellplätzen stieg die Anzahl um 29; die Anzahl der Garagen blieb unverändert. Bei den sonstigen Einheiten ergab sich ein Abgang durch den Umbau zu einer Wohnung.

2. Geschäftsverlauf

Die Nachfrage nach Wohnungen im Geschäftsgebiet ist bei steigender Tendenz hoch. Hat die WWG in den letzten Jahren von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt geredet, so kann man langsam einen Bruch hin zum Vermietermarkt erkennen. Besonders Wohnungen im Innenstadtbereich sind sehr gefragt; dies spiegelt sich auch in deutlich steigenden Mieten bei Privatvermietern wider.

Die Fluktuationsquote ist mit 8,7 % im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % gesunken. Die Bewerberzahlen befinden sich mit 1.626 Bewerbungen in 2015 nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Bei 251 Wohnungswechseln in 2015 bedeutet dies, dass die Gesellschaft nur jedem 6. bis 7. Bewerber eine Wohnung anbieten kann.

Stellenweise wurden die Mieten im gesetzlich vorgegebenen Rahmen moderat erhöht. Darüber hinaus wurden die Mieten bei Neubezug einer Wohnung nach Renovierung dem Marktpreis angenähert. Die Nettokaltmieten betragen zum 31.12.2015 durchschnittlich 5,10 €/m² nach 4,99 €/m² im Vorjahr. Damit liegt die WWG um 13 Cent / m² unter dem Bundesdurchschnitt des Jahres 2014.

Die wesentlichen Kennzahlen, die für die Unternehmensentwicklung von Bedeutung sind, fasst folgende Tabelle zusammen:

	Plan 2015 T€	Ist 2015 T€	Ist 2014 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	17.341	16.949	17.093
Davon Nettomieterlöse	11.958	11.892	11.702
Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung	9.555	9.484	9.209
Abschreibungen	3.913	3.559	3.532
Zinsaufwendungen	889	833	827
Jahresüberschuss	737	1.262	1.088

Aufgrund im Wirtschaftsplan 2015 noch nicht vorhersehbarer Entwicklungen ist der Jahresüberschuss 2015 höher ausgefallen als erwartet. Dies wird das Eigenkapital nachhaltig stärken und als Basis für eine weitere, erfolgreiche Entwicklung dienen.

Die Instandhaltungsaufwendungen betragen durchschnittlich rd. 25,96 €/m²-Wohn-/Nutzfläche bzw. T€ 4.900 (Vorjahr rd. 26,28 €/m² bzw. T€ 4.773). Zusätzlich wurden

ca. € 6,30 Mio. (Vorjahr ca. € 5,73 Mio.) für aktivierungspflichtige Modernisierungen aufgewendet.

Die Zinsaufwendungen sind trotz Zukäufen, hoher Modernisierungsmaßnahmen und der Neubaufinanzierung nahezu konstant. Dank des aktuell extrem niedrigen Zinsniveaus liegt der Zinsaufwand für aufgenommenes Fremdkapital in 2015 bei durchschnittlich 1,52 %.

Insgesamt beurteilt die WWG die Entwicklung ihres Wohnungsunternehmens positiv, da der Wohnungsbestand erweitert wurde, Instandhaltung und Modernisierung planmäßig auf hohem Niveau fortgeführt wurde und die Ertragslage bei nahezu unverändertem Personalbestand deutlich gestärkt haben.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss ergibt sich, wie in den Vorjahren, überwiegend aus der Bewirtschaftung des eigenen Immobilienbestandes und ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 174 auf T€ 1.262 gestiegen. Im Jahr 2015 ist die Höhe der gesellschaftsvertraglichen Rücklage, die gemäß Gesellschaftsvertrag bis zur Hälfte des Stammkapitals (= 2,4 Mio. €) aufzufüllen ist, erreicht worden. Um dies zu bewirken mussten anstelle von mind. 10 % des Jahresüberschusses lediglich T€ 20 in die Rücklage eingestellt werden. Dementsprechend ist der Bilanzgewinn mit T€ 1.242 in Relation zum Jahresüberschuss höher als gewohnt ausgefallen.

Auch in 2015 sind die Kosten für die sog. warmen Betriebskosten erneut zurückgegangen. Dem gegenüber steht jedoch eine Erhöhung der kalten Betriebskosten, die sich um T€ 134 gesteigert haben. Der größte Anteil dieser Steigerung basiert auf der Erhöhung der Grundsteuer und beträgt T€ 93. Bei den übrigen kalten Betriebskosten i. H. v. T€ 41 ist lediglich eine Steigerung im Rahmen der allgemeinen Erhöhungen der Lebensunterhaltungskosten zu verzeichnen.

Sowohl die warmen als auch die kalten Betriebskosten werden auf die Mieter umgelegt, so dass die Entwicklung die Gewinn- und Verlustrechnung nicht beeinflusst, sondern lediglich das Ergebnis diesbezüglich über zwei Jahre verschiebt. Der Ausgleich erfolgt über die „Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen“.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagementsystem wurde in 2014 unter Zuhilfenahme einer heimischen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft komplett neu erstellt und erfolgt nun EDV-gestützt. Basierend auf den einschlägigen Unterlagen wie Dienstsanweisungen, Organisations-Handbuch, Verfahrensanweisungen etc. wurden alle relevanten Risiken erfasst und sowohl nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit als auch ihren monetären Auswirkungen bewertet. Weiterhin wurden Verantwortliche für diesen Bereich benannt und die entsprechenden Maßnahmen, Beschreibungen und Überwachungsinstrumente benannt und beschrieben.

Die verantwortlichen Abteilungsleitungen haben gemeinsam mit der Geschäftsführung und der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in regelmäßigen Abständen die vorhandenen Risiken bewertet und das Risikomanagement somit immer aktuell fortgeschrieben. Diese Verfahrensweise wird auch zukünftig fortgesetzt.

Die aktuelle Zinsentwicklung auf anhaltend historisch niedrigem Niveau begünstigt die Ertragslage und ggf. weiteres Wachstum durch Neubau oder Erwerb weiterer Immobilien. Wegen steigender Tilgungsanteile bei den Annuitätendarlehen und der recht gleichmäßigen Verteilung der Zinsbindungsfristen halten sich die Zinsänderungsrisiken für die Gesellschaft in überschaubarem Rahmen.

Der besondere Vorteil des Geschäftsmodells liegt in den regelmäßig eingehenden Nutzungsgebühren (Mieten). Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswerten Leerstand oder mit umfangreichen Mietausfällen zu rechnen. Bei auch zukünftig leicht steigenden Nutzungsgebühren (Mieten), bei nicht stark ansteigenden Zinsen, sowie planmäßiger Fortführung von Instandhaltung und Modernisierung rechnet die Gesellschaft für 2016 mit Erträgen aus der Hausbewirtschaftung von T€ 17.256, Zinsaufwendungen von T€ 832 und plant die Kosten für Hausbewirtschaftung mit T€ 9.140. Als Jahresüberschuss rechnet die WWG mit einem Betrag von T€ 913. Damit wird das Eigenkapital weiter gestärkt und die finanzielle Basis für künftige Investitionen weiter verbessert.

Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH



1. Grundlagen des Unternehmens

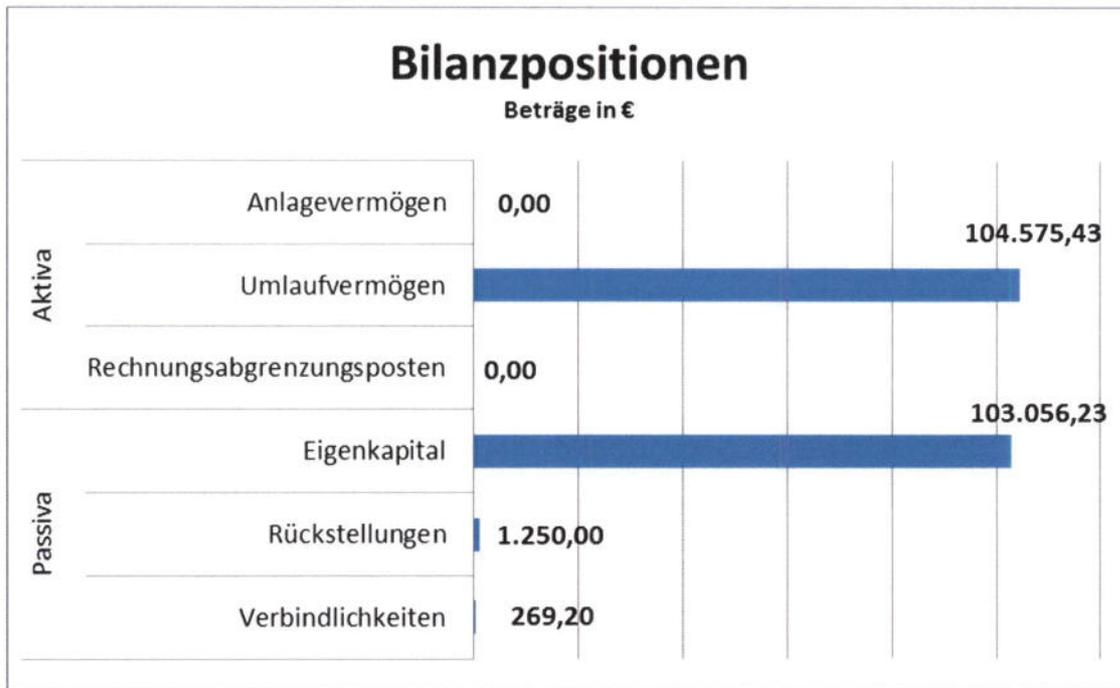
1.1. <i>Gründung</i>	Die Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH wurde 1972 gegründet.															
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Betriebes des Flugplatzes in der Gemarkung Gießen-Lützellinden für sportliche Zwecke. Die Gesellschaft arbeitet auf gemeinnütziger Grundlage und hat das Ziel, den Ausbau des Flugplatzgeländes für die in- und ausländische Luftfahrt zu fördern. Eine gewerbliche Betätigung des Unternehmens ist derzeit ausgeschlossen.															
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck ist u. a. zum Transport von Schwerverletzten und Spenderorganen, Geschäftsflüge der heimischen Industrie und zur touristischen Infrastrukturaufwertung im Bereich des Flugsportangebotes gegeben. Durch die Förderung des Betriebes des Flugplatzes wird das touristische Angebot in der Region erweitert.															
1.4. <i>Stammkapital</i>	<table><tr><td>76.693,78 €</td><td></td><td></td></tr><tr><td>Stadt Gießen</td><td>26.842,82 €</td><td>35,0 %</td></tr><tr><td>Stadt Wetzlar</td><td>26.842,82 €</td><td>35,0 %</td></tr><tr><td>Gebr. Allendörfer GmbH</td><td>21.474,26 €</td><td>28,0 %</td></tr><tr><td>Aero-Club Lützellinden</td><td>1.533,88 €</td><td>2,0 %</td></tr></table>	76.693,78 €			Stadt Gießen	26.842,82 €	35,0 %	Stadt Wetzlar	26.842,82 €	35,0 %	Gebr. Allendörfer GmbH	21.474,26 €	28,0 %	Aero-Club Lützellinden	1.533,88 €	2,0 %
76.693,78 €																
Stadt Gießen	26.842,82 €	35,0 %														
Stadt Wetzlar	26.842,82 €	35,0 %														
Gebr. Allendörfer GmbH	21.474,26 €	28,0 %														
Aero-Club Lützellinden	1.533,88 €	2,0 %														
1.5. <i>Organe</i>	<p>Gesellschafterversammlung Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung wechselt von Wahlzeit zu Wahlzeit der kommunalen Vertretungsorgane zwischen den Vertretern der Städte Gießen und Wetzlar.</p> <table><tr><td>Astrid Eibelshäuser</td><td>Vorsitzende, Stadträtin Stadt Gießen</td></tr><tr><td>Manfred Wagner</td><td>Bürgermeister, Stadt Wetzlar</td></tr><tr><td>Rolf Allendörfer</td><td>Geschäftsführer, Firma Gebrüder Allendörfer GmbH und den AERO-Club Lützellinden e.V.</td></tr><tr><td>Robert Schuchmann</td><td>Vorsitzender des AERO-Club Lützellinden e. V.</td></tr></table> <p>Geschäftsführung: Dr. Bernd Würthner Rolf Allendörfer</p>	Astrid Eibelshäuser	Vorsitzende, Stadträtin Stadt Gießen	Manfred Wagner	Bürgermeister, Stadt Wetzlar	Rolf Allendörfer	Geschäftsführer, Firma Gebrüder Allendörfer GmbH und den AERO-Club Lützellinden e.V.	Robert Schuchmann	Vorsitzender des AERO-Club Lützellinden e. V.							
Astrid Eibelshäuser	Vorsitzende, Stadträtin Stadt Gießen															
Manfred Wagner	Bürgermeister, Stadt Wetzlar															
Rolf Allendörfer	Geschäftsführer, Firma Gebrüder Allendörfer GmbH und den AERO-Club Lützellinden e.V.															
Robert Schuchmann	Vorsitzender des AERO-Club Lützellinden e. V.															
1.5.1 <i>Bezüge Aufsichtsrat</i>	Die Organe erhielten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.															
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung															

2. Unternehmenskennzahlen

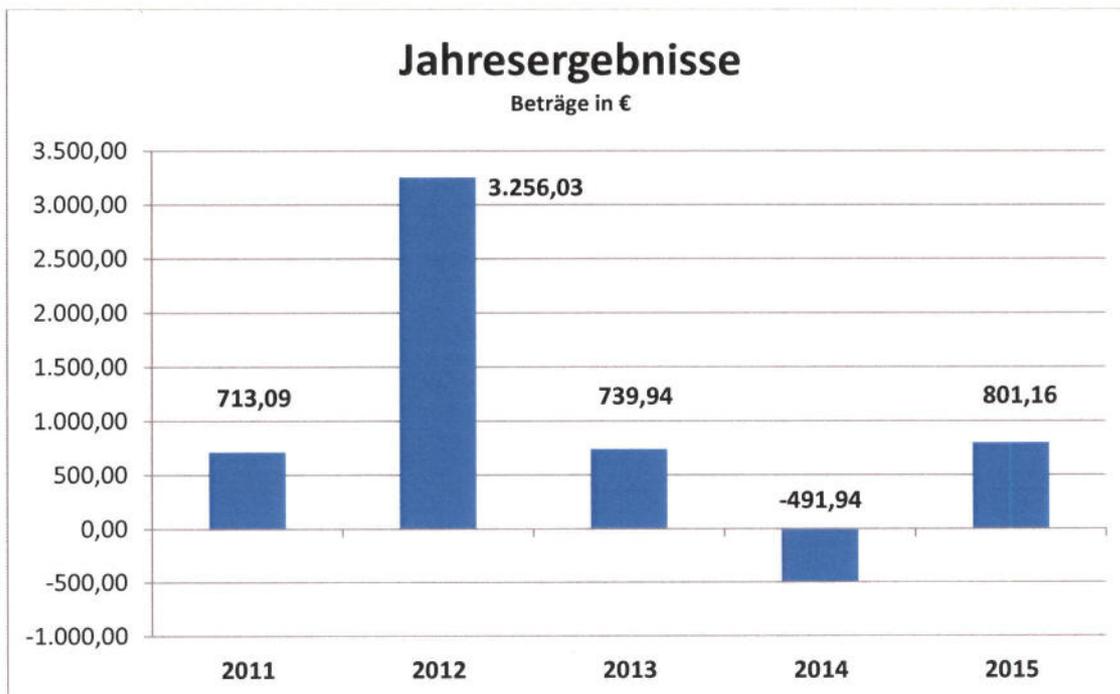
Unternehmenskennzahlen	2015	2014	Veränderung
	Euro	Euro	2014 - 2015
			Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0	0	0,00
Umlaufvermögen	104.575,43	103.752,82	822,61
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	104.575,43	103.752,82	822,61
Passiva			
Eigenkapital	103.056,23	102.255,07	801,16
<i>davon Stammkapital</i>	76.693,78	76.693,78	0,00
Rückstellungen	1.250,00	1.220,00	30,00
Verbindlichkeiten	269,20	277,75	-8,55
Bilanzsumme	104.575,43	103.752,82	822,61
Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinserträge	4.954,78	3.472,63	1.482,15
sonstige betr. Erträge	0,00	10,14	-10,14
Erträge	4.954,78	3.482,77	1.472,01
Abschlusskosten	0,00	0,00	0,00
Rechts- und Beratungskosten	0,00	0,00	0,00
Gebühren, Beiträge u.ä.	399,20	419,75	-20,55
sonstiges	3.697,39	3.554,96	142,43
sonstige betr. Aufwendungen	4.096,59	3.974,71	121,88
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	858,19	-491,94	1.350,13
Steuern	-57,03	0,00	-57,03
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	801,16	-491,94	1.293,10

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Das Anlagevermögen blieb im Berichtszeitraum in seiner Zusammensetzung unverändert und ist bereits voll abgeschrieben. Gezeichnetes Kapital und Gesellschafterkreis blieben unverändert. Das Jahresergebnis stammt grundsätzlich aus dem Ergebnis der erzielten Zinserträge der angelegten Wertpapiere.

Die Flugplatz Gießen/Wetzlar GmbH ist seit Gründung praktisch nur ein Firmenumantel ohne eigene Beschäftigte und ohne wirtschaftliche Betätigung. Das bei Gründung der Gesellschaft Anfang der siebziger Jahre angestrebte Ziel, den privaten Sonderlandeplatz Lützellinden zu einem Verkehrslandeplatz zu entwickeln, wurde politisch nicht weiterverfolgt.

Im Hinblick auf mögliche zukünftige Veränderungen wurde die Gesellschaft aber nicht aufgelöst, vor allem auch, um auf Ebene der Gesellschafterversammlung kommunale Interessen einzubringen und aufgetretene Konflikte mit dem Betreiber und den Nutzern des Sonderlandeplatzes lösen zu können.

GEWOBAU
Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

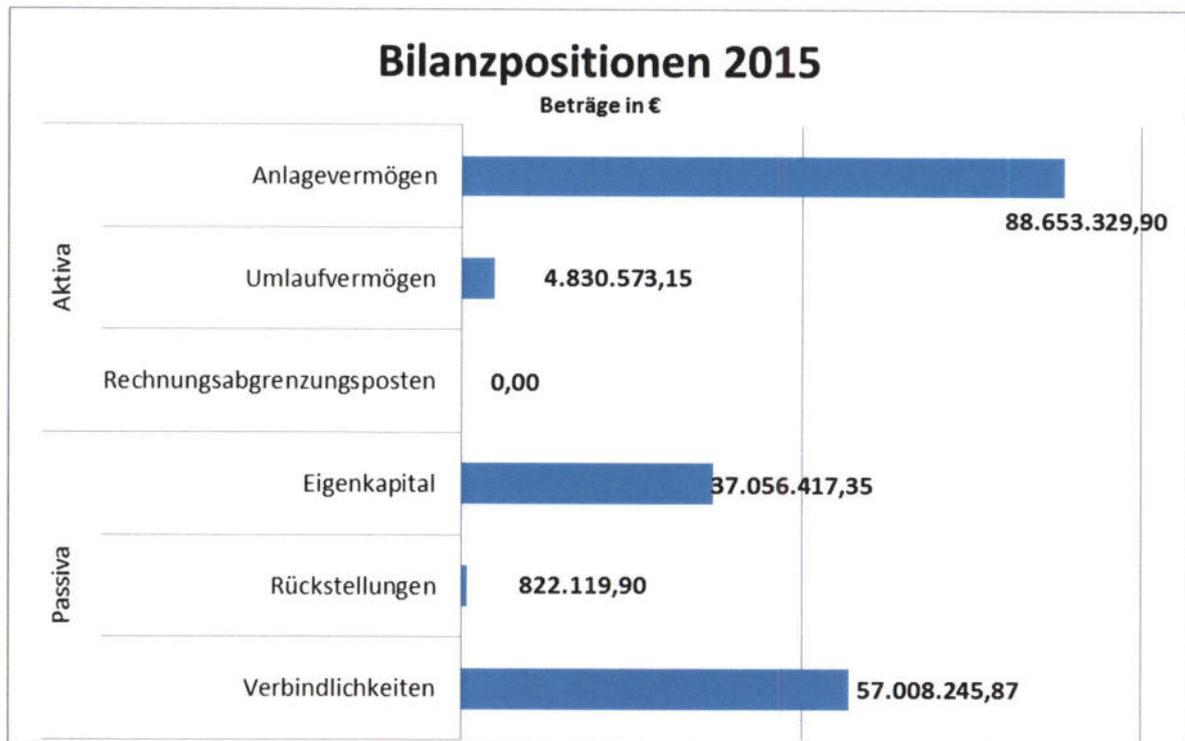
1.1.	<i>Gründung</i>	Die GEWOBAU – Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 28. Oktober 1939 gegründet.	
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und verantwortbare Wohnraumversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke veräußern, erwerben und belasten sowie Erbbaurecht ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen unterhalten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Geschäftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.	
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck ergibt sich im Rahmen der Daseinsvorsorge aus der Bereitstellung von ausreichend sozial vertretbaren Wohnungen. Die GEWOBAU nimmt die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaues und die Bewirtschaftung entsprechender Liegenschaften wahr.	
1.4.	<i>Stammkapital</i>	1.533.875,64 €	
	<i>Aufteilung:</i>	Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar	943.844,81 € 61,5 %
		Stadt Wetzlar	384.491,49 € 25,1 %
		Lahn-Dill-Kreis	180.997,33 € 11,8 %
		Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M.	24.542,01 € 1,6 %
1.5.	<i>Beteiligungen</i>	Buderus Immobilien	4 %

2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	88.653.329,90	87.618.395,72	1.034.934,18
Umlaufvermögen	4.830.573,15	4.762.563,89	68.009,26
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Forderungen	666.807,60	864.321,23	-197.513,63
Flüssige Mittel	873.239,15	1.112.043,69	-238.804,54
Bilanzsumme	95.023.949,80	94.357.324,53	666.625,27
Passiva			
Eigenkapital	37.056.417,35	35.893.205,63	1.163.211,72
<i>davon Stammkapital</i>	<i>1.533.875,64</i>	<i>1.533.875,64</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	822.119,90	1.527.443,28	-705.323,38
Verbindlichkeiten	57.008.245,87	56.804.244,79	204.001,08
Rechnungsabgrenzungsposten	137.166,68	132.430,83	4.735,85
Bilanzsumme	95.023.949,80	94.357.324,53	666.625,27
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	14.655.189,29	14.827.703,93	-172.514,64
sonstige betriebliche Erträge	529.261,73	549.413,70	-20.151,97
sonstige Erträge	76.982,10	-321.906,13	398.888,23
Betriebsleistung	15.261.433,12	15.055.211,50	206.221,62
Aufwand bez. Lieferung und Leistung	5.966.093,87	5.630.277,77	335.816,10
Personalaufwand	2.411.574,14	2.508.861,73	-97.287,59
Abschreibungen	3.085.409,70	2.945.194,84	140.214,86
sonst. betr. Aufwendungen	758.121,09	769.219,61	-11.098,52
Betriebsaufwand	12.221.198,80	11.853.553,95	367.644,85
Zinsen und ähnliche Erträge	5.814,13	2.891,36	2.922,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.877.770,31	1.878.702,85	-932,54
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	1.168.278,14	1.325.846,06	-157.567,92
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
sonstige Steuern	5.066,42	4.576,90	489,52
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.163.211,72	1.321.269,16	-158.057,44
Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00
Einstellung Ergebnismrücklage	1.163.211,72	1.321.269,16	-158.057,44
Entnahme aus Bauerneuerungsrücklage	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) Darlehen

Die Stadt gewährte der Gewobau Wohnungsbaudarlehen zum Stand vom 31.12.2015 in Höhe von 454.640,75 €.

b) Sicherheiten

Keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Wohnungswirtschaftliche Tätigkeit

Modernisierung – Instandhaltung

Der Wohnungsmarkt ist auf der Nachfrageseite nicht mehr so entspannt wie früher. Die Anzahl der Wohnungskündigungen bei der Gesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben. Die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum bleibt nach wie vor ein wesentliches Gesellschaftsziel.

Durch die seit Jahren mit einem enormen Kostenaufwand praktizierte Bestandspflege hat die GEWOBAU keine Leerstände von längerer Dauer zu verzeichnen. Aufgrund der konsequenten Fortführung des eingeschlagenen Weges kann mit der Konkurrenz am Markt standhalten und die Nachfrage nach den Wohnungen auch zukünftig sichern.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden insgesamt 35 Wohneinheiten modernisiert. In nahezu allen Wohnungen wurden sehr umfangreiche Arbeiten durchgeführt. Das Entfernen von Kaminen und Versorgungsschächten hatte Grundrissänderungen zur Folge.

In 5 Liegenschaften sind energetische Maßnahmen mit Dach- und Fassadensanierung sowie Anbau von Balkonen durchgeführt worden und in fünf weiteren Wohnungen erfolgten Renovierungen der Treppenhäuser.

Für diese Maßnahmen wurde ein Betrag in Höhe von rund 4,1 Mio. € aktiviert. Insgesamt hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr für Modernisierungen und Instandhaltungen rund 5,9 Mio. € investiert. Aufgrund der durchgeführten Modernisierungen wurde eine deutliche Verbesserung des Qualitätsstandards erzielt.

Von der Evangelischen Frauenhilfe, Bonn wurde das Grundstück in Ehringshausen, Stegwiese 25 käuflich erworben, für das die GEWOBAU bis zu diesem Zeitpunkt erbbauberechtigt war.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter einschließlich Geschäftsführung beträgt im Geschäftsjahr 2015 60; davon sind 4 Angestellte in leitender Position beschäftigt. Die Entlohnung der Beschäftigten erfolgt auf Grundlage der Tarifverträge für die Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmer in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Für 50 Mitarbeiter bestand im Geschäftsjahr 2015 eine zusätzliche Altersversorgung bei der KDZ-Kommunales Dienstleistungszentrum Wiesbaden.

Die betriebliche Organisation wird in gewohnter Weise fortgeführt. Die kooperative Zusammenarbeit mit der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG hat sich auch im Berichtsjahr wieder hervorragend bewährt.

Lage der Gesellschaft

Finanzierungsinstrumente

Das Anlagevermögen ist weitgehend langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 10 oder 20 Jahren. Aufgrund steigender Tilgungsanteile halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen des Risikomanagements beobachtet.

Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren 21 Forward Payer-Zinsswaps zur Absicherung des Zinsrisikos abgeschlossen. Ziel war eine feste Kalkulationsgrundlage für die in den nächsten Jahren entstehenden Anschlussfinanzierungen.

Umweltschutz

Im Rahmen der Modernisierungsarbeiten an den Gebäuden leistet die Gewobau einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz. Wärmeisolierungen im Bereich der Fassaden und Dächer sowie der Einbau von Gasanlagen- bzw. Gaszentralheizungen mit neuester Brennwerttechnik, unterstützt durch Solartechnik, tragen nachhaltig zur Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ und sonstigen klimaschädlichen Treibhausgasen bei.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Gemäß Wirtschaftsplan 2016 ist mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 655 T€ zu rechnen. Auch für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Zur Verbesserung der Ertragschancen und um eine nachhaltige Vermietung sicherzustellen, wird das große Modernisierungs- und Instandhaltungsaufkommen auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden müssen.

Nach wie vor verfolgt die Gesellschaft die sich weiter drehende Preisschraube bei den Mietnebenkosten, der sogenannten zweiten Miete, insbesondere bei den Energiekosten. Hier sind immer wieder Preissteigerungen zu verzeichnen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben kommen oftmals neue Betriebskosten hinzu. GEWOBAU ist bestrebt, die beeinflussbaren Betriebskosten zugunsten der Mieter zu optimieren. Durch die teilweise schwierige Vermietungssituation in den Randgebieten muss evtl. mit einem Anstieg der Leerstandsquote gerechnet werden.

Die Gesellschaft hat sich dazu entschlossen, nach vielen Jahren wieder einmal im Mietwohnungsneubau tätig zu werden. Errichtet werden zwei Häuser mit je fünf Wohneinheiten und sechszehn Stellplätzen.

Insgesamt überwiegen die Chancen, die sich auf dem Wohnungsmarkt ergeben, die derzeit bestehenden Risiken. Dies zeigen auch die Wirtschaftspläne der nächsten drei Jahre auf, die von einem stetigen Wachstum der Gesellschaft ausgehen.

Lahnpark GmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. *Gründung* Die Lahnpark GmbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 04.03.2009 gegründet.

1.2. *Unternehmensgegenstand* Die Entwicklung und Gestaltung der Lahnaue als zentraler Grünbereich zwischen den Städten und Gemeinden Gießen, Heuchelheim, Lahnaue und Wetzlar. Einzelmaßnahmen außerhalb dieser Flächen sind möglich, wenn sie dem Gesellschaftszweck dienen und alle Gesellschafter zustimmen. Die Umsetzung soll erfolgen durch Maßnahmen und Projekte in den Handlungsfeldern Erholung, Freizeit, Tourismus, Landwirtschaft, Naturschutz, Siedlungsentwicklung, Infrastruktur.

1.3. *Stammkapital* 28.000 €
 Stadt Wetzlar: 7.000 €
 Stadt Gießen: 7.000 €
 Gemeinde Heuchelheim: 7.000 €
 Gemeinde Lahnaue: 7.000 €

1.4. *Organe* **Gesellschafterversammlung**
 Gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages führenden Vorsitz in der Gesellschafterversammlung die Gesellschafter im jährlichen Wechsel. Der Vertreter eines Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung darf nur ein rechtsgeschäftlicher Vertreter des Gesellschafters oder einer seiner gegen Entgelt Beschäftigten sein.

Bürgermeister Burkhard Steinz,	Heuchelheim
Vorsitzender bis März 2015	
Bürgermeister Eckhard Schultz	Lahnaue
Oberbürgermeister Wolfram Dette	Wetzlar
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich	Gießen
Vorsitzende ab März 2015	

Aufsichtsrat

Burkhard Steinz (Vorsitzender)	Bürgermeister
Eckhard Schultz	Bürgermeister
Wolfram Dette (bis 27.11.2015)	Oberbürgermeister
Manfred Wagner (ab 27.11.2015)	Oberbürgermeister
Udo Volck	Stadtverordneten- vorsteher
Walter Bepler	Gemeindevertreter
Dr. Michael Mondre	Gemeindevertreter
Egon Fritz	Stadtverordneten- vorsteher
Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin

Geschäftsführung: Lutz Adami

1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 1.078,50 Euro.
---------------------------	--

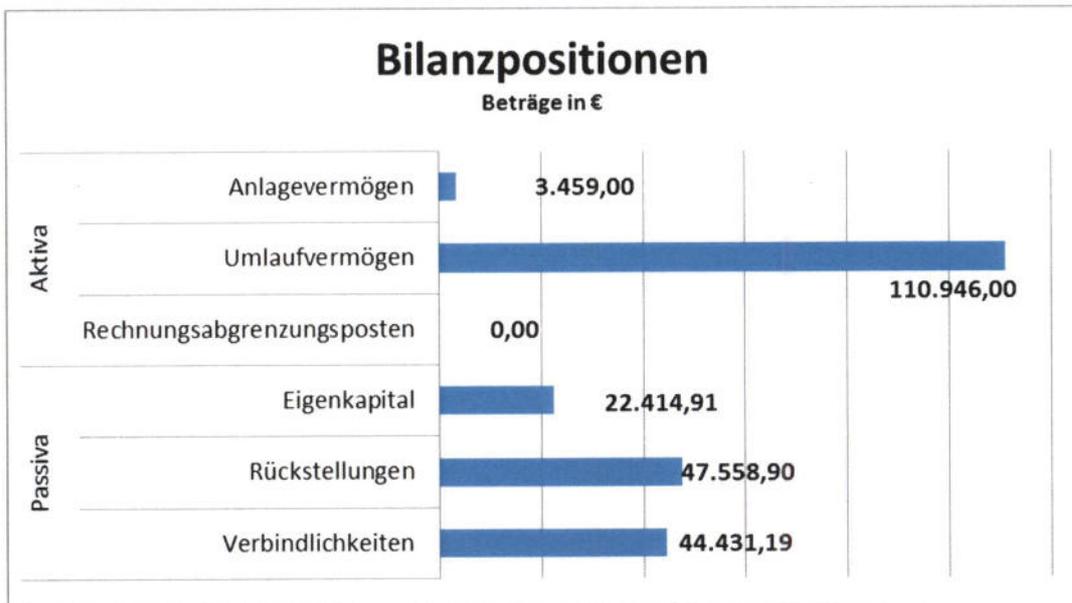
1.5. Anzahl der Sitzungen	2 Gesellschafterversammlung 3 Aufsichtsratssitzungen
---------------------------	---

2. Unternehmenskennzahlen

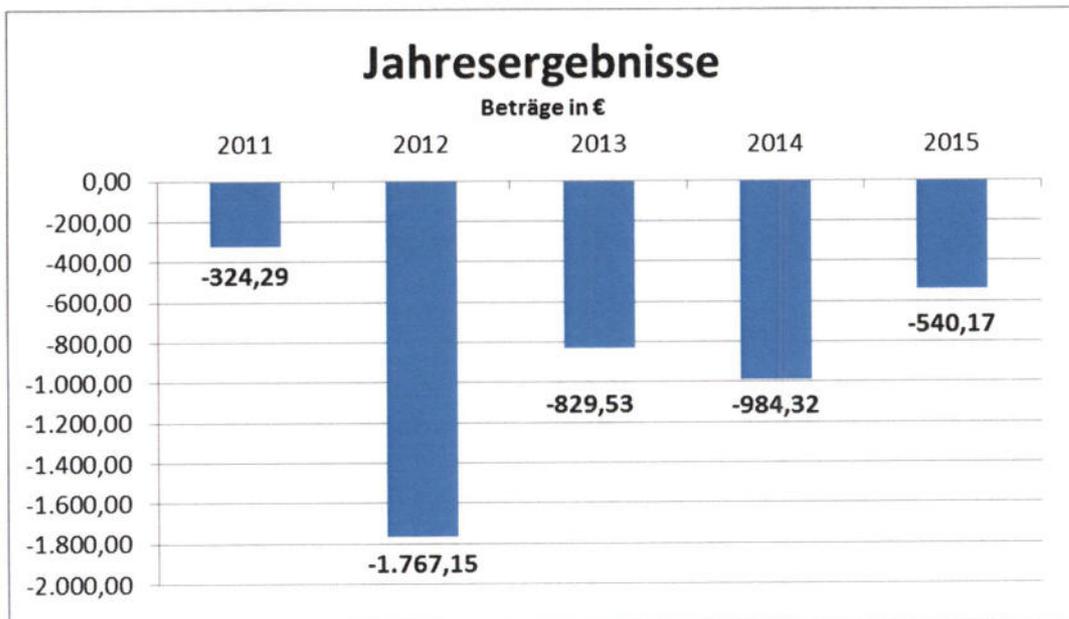
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz	-	-	
Aktiva			
Anlagevermögen	3.459,00	2.651,00	808,00
Umlaufvermögen	110.946,00	69.478,73	41.467,27
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	114.405,00	72.129,73	42.275,27
Passiva			
Eigenkapital	22.414,91	22.955,08	-540,17
<i>davon Stammkapital</i>	28.000,00	28.000,00	0,00
Rückstellungen	47.558,90	1.452,50	46.106,40
Verbindlichkeiten	44.431,19	47.722,15	-3.290,96
Bilanzsumme	114.405,00	72.129,73	42.275,27
Gewinn- und Verlustrechnung	-	-	
sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63.723,40	29.889,10	33.834,30
Betriebsleistung	63.723,40	29.889,10	33.834,30
Materialaufwand	47.416,10	0,00	47.416,10
Personalaufwand	7.085,40	7.073,52	11,88
Abschreibungen	1.257,73	758,41	499,32
sonst. betr. Aufwendungen	8.532,24	23.069,83	-14.537,59
Betriebsaufwand	64.291,47	30.901,76	33.389,71
Zinsen und ähnliche Erträge	28,82	38,70	-9,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Ge- schäftstätigkeit	-539,25	-973,96	434,71
Steuern	0,92	10,36	0,00
Jahresüberschuss/ Jahres- fehlbetrag	-540,17	-984,32	444,15

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Die Stadt Wetzlar gewährt der Lahnpark GmbH jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10.000 € für laufende Zwecke.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Nach der Gründung der Lahnpark GmbH standen für das Jahr 2009 zunächst die Präzisierung der Unternehmensziele, d. h. die Vorstellung für die künftige Entwicklung der Lahnaue sowie die inhaltlichen und organisatorischen Schritte für die Einrichtung der Kommunikations- und Entscheidungsstruktur im Mittelpunkt. Dies beinhaltete insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- Schaffung einer eigenen Identität durch ein Logo / Markenzeichen
- Aufbau einer Internetpräsentation
- Ausschreibung und Ausarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes
- Beantragung von Fördermitteln für das Lahnpark-Projekt
- Eintragung von Marke und Logo beim Deutschen Patentamt

Den Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2010 bildete die Erarbeitung des mit EFRE-Mitteln geförderten „Integrierten Entwicklungskonzeptes Lahnpark“ welches im Herbst 2010 fertig gestellt wurde. Darin eingeschlossen war ein umfassender Abstimmungsprozess mit Behörden und Interessenvertretern u. a. von Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft.

Die Beratung in den politischen Gremien verzögerte sich zunächst durch die Kommunalwahlen im März 2011. Erst nach Neubesetzung der Gremien – zum Teil erst im Spätsommer 2011 – konnte die Vorstellung des Konzeptes beginnen. Den abschließenden Beratungen in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen gingen ausführliche Erörterungen in den Ausschüssen, Ortsbeiräten und Magistraten voraus. In deren Ergebnis haben die politischen Gremien der beteiligten vier Gebietskörperschaften dem Integrierten Entwicklungskonzept einmütig zugestimmt.

Im Anschluss daran fand im März 2012 eine öffentliche Informationsveranstaltung in Heuchelheim statt, in welcher die Inhalte des Integrierten Entwicklungskonzeptes erläutert und anschließend diskutiert wurden. Dabei wurde insbesondere der Vorwurf artikuliert, dass der Naturschutz nicht ausreichend beteiligt worden sein. Obwohl das Konzept lediglich Handlungsempfehlungen für die Bereiche außerhalb der Naturschutzgebiete beinhaltet, sahen zahlreiche Naturschützer die Gebiete und eigene Entwicklungsvorhaben gefährdet.

Die Anregung und Kritik aus der öffentlichen Informationsveranstaltung aufnehmend kam es nach Vorgesprächen im Juli 2012 zur Gründung eines Arbeitskreises Naturschutz/Lahnpark, welcher jeweils aus 5 Vertretern von Naturschutzverbänden und 5 Vertretern der Lahnpark GmbH bzw. der beteiligten Gebietskörperschaften besteht.

Durch die Einrichtung des Arbeitskreises kam es zu einer neuen, guten Qualität in der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Naturschutzverbände. Die Überarbeitung bzw. Streichung aus naturschutzfachlicher Sicht als kritisch anzusehender Maßnahmen wird Niederschlag in einer Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes finden.

Gegen den Lahnpark besteht darüber hinaus eine Bürgerinitiative, welche dem Lahnpark u. a. eine Vermarktung der Lahnaue und Zerstörung der Natur vorwirft.

Durch die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Naturschutzes sowie durch Aufklärung und eine verbesserte Kommunikation in der Öffentlichkeit, den Vorstand und die Mitglieder der Bürgerinitiative eingeschlossen, und eine gute Sacharbeit konnten die Argumente der Bürgerinitiative weitgehend entkräftet werden. Weiterhin wurde im Jahre 2012 eine Planung für die Verbesserung der Wegeverbindungen im Lahnpark und für eine Bootsverbindung beauftragt und abgeschlossen.

In den Bereich der verbesserten Kommunikation und guter Sacharbeit, d. h. Durchführung notwendiger Projekte, welche einen großen Rückhalt in der Bevölkerung und bei Trägern öffentlicher Belange erwarten lassen, fallen die folgenden Projekte, für welche im Jahr 2013 Fördermittel aus dem LEADER-Programm beantragt wurden:

- Maßnahmenkonzept für die qualitative Verbesserung des Lahn-Kanutourismus
- Beschilderung im Lahnpark
- Neuaufstellung des Internetauftritts

Die Neuaufstellung des Internetauftritts wurde im Frühsommer abgeschlossen. Die neue Homepage des Lahnarks <http://www.lahnpark-mittelhessen.de/> wurde am 25.06.2014 freigeschaltet.

Seitens der Lahnpark GmbH wurden im Rahmen der des interkommunalen Maßnahmenkonzeptes zur qualitativen Verbesserung des Lahn-Kanutourismus (Federführung Stadt Wetzlar) zwischen Mai und Oktober 2014 Zählungen und Befragungen zum Kanutourismus in Auftrag gegeben und durchgeführt. Weitere für den Lahnpark bedeutsame Entwicklungen im Jahre 2014 waren die Neugestaltung der städtischen Lahnufer in Gießen im Rahmen der Landesgartenschau einschließlich Neubau des Lahnfensters und vieler weiterer kleinerer Projekte, der Durchstich der (Rad-) Wegeverbindung an der Amends-Mühle in Dorlar und der Beschluss einer Anleinsatzung für weite Bereiche des Lahnarks durch die Gemeinde Lahnaue. In Wetzlar sind insbesondere die Umsetzung eines LEADER-Projekts zur Gebietsbetreuung in der Lahnaue und der Abschluss Bau einer Fuß- und Radwegeverbindung vom Bahnhof an den Radweg R 7 zu nennen.

Die Erstellung des Konzepts zur qualitativen Verbesserung des Lahn-Kanutourismus erforderte eine umfangreiche Beteiligung unterschiedlichster Akteure wie Tourismusverbände, Naturschützer und Kommunen. Dennoch konnte das Projekt fristgerecht im Frühsommer 2015 abgeschlossen werden. Ebenso wurde im Jahre 2015 die Gestaltung von vier Übersichtstafeln für den Lahnpark abgeschlossen. Auch hier waren bei der Erstellung außer den Kommunen auch wichtige Akteure aus Naturschutz und Tourismus beteiligt. Die Übersichtstafeln – jeweils eine pro Kommune – wurden am 12.06.2015 aufgestellt. Damit wurden alle LEADER-Projekte, an denen der Lahnpark beteiligt war, fristgerecht und erfolgreich abgeschlossen.

Ausblick

Für das Jahr 2016 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Entsprechend den Ergebnissen der Aufsichtsratssitzung vom 16.06.2015 sollen zukünftig mehr vor Ort sichtbare Projekte umgesetzt werden. Zukünftig sollen dazu pro Jahr ein Gemeinschaftsprojekt der GmbH sowie jeweils ein Projekt im Sinne des Lahnarks von jeder einzelnen Kommune angegangen werden.

Neben einer Ausweitung der bisher durch die Stadt Wetzlar durchgeführten Gebietsbetreuung auf die gesamte Lahnaue, deren Realisierbarkeit, Mittelbedarf und Fördermöglichkeiten (z. B. im Rahmen des LEADER-Programms) noch zu klären sind, ist als Gemeinschaftsprojekt der Lahnpark GmbH im Jahre 2016 die Planung und örtliche Kennzeichnung (einschl. Beschilderung) eines Lahnpark-Rundweges geplant. Die Streckenplanung soll – ebenso wie das Konzept zur Kennzeichnung der Wegführung – in Eigenleistung der Verwaltungsmitarbeiter gemeinsam mit Ehrenamtlichen erfolgen. Die Kosten für die Beschilderung und Markierung sind noch zu klären.

Die bereits abgestimmten und abzustimmenden Projekte und Planungen werden per Beratungs- und Beschlussvorlage in die Beratungen der Stadtverordneten- und Gemeindevertreterversammlungen Einzug finden. Behandelt werden alle potentiellen Veränderungen zum bestehenden Konzept, sowohl hinsichtlich des Naturschutzes, als auch des Tourismus, der Landwirtschaft, usw.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. *Gründung* Die Regio MIT GmbH wurde mit Gesellschaftervertrag am 03. März 2005 gegründet.

1.2. *Unternehmensgegenstand* Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von zeitlich befristeten Beteiligungen im Ziel 2-Gebiet (Entscheidung der EU-Kommission vom 09.02.2000) der Städte Gießen und Wetzlar oder im Gebiet des Landkreises Gießen an kleinen und mittleren (insbesondere innovativen und technologie-orientierten) Unternehmen – bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs sowie alle sonstige Geschäfte, die dem Hauptzweck dienlich sind. Der Fonds darf nur in Geschäftstätigkeiten investieren, die von den Fondsverwaltern und dem Beteiligungsausschuss des Fonds als potentiell rentabel eingestuft werden. Der Fonds investiert nicht in Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden.

1.3. *Öffentlicher Zweck* Der öffentliche Zweck besteht in der Förderung und Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region Mittelhessen. Der Fonds unterstützt Unternehmen in der Start – und Wachstumsphase, so dass Arbeitsplätze in der Region gesichert bzw. geschaffen werden können.

1.4. *Stammkapital* 100.000 €

<i>Aufteilung</i>	Stadt Gießen	10.000 €	10,0 %
	Stadt Wetzlar	10.000 €	10,0 %
	Landkreis Gießen	10.000 €	10,0 %
	Volksbank Mittelhessen eG	13.600 €	13,6 %
	Sparkasse Gießen	6.400 €	6,4 %
	Sparkasse Wetzlar	6.400 €	6,4 %
	Sparkasse Laubach-Hungen	1.000 €	1,0 %
	Sparkasse Grünberg	1.000 €	1,0 %
	Volksbank Heuchelheim	1.600 €	1,6 %
	Land Hessen	40.000 €	40,0 %

1.5. *Organe* **Gesellschafterversammlung**
Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung beruft gem. § 6 des Gesellschaftervertrages die ordentliche Gesellschafterversammlung innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres ein. Gem. § 7 des Gesellschaftsvertrags entfällt auf je 100 € Geschäftsanteil eine Stimme.

Beteiligungsausschuss

Oliver Kimpel	Vorsitzender, Sparkasse Gießen
Sabine Wilcken-Görich	Stellv. Vorsitzende, Stadt Gießen
Rüdiger Bollweg	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Wiesbaden
Gabriele Gotthardt	Landkreis Gießen, Stabreferat Wirtschaftsförderung
Harald Semler	Magistrat der Stadt Wetzlar
Boris Kniß	Volksbank Mittelhessen eG, Gießen
Birgit Hartmann	Sparkasse Laubach-Hungen

Geschäftsführung:

Diplom-Betriebswirt B.A. Jürgen Zabel

1.5.1 Bezüge Beteiligungsausschuss

Die Mitglieder des Beteiligungsausschusses erhielten keine Bezüge.

1.6. *Anzahl der Sitzungen*

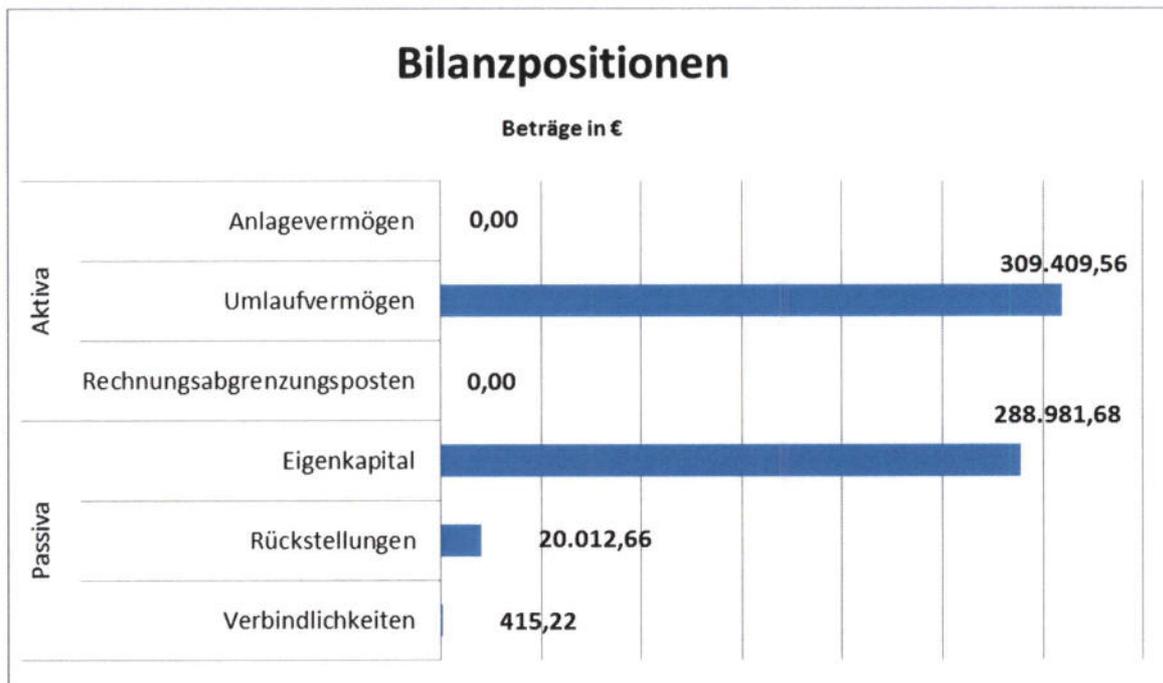
1 Gesellschafterversammlung

2. Unternehmenskennzahlen

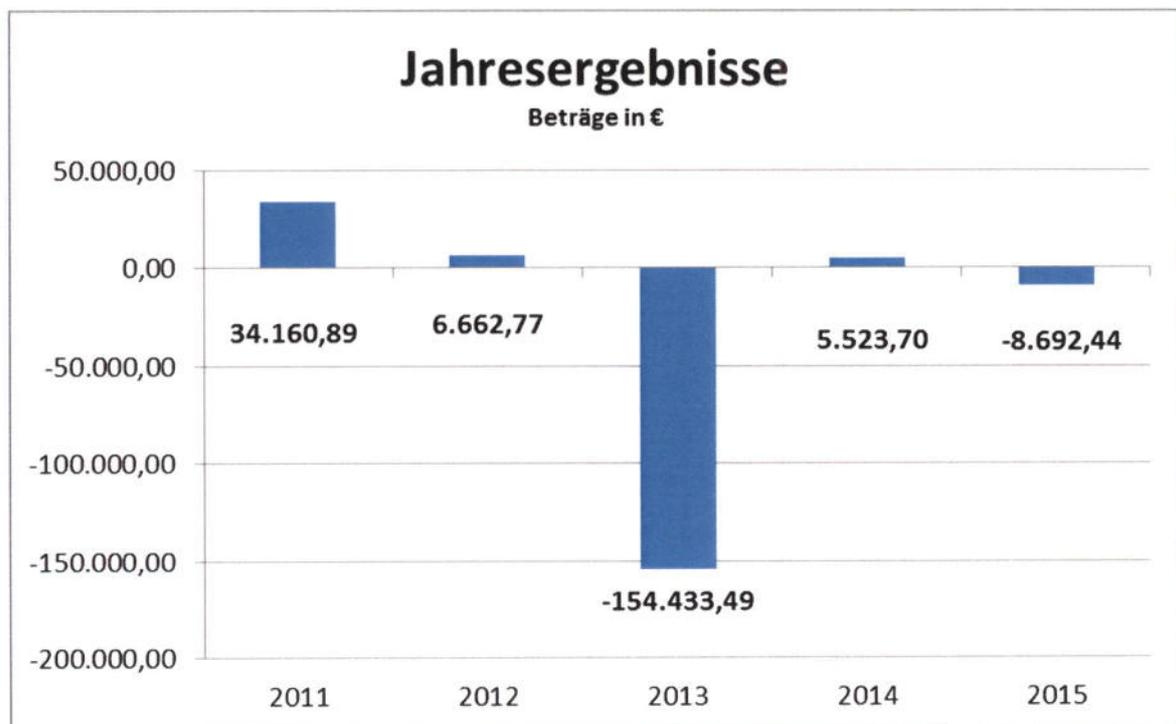
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	2.000,00	-2.000,00
Umlaufvermögen	309.409,56	304.234,25	5.175,31
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	309.409,56	306.234,25	3.175,31
Passiva			
Eigenkapital	288.981,68	297.674,12	-8.692,44
<i>davon Stammkapital</i>	100.000,00	100.000,00	0,00
Rückstellungen	20.012,66	6.150,00	13.862,66
Verbindlichkeiten	415,22	2.410,13	-1.994,91
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	309.409,56	306.234,25	3.175,31
Gewinn- und Verlustrechnung			
Erträge aus Beteiligungsgeschäft	2.483,33	50.486,02	-48.002,69
sonstige betriebliche Erträge	40.357,85	20.000,00	20.357,85
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	42.841,18	70.486,02	-27.644,84
sonst. betr. Aufwendungen	-51.535,15	-65.843,90	14.308,75
Betriebsaufwand	-8.693,97	4.642,12	-13.336,09
Zinsen und ähnliche Erträge	0,59	881,58	-880,99
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,12	0,00	-0,12
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.693,50	5.523,70	-14.217,08
Steuern	1,06	0,00	1,06
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-8.692,44	5.523,70	-14.216,02

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

I. Geschäftsmodell

Der Regionalfonds Mittelhessen hat in den Jahren 2005 bis 2010 Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten, deren Gründung nicht länger als zehn Jahre zurückliegt, im Gebiet der Städte Gießen und Wetzlar (vormals Ziel 2-Fördergebiete) sowie im Gebiet des Landkreises Gießen in der Start- und Wachstumsphase mit Beteiligungskapital unterstützt. Die regionalwirtschaftliche Förderung bestand in der Bereitstellung von Beteiligungskapital bis maximal € 250.000 pro Unternehmen in Form stiller Beteiligungen, und zwar für innovative und technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs.

Das Gesamtvolumen des am 1. März 2005 von den Städten Gießen und Wetzlar, dem Landkreis Gießen, den regionalen Kreditinstituten und dem Land Hessen gegründeten Fonds RegioMIT betrug € 2,5 Mio. Darin enthalten waren Fördermittel des Landes Hessen aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von € 1 Mio. Die Verwaltung des Fonds wurde der BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, einer Tochter der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, übertragen.

Der Regionalfonds Mittelhessen ist mittlerweile ausinvestiert und alle Beteiligungen sind zurückgeführt, so dass er geschlossen wird.

II. Wirtschaftsbericht

a) Geschäftsverlauf

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.04.2015 einstimmig beschlossen, die Gesellschaft mit Wirkung zum 30.06.2015 aufzulösen. Der Geschäftsführer, Jürgen Zabel, wurde zum Liquidator der Gesellschaft bestellt. Er vertritt die Gesellschaft alleine. Das Liquidationsgeschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Bücher und Schriften der Gesellschaft werden nach Beendigung der Liquidation dem Liquidator in Verwahrung gegeben.

Der Abschluss des Rumpfgeschäftsjahres vom 01.01. bis 29.06.2015 sowie die Liquidationseröffnungsbilanz zum 30.06.2015 wurden vom Wirtschaftsprüfer geprüft und von den Gesellschaftern im Umlaufverfahren festgestellt. Die Gesellschafter haben zudem beschlossen, unter bewusster und gewollter einmaliger Durchbrechung der Regelung des § 13.1 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft den Jahresabschluss der ReioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH i. L. zum 31. Dezember 2015 nicht in analoger Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften zusätzlich zur Feststellung prüfen zu lassen.

Der Fonds hat bei seiner Gründung den Bedarf an alternativen Finanzierungsformen in der Region optimal abgedeckt, eignet sich jedoch aufgrund des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus nur eingeschränkt für die Einbindung in Unternehmensfinanzierungen.

Zudem bestehen mittlerweile alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsgeschäftes durch die ebenfalls von der BM H verwalteten Hessen Kapital-Fonds sowie der MBGH Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Finanzierung in der frühen Unternehmensphase mit hohen Risiken verbunden ist. Junge Unternehmen, wie sie im Investitionsfokus der RegioMIT GmbH standen, haben es aufgrund ihrer geringen Kapitalpuffer und fehlender Liquiditätsreserven sehr schwer, starke Auftragseinbrüche oder auch lange Markterschließungsphasen zu verkraften. Dies hat sich auf die Ertragsituation und somit auf das Fondsvermögen der RegioMIT GmbH ausgewirkt.

Es können jedoch positive Aspekte der Arbeit des Regionalfonds Mittelhessen hervorgehoben werden, wie die mit Hilfe der Beteiligungen geschaffene und erhaltene Zahl von Arbeitsplätzen sowie das damit verbundene Investitionsvolumen. Auch die positive Außenwirkung auf andere Regionen Deutschlands, z. B. durch die Verleihung des PPP-Preises 2008 als überzeugendes Projekt öffentlich-privater Partnerschaft, und die überregionale Kooperationen aller Beteiligten in der Region Gießen-Wetzlar sind zu nennen.

Zum 31.12.2015 weist der Fonds ein positives Jahresergebnis in Höhe von T€ 0,1 aus (Vorjahr zum 29.06: -T€ 8,8). Infolge der Schließung des Fonds sind keine Erträge aus dem Beteiligungsgeschäft zu verzeichnen. Für die künftige Entwicklung des Fonds werden keine Risiken mehr gesehen, da alle bestehenden Beteiligungen zurückgeführt sind.

b) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf T€ 309,4 (Vorjahr zum 29.06: T€ 334,1). Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt T€ 308,8 (Vorjahr zum 29.06: 319,9). In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 20,0 sind Abschluss- und Prüfungskosten (T€ 5,1), die Geschäftsbesorgungsvergütung für die BM H (T€ 13,0) sowie ausstehende Rechnungen und Beratungsleistungen (T€ 1,9) enthalten.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Sämtliche der RegioMIT GmbH zur Verfügung gestellten Fondsmittel sind in die Kapitalrücklage des Fonds eingezahlt und bilden einen ausreichenden Risikopuffer zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung.

Der Anteil der liquiden Mittel beträgt 99,8 % (Vorjahr: 95,7 %) an der Bilanzsumme von T€ 309,4 (Vorjahr zum 29.06: T€ 334,1). Die Eigenkapitalquote liegt bei ca. 93 %.

Am 30.11.2014 wurden insgesamt € 1,1 Mio. aus der Kapitalrücklage an die Gesellschafter der RegioMIT GmbH zurückgeführt. Die verbleibenden liquiden Mittel reichen aus, die Fondsarbeit bis zur Schließung zu finanzieren.

III. Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Einzahlung der Fondsmittel in die Kapitalrücklage der RegioMIT GmbH bestand fondseitig keine Gefahr der bilanziellen Überschuldung. Die Liquidität des Fonds ist durch die noch vorhandenen finanziellen Mittel gesichert. Die Aufwandspositionen des Fonds wurden auf ein Minimum reduziert, so auch die Geschäftsbesorgungsvergütung für die Arbeit der BM H.

IV. Prognose

Die Geschäftsführung geht derzeit davon aus, dass bis zur endgültigen Liquidation des Fonds ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird, da alle derzeit absehbaren Aufwendungen im Abschluss zum 31.12.2015 bereits berücksichtigt wurden.



Abwasserverband Wetzlar

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Der Zweckverband Abwasserverband Wetzlar wurde im Jahr 1973 gegründet.																												
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	<p>Der Zweckverband hat die Aufgabe, das in den Mitgliedsgemeinden anfallende Abwasser nach Maßgabe einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen abzuführen und zu behandeln.</p> <p>Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der Zweckverband die zur Ableitung und Behandlung des Abwassers notwendigen Anlagen wie Abwassersammler, Rückhaltebecken, Regenkläranlagen, Pumpwerke und Gruppenklärwerke zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben.</p>																												
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Abwasserbeseitigung im Rahmen der Daseinsvorsorge.																												
1.4. <i>Stammkapital</i>	0 €																												
1.5. <i>Verbandsmitglieder</i>	Stadt Aßlar Stadt Wetzlar																												
1.6. <i>Beteiligungen</i>	Ekom21-KGRZ-Hessen (1 € Erinnerungswert)																												
1.7. <i>Organe</i>	<p>Mitglieder Vorstand</p> <table><tr><td>Semler, Harald</td><td>Vorsitzender, Stadtrat Stadt Wetzlar</td></tr><tr><td>Esch, Roland</td><td>Stellv. Vorsitzender, Bürgermeister Stadt Aßlar</td></tr><tr><td>Schmidt, Günter</td><td>Stadtrat, Stadt Wetzlar</td></tr><tr><td>Viand, Manfred</td><td>Stadtrat, Stadt Wetzlar</td></tr></table> <p>Mitglieder Versammlung</p> <table><tr><td>Becker, Harald</td><td>Vorsitzender, Stadt Aßlar</td></tr><tr><td>Heyer, Thomas</td><td>Stellv. Vorsitzender</td></tr><tr><td>Kleber, Waldemar</td><td>Stellv. Vorsitzender</td></tr><tr><td>Boch, Dunja</td><td>Stadtverordnete Wetzlar (ab 08.06.2015)</td></tr><tr><td>Borchers, Gudrun</td><td>Stadtverordnete Wetzlar</td></tr><tr><td>Dr. Greis, Barbara</td><td>Stadtverordnete Wetzlar</td></tr><tr><td>Heil-Schön, Martina</td><td>Stadtverordnete Wetzlar</td></tr><tr><td>Koster, Ingeborg</td><td>Stadtverordnete Wetzlar</td></tr><tr><td>Hedderich, Karl</td><td>Stadtverordneter Wetzlar</td></tr><tr><td>Kinkler, Karl-Heinz</td><td>Stadtverordneter Wetzlar</td></tr></table>	Semler, Harald	Vorsitzender, Stadtrat Stadt Wetzlar	Esch, Roland	Stellv. Vorsitzender, Bürgermeister Stadt Aßlar	Schmidt, Günter	Stadtrat, Stadt Wetzlar	Viand, Manfred	Stadtrat, Stadt Wetzlar	Becker, Harald	Vorsitzender, Stadt Aßlar	Heyer, Thomas	Stellv. Vorsitzender	Kleber, Waldemar	Stellv. Vorsitzender	Boch, Dunja	Stadtverordnete Wetzlar (ab 08.06.2015)	Borchers, Gudrun	Stadtverordnete Wetzlar	Dr. Greis, Barbara	Stadtverordnete Wetzlar	Heil-Schön, Martina	Stadtverordnete Wetzlar	Koster, Ingeborg	Stadtverordnete Wetzlar	Hedderich, Karl	Stadtverordneter Wetzlar	Kinkler, Karl-Heinz	Stadtverordneter Wetzlar
Semler, Harald	Vorsitzender, Stadtrat Stadt Wetzlar																												
Esch, Roland	Stellv. Vorsitzender, Bürgermeister Stadt Aßlar																												
Schmidt, Günter	Stadtrat, Stadt Wetzlar																												
Viand, Manfred	Stadtrat, Stadt Wetzlar																												
Becker, Harald	Vorsitzender, Stadt Aßlar																												
Heyer, Thomas	Stellv. Vorsitzender																												
Kleber, Waldemar	Stellv. Vorsitzender																												
Boch, Dunja	Stadtverordnete Wetzlar (ab 08.06.2015)																												
Borchers, Gudrun	Stadtverordnete Wetzlar																												
Dr. Greis, Barbara	Stadtverordnete Wetzlar																												
Heil-Schön, Martina	Stadtverordnete Wetzlar																												
Koster, Ingeborg	Stadtverordnete Wetzlar																												
Hedderich, Karl	Stadtverordneter Wetzlar																												
Kinkler, Karl-Heinz	Stadtverordneter Wetzlar																												

Kraft, Michael	Stadtverordneter Wetzlar
Lautz, Erich	Stadtverordneter Wetzlar (bis 23.04.2015)
Meißner, Thomas	Stadtverordneter Wetzlar
Pohl, Günter	Stadtverordneter Wetzlar
Schmal, Uwe	Stadtverordneter Wetzlar
Voskanian, Akop	Stadtverordneter Wetzlar (ab 10.02.2015)
Dittmann, Elke	Stadtverordnete Aßlar
Bocher, Wolfram	Stadtverordneter Aßlar
Brade, Dietmar	Stadtverordneter Aßlar
Menz, Oliver	Stadtverordneter Aßlar

Verbandsvorsitzender: Stadtrat Harald Semler

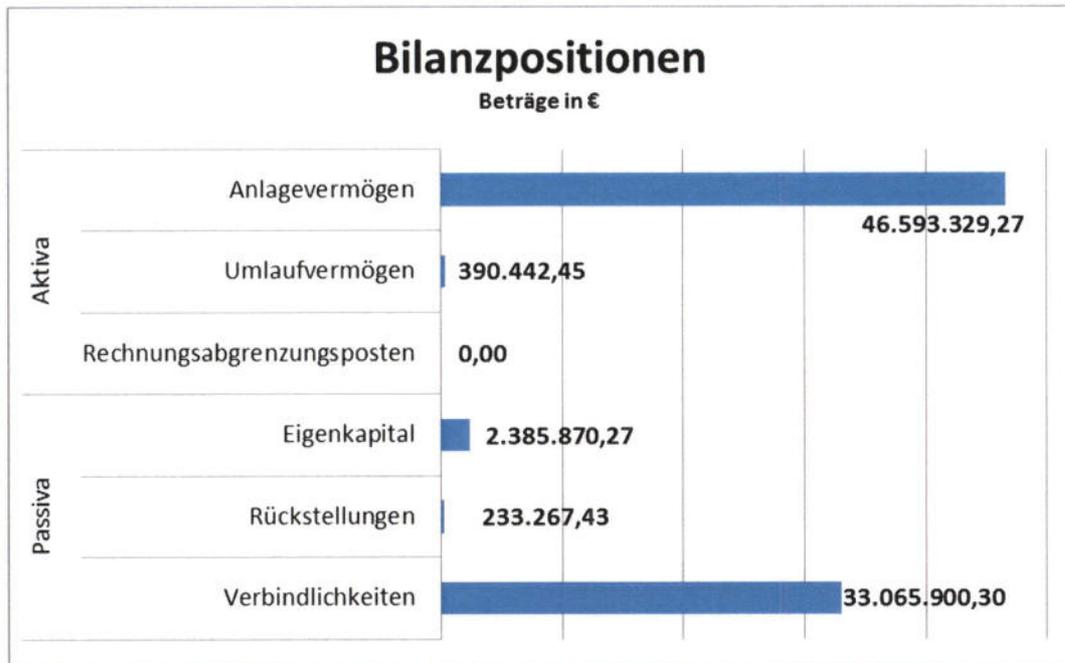
1.5.1 Bezüge Verbandsvorstand	Der Vorstand erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 1.146,72 Euro.
1.8. Anzahl der Sitzungen	1 Versammlung 3 Vorstandssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

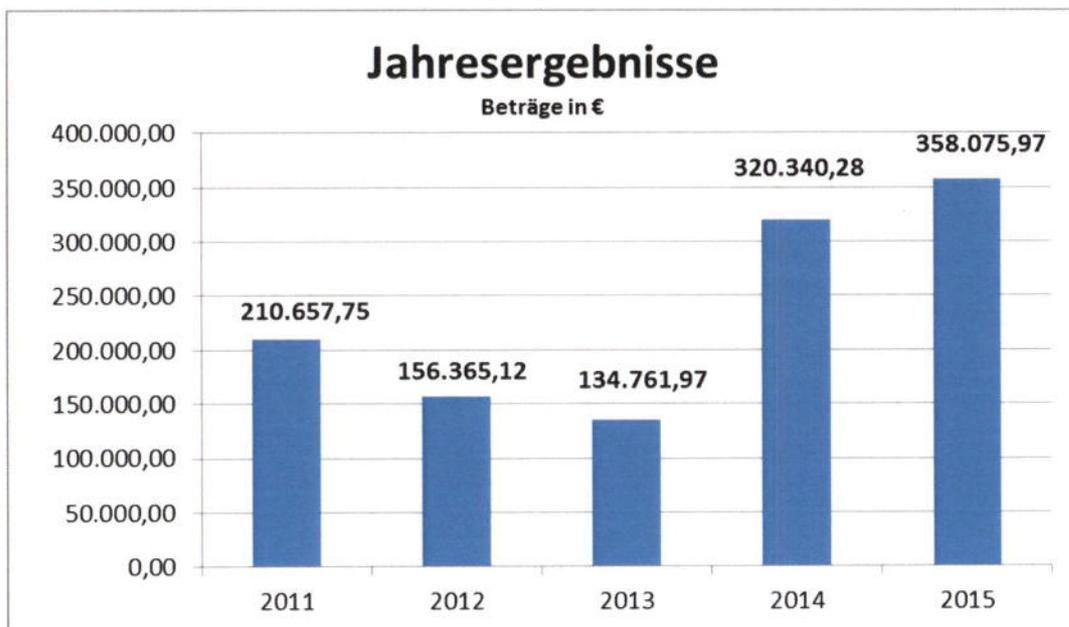
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	46.593.329,27	47.717.969,27	-1.124.640,00
Umlaufvermögen	390.442,45	1.812.584,21	-1.422.141,76
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	46.983.771,72	49.530.553,48	-2.546.781,76
Passiva			
Eigenkapital	2.385.870,27	2.027.794,30	358.075,97
<i>davon Stammkapital</i>	0,00	0,00	0,00
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen	11.298.086,28	11.840.899,02	-542.812,74
Rückstellungen	233.267,43	204.818,24	28.449,19
Verbindlichkeiten	33.065.900,30	35.456.411,48	-2.390.511,18
Rechnungsabgrenzungsposten	647,44	630,44	17,00
Bilanzsumme	46.983.771,72	49.530.553,48	-2.546.781,76
Ergebnisrechnung			
Steuern und steuerähnliche Erträge	5.806.270,00	5.789.130,00	17.140,00
Umsatzerlöse	320.180,78	244.993,98	75.186,80
sonstige Erträge	529.105,10	699.372,31	-170.267,21
Summe ordentliche Erträge	6.655.555,88	6.733.496,29	-77.940,41
Sach- und Dienstleistungen	1.497.740,52	1.651.526,61	-153.786,09
Personalaufwand	569.238,52	555.806,25	13.432,27
Abschreibungen	2.526.906,79	2.500.873,35	26.033,44
sonstige betriebliche Aufwendungen	546.849,59	393.127,12	153.722,47
Summe ordentliche Aufwendungen	5.140.735,42	5.101.333,33	39.402,09
Verwaltungsergebnis	1.514.820,46	1.632.162,96	-117.342,50
Zinsen und ähnliche Erträge	6.297,32	5.689,49	607,83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.161.688,51	1.317.621,72	-155.933,21
Ordentliches Ergebnis	359.429,27	320.230,73	39.198,54
Außerordentliches Ergebnis	-1.353,30	109,55	-1.462,85
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	358.075,97	320.340,28	37.735,69

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Ergebnisrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen:*

Keine

b) *Sicherheiten:*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse:*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Die Stadt Wetzlar zahlte im Jahr 2015 eine Verbandsumlage i. H. v. 4.616.172,02 €. Die Umlage wird von den Verbandsmitgliedern im Verhältnis der auf sie entfallenden Einwohnergleichwerte erhoben.

Im Jahr 2015 betrug das Umlageverhältnis:

Stadt Aßlar: 20,48 %

Stadt Wetzlar: 79,52 %

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Kläranlage

Historie Bau / Erweiterung Kläranlage

Der Gesamtausbau der Anlage erfolgte im Wesentlichen in folgenden Ausbaustufen (Ermittlung Anlagevermögen gem. Eröffnungsbilanz):

- 1) Mechanische Reinigung (mittleres Herstellungsjahr 1960)
(Schneckenhebewerk, Rechen, Sandfang, Absetzbecken etc.).
- 2) Biologische Reinigung (mittleres Herstellungsjahr 1976)
(Belebungsbecken, Nachklärbecken, Schlammbehandlung, RÜB etc.).
- 3) Dritte Reinigungsstufe (mittleres Herstellungsjahr 1999)
(Stickstoff- u. Phosphat-Elimination, Erweiterung Belebungsbecken etc.).
- 4) Erneuerung Zulauf-Pumpwerk und zentrales Regenüberlaufbecken RÜB
(mittleres Herstellungsjahr 2004)
- 5) Zwischenbaustufen (mittleres Herstellungsjahr 1996)
Laufende Investitionstätigkeiten und Baumaßnahmen außerhalb der o.g. Ausbaustufen

Die Verbandskläranlage Wetzlar ist derzeit für einen Anschlusswert von 80.000 Einwohnerwerten bemessen. Aufgrund des vorhandenen umfangreichen Investitionsvermögens besteht ein fortlaufender Bedarf an Sanierungs- und Erneuerungs-/ Neubaumaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die älteren Anlagenbereiche.

Baumaßnahmen in Umsetzung / Ausführung

- Umgehungsleitung Rechenanlage
Leistungen 2015 - 2016: Mängelbeseitigungen im Rahmen einer Ersatzvornahme an einem Entwässerungsschacht und an Absperrschiebern.
- Umschlussleitung zur Außerbetriebnahme Denitrifikationsbecken
Leistungen 2015 - 2016: Mängelbeseitigungen im Rahmen einer Ersatzvornahme.
- Erweiterung Blockheizkraftwerk, Netzersatzanlage (Notstromversorgung)
Leistungsumfang 2015: Inbetriebnahme des mobilen Notstromdieselaggregates. Vergabe der Leistungen zur Errichtung eines zweiten BHKW-Moduls. Beginn der Bauausführung in 2015. Geplante Fertigstellung 2016.
- Errichtung Klärgasbehandlungsanlage
Beauftragung der Bauleistung 2015. Bauausführung und Fertigstellung geplant in 2016.
- Erneuerung der Automatisierungsstation „A4 Biologie“ (Schaltanlagen/ PLS)
Bauausführung 2014 - 2015. Fertigstellung geplant in 2016.

- **Neubau Schlammmentwässerungsgebäude**
Leistungsumfang 2015: Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme in mehreren Gewerken. Baubeginn Tief-/ Hochbauarbeiten.
Weitere Bauausführung 2016, geplante Fertigstellung Anfang 2017.
- **Sanierung Nacheindicker-Pumpwerk**
Sanierung des Pumpwerks mit Erneuerung der technischen Ausrüstung, begleitend zum Neubau des Schlammmentwässerungsgebäudes.
Leistungsumfang 2015: Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme, Baubeginn. Weitere Bauausführung erfolgt 2016, geplante Fertigstellung Anfang 2017.
- **Neubau Co-Substrat-Aannahmestation**
Leistungsumfang 2015: Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme, Baubeginn. Weitere Bauausführung erfolgt 2016, geplante Fertigstellung Anfang 2017
- **Trinkwasseranschlussleitung**
Neuverlegung der Trinkwasseranschlussleitung für die Kläranlage an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz im Bereich der Zufahrtsstraße. Erneuerung des bituminösen Oberbaus / Tragdeckschicht der Zufahrtsstraße (Bereich Bahnübergang bis Brückenbauwerk Kreuzbachdurchlass). Fertigstellung erfolgt in 2015.

Ausblick – anstehende Baumaßnahmen (2017 – 2018)

- **Neubau Sandfang**
Neubau eines Sandfangs / bautechnische Sanierung und Erneuerung Maschinenteknik des bestehenden Sandfangs.
- **Umsetzung der Anforderungen gem. Maßnahmenprogramm der Wasserrahmenrichtlinie WRRL zur P-Elimination**
Ausbau / Ertüchtigung der KLA zur Umsetzung der höheren Anforderungen zur Phosphatelimination (Verminderung der Ablaufwerte).
- **Sanierung bestehender Bauwerke und Anlagen**
Fortlaufende bau- und maschinentechnische Sanierung verschiedener Bauwerke gem. Sanierungskonzept (u.a. Nachklärung, Belebungsbecken, Umlauf- und Verteilergerinne, Nacheindicker).
- **Rückbau Schlammmentwässerungshalle**
Mit der Inbetriebnahme der neuen Schlammmentwässerungshalle ab 2017 wird die alte Schlammmentwässerung stillgelegt und es soll ein Rückbau der technischen Anlagen und des Hallenbauwerks erfolgen.

Abwassersammler

Struktur des Abwassernetzes

Der Abwasserverband Wetzlar betreibt die Hauptsammler von der Kläranlage bis zu den an ihrem jeweiligen Ende angeordneten Regenüberläufen bzw. Regenüberlaufbecken. Das oberhalb dieser Sonderbauwerke angeordnete Abwassernetz sowie die

von den Hauptsammlern abzweigende Nebensammler sind dagegen Bestandteil des kommunalen Abwassernetzes der beiden Mitgliedsstädte Wetzlar und Aßlar. Die Gesamtlänge des AWV-Abwassernetzes beträgt rd. 77 km, welche sich auf rd. 64 km Mischwassersammler, rd. 12 km Regenwassersammler und rd. 1 km Schmutzwassersammler verteilen. Darüber hinaus sind 26 Regenüberläufe, 25 Regenüberlaufbecken, 4 Großpumpwerke und 6 Flusssäker Bestandteil des AWV-Abwassernetzes.

Historie des Netzausbaues

Der zur Kläranlage führende Hauptsammler mit den im Bereich der Flusskreuzungen angeordneten Säkerleitungen ist bereits Mitte/Ende der 1950er Jahre im Zusammenhang mit der Errichtung der mechanischen Stufe der Kläranlage hergestellt worden. Danach wurden bis etwa Mitte der 1990er Jahre sukzessive in den Stadtgebieten der Mitgliedsstädte kommunale Abwassersammler durch Dimensionsvergrößerung zu Hauptsammlern umfunktioniert und zum Anschluss weiterer Stadtteile an die Kläranlage des AWV Verbindungssammler neu verlegt. In den Jahren 2003 – 2006 wurden dann mehrere Regenüberlaufbecken neu errichtet um den gestiegenen Anforderungen der Mischwasserbehandlung gerecht zu werden.

Aktueller Stand des Netzausbaues

Durch die vorbezeichneten Maßnahmen ist das Hauptsammlernetz des AWV in seinen Strukturen vorhanden, muss jedoch punktuell verbessert werden. Hierbei ist die Reduzierung der Fremdwasserinfiltration und die sich nach der EKVO ergebende Notwendigkeit zur Abdichtung der Abwassersammler (u.a. im Wasserschutzgebiet Hermannstein) vorrangige Aufgabe der nächsten Jahre. Hierzu wurde 2009 für den das Wasserschutzgebiet Hermannstein auf einer Gesamtlänge von 1.255 m querenden Hauptsammler ein Sanierungskonzept erstellt. Hinsichtlich des Fremdwasserproblems wurde beginnend 2010 - 2012 zur Lokalisierung des Fremdwassereintrages eine Messkampagne durchgeführt und diese ausgewertet. Die nach EKVO vorzunehmende Bewertung des Sammlernetzes nach baulichem Zustand und hydraulischer Leistungsfähigkeit wurde 2009 beginnend mit dem Entwässerungsgebiet „Wetzlar-Nord“ in Angriff genommen und für den Bereich „Blasbach“ bereits erste Erkenntnisse gewonnen. Diese EKVO-Untersuchung ist in den nächsten Jahren für weitere Entwässerungsgebiete fortzuführen und wird in einem baulich umzusetzenden Sanierungsprogramm enden. Der hieraus resultierende Mittelbedarf ergibt sich nach überschlägiger Grobeinschätzung mit 4,0 Mio. EUR für eine rd. 20 km lange Sanierungsstrecke.

Voraussichtliche Entwicklung

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wurde am 19.01.2016 von der Verbandsversammlung beschlossen.

Die Verbandsumlage wurde gemäß § 5 der Haushaltssatzung auf 5.728.830,00 Euro festgesetzt. Davon entfallen auf die Stadt Wetzlar anteilig 79,4978077723 % = 4.554.294,26 Euro und auf die Stadt Aßlar anteilig 20,5021922277 % = 1.174.535,74 Euro.

Sparkassenzweckverband Wetzlar

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Der Sparkassenzweckverband Wetzlar wurde 1982 gegründet.
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Der Sparkassenzweckverband Wetzlar ist der Träger der Sparkasse Wetzlar. Der Zweckverband unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der Sparkassenzweckverband Wetzlar übernimmt die Trägerschaft für die Sparkasse Wetzlar. Der öffentliche Zweck nach § 121 HGO wird somit erfüllt.
1.4. <i>Stammkapital</i>	Entfällt Haftungsquote: Lahn-Dill-Kreis 40 % Stadt Wetzlar 20 % Zu gleichen Teilen mit insgesamt 40 %: Stadt Aßlar Gemeinde Biebertal Gemeinde Bischoffen Stadt Braunsfels Gemeinde Ehringshausen Gemeinde Greifenstein Gemeinde Hohenahr Gemeinde Hüttenberg Gemeine Lahnau Gemeinde Langgöns Stadt Leun Gemeine Schöffengrund Stadt Solms Gemeinde Waldsolms Gemeinde Wetttenberg
1.5. <i>Beteiligungen</i>	Sparkasse Wetzlar

1.6.	<i>Organe</i>	Verbandsversammlung	
		Thomas Bender Hans-Peter Stock Armin Bangert Andreas Altenheimer Ernst Holzer Günter Jakob Andreas Höbel Frank Inderthal Ralph Venohr Karl-Heinz Eckardt Werner Spies Armin Frink Hans Bach Ronald Döpp Horst Röhrig Bernd Heine Thomas Brunner	Gemeinde Biebertal, Vorsitzender Gemeinde Schöffengrund, stellv. Vorsitzender Lahn-Dill-Kreis Stadt Wetzlar Stadt Aßlar Stadt Braunfels Stadt Leun Stadt Solms Gemeinde Bischoffen Gemeinde Ehringhausen Gemeinde Greifenstein Gemeinde Hohenahr Gemeinde Hüttenberg Gemeinde Lahnau Gemeinde Langgöns Gemeinde Waldsolms Gemeinde Wettenberg
		Verbandsvorstand	
		Wolfgang Schuster Wolfram Dette Roland Esch Thomas Heyer Jürgen Mock Wolfgang Keller	Vorsitzender Stellv. Vorsitzender
1.7.	<i>Anzahl der Sitzungen</i>	2 Verbandsversammlungen 2 Vorstandssitzungen 1 gemeinsame Vorstandssitzung / Verbandsversammlung	

2. Unternehmenskennzahlen

Die Unternehmenskennzahlen entfallen, da der Sparkassenzweckverband keine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.

Zweckverband Hallenbad Waldgirmes

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1.	<i>Gründung</i>	Der Zweckverband Hallenbad Waldgirmes wurde 1984 gegründet.
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Zweck des Verbandes ist die Unterhaltung des Hallenbades in der Gemeinde Lahnau (Ortsteil Waldgirmes).
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Förderung des Gesundheitswesens und des Sports.
1.4.	<i>Stammkapital</i>	0 €
1.5.	<i>Verbandsmitglieder</i>	Gemeinde Lahnau (66 ² / ₃ %) Stadt Wetzlar (33 ¹ / ₃ %)
1.6.	<i>Organe</i>	<p>Mitglieder Vorstandsvorstand: Eckhard Schultz Verbandsvorsteher Manfred Wagner Stellv. Verbandsvorsteher Ronald Döpp Martin Krohn Bernd Weber Manfred Viand</p> <p>Mitglieder Versammlung: Andrea Volk Thomas Kraft Werner Brück Ulf Perkitny Ralf Naumann Silvia Wregner-Knipsel Michele Connors Brigitte Sauter-Hill Horst Schmitt Klaus Breidsprecher Willi Heun Barbara Greis</p>
1.5.1	<i>Bezüge Vorstandsvorstand</i>	Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigung (Sitzungsgeld) 2015 betrug 1.298,75 €.
1.7.	<i>Anzahl der Sitzungen</i>	2 Verbandsversammlungen 2 Vorstandsvorsitzungen

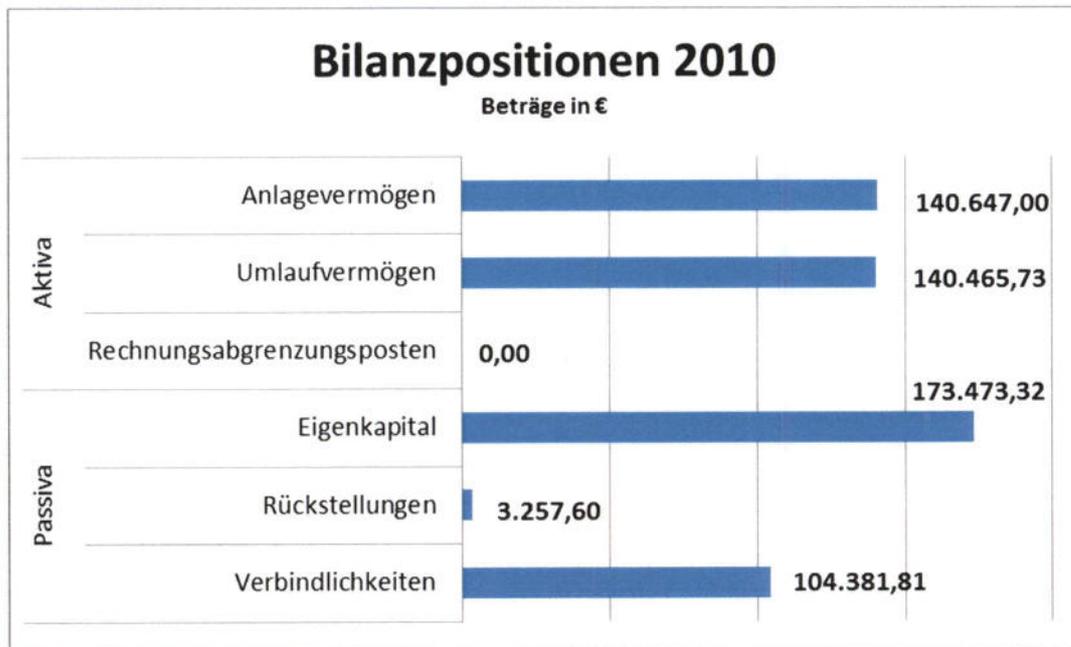
2. Unternehmenskennzahlen

Es liegen noch keine geprüften Jahresabschlüsse 2011 – 2015 vor.

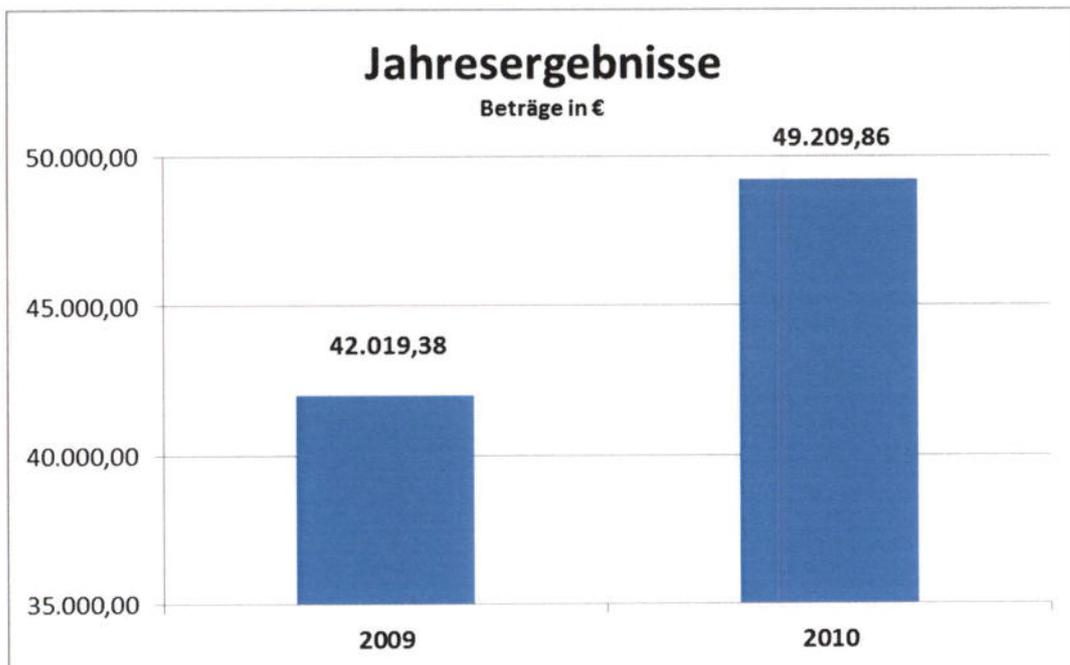
Unternehmenskennzahlen	2010 Euro	2009 Euro	Veränderung 2009 - 2010 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	140.647,00	152.250,00	-11.603,00
Umlaufvermögen	140.465,73	76.600,78	63.864,95
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	281.112,73	228.850,78	52.261,95
Passiva			
Eigenkapital	173.473,32	124.263,46	49.209,86
Sonderposten	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	3.257,60	3.700,00	-442,40
Verbindlichkeiten	104.381,81	100.887,32	3.494,49
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	281.112,73	228.850,78	52.261,95
Ergebnisrechnung			
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	411.000,00	411.000,00	0,00
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	110.040,15	109.497,56	542,59
sonstige Erträge	16.892,81	35.144,10	-18.251,29
Summe ordentliche Erträge	537.932,96	555.641,66	-17.708,70
Sach- und Dienstleistungen	247.109,65	270.574,51	-23.464,86
Personalaufwand	211.585,10	213.200,18	-1.615,08
Abschreibungen	11.603,00	12.539,81	-936,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.678,56	13.191,19	1.487,37
Summe ordentliche Aufwendungen	484.976,31	509.505,69	-24.529,38
Verwaltungsergebnis	52.956,65	46.135,97	6.820,68
Zinsen und ähnliche Erträge	245,66	146,06	99,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.992,45	4.262,65	-270,20
Ordentliches Ergebnis	49.209,86	42.019,38	7.190,48
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	49.209,86	42.019,38	7.190,48

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Ergebnisrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Im Jahr 2015 zahlte die Stadt eine Verbandsumlage in Höhe von 163.000 € an den Zweckverband.

Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Der Zweckverband wurde mit Zweckverbandssatzung vom 18. Oktober 1982 aus dem seit 1955 bestehenden Wasser- und Bodenverband gegründet.	
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Zweckverbandes ist die Versorgung der Mitgliedstädte und -gemeinden oder einzelner Ortsteile sowie von Sonderabnehmern mit Trink- und Betriebswasser, Planung und Bauleitung für Dritte sowie die Geschäfts- und Betriebsführung für mehrere Abwasserverbände, Gewässerunterhaltungs- und Hochwasserschutzverbände sowie einem Eigenbetrieb.	
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Betriebswasser.	
1.4. <i>Stammkapital</i>	18.000.000,00 €	
	<i>Aufteilung</i>	
	Stadt Amöneburg	0,51 %
	Gemeinde Biebental	0,14 %
	Gemeinde Buseck	1,00 %
	Gemeinde Cölbe	1,46 %
	Gemeinde Ebsdorfergrund	0,95 %
	Gemeinde Fronhausen	0,84 %
	Stadt Gießen	13,79 %
	Stadt Gladenbach	2,62 %
	Gemeinde Heuchelheim	2,52 %
	Gemeinde Hüttenberg	2,45 %
	Stadt Kirchhain	3,50 %
	Stadt Kirtorf	0,07 %
	Gemeinde Lahnau	0,96 %
	Gemeinde Lahntal	1,39 %
	Gemeinde Langgöns	1,92 %
	Stadt Linden	2,94 %
	Gemeinde Lohra	1,16 %
	Stadt Marburg	13,91 %
	Stadt Neustadt	1,15 %
	Stadt Pohlheim	4,07 %
	Stadt Rauschenberg	0,35 %
	Gemeinde Schöffengrund	1,27 %
	Stadt Stadtallendorf	13,98 %
	Gemeinde Weimar	1,57 %
	Gemeinde Wettenberg	2,07 %
	Stadt Wetter	2,48 %
	Stadt Wetzlar	10,93 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	5,10 %
	Landkreis Gießen	3,16 %
	Land-Dill-Kreis	1,74 %

1.5. *Organe*

Verbandsversammlung

Manfred Apell	Vorsitzender
Martin Hanika	Stellv. Vorsitzender
Helmut Metz	Lahn-Dill-Kreis

Verbandsvorstand

Karl-Heinz-Schäfer	Verbandsvorsitzender (bis 16.04.2015)
Christian Somogyi	Stellv. Verbandsvorsitzender (bis 16.04.2015)
	Verbandsvorsitzender (ab 17.04.2015)
Ulrich Künz	Stellv. Verbandsvorsitzender (ab 17.04.2015)
Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin Gießen
Jochen Kirchner	Bürgermeister Kirchhain
Dr. Franz Kahle	Bürgermeister Marburg
Norbert Kortlüke	Stadtrat Stadt Wetzlar
Andreas Schulz	Bürgermeister Ebsdorfergrund
Dirk Oßwald	Kreisbeigeordneter Landkreis Gießen
Heinz Schreiber	Erster Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis
Kirsten Fründt	Landrätin Landkreis Marburg- Biedenkopf

Geschäftsführung:

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Kummer (bis 30.06.2015)
Rechtsanwalt Karl-Heinz Schäfer (ab 01.07.2015)

1.5.1 *Bezüge Verbandsvorstand*

Der Verbandsvorstand erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 11 TEuro.

1.6. *Anzahl der Sitzungen*

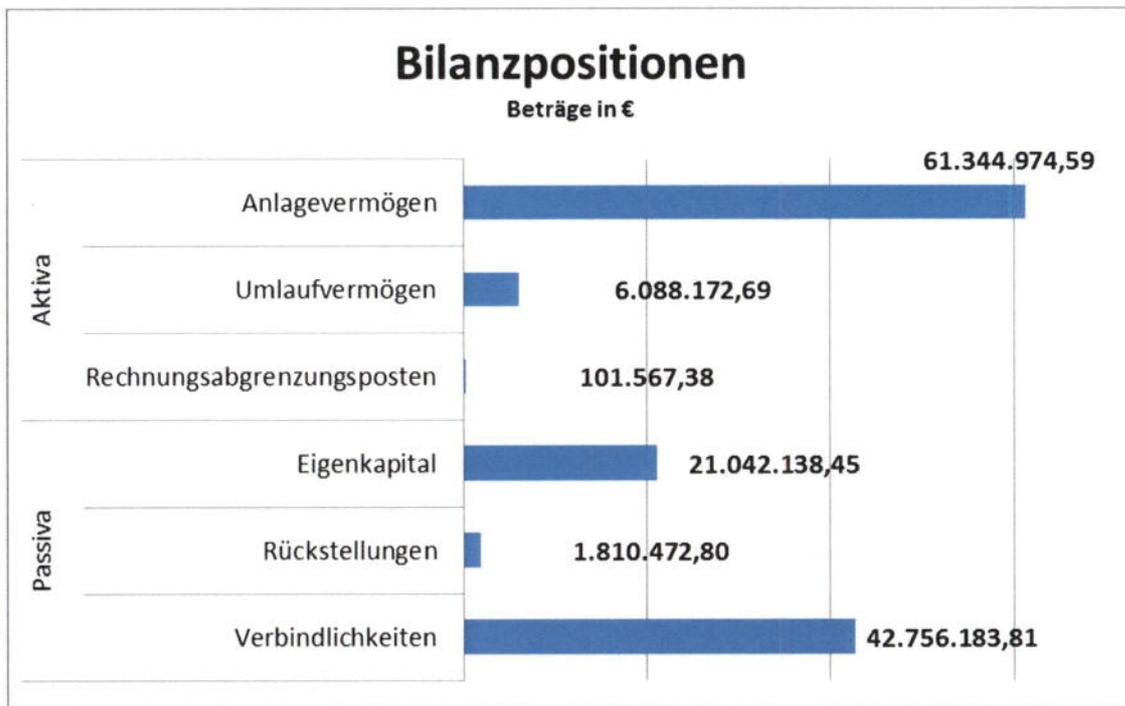
3 *Verbandsversammlungen*
7 *Vorstandssitzungen*

2. Unternehmenskennzahlen

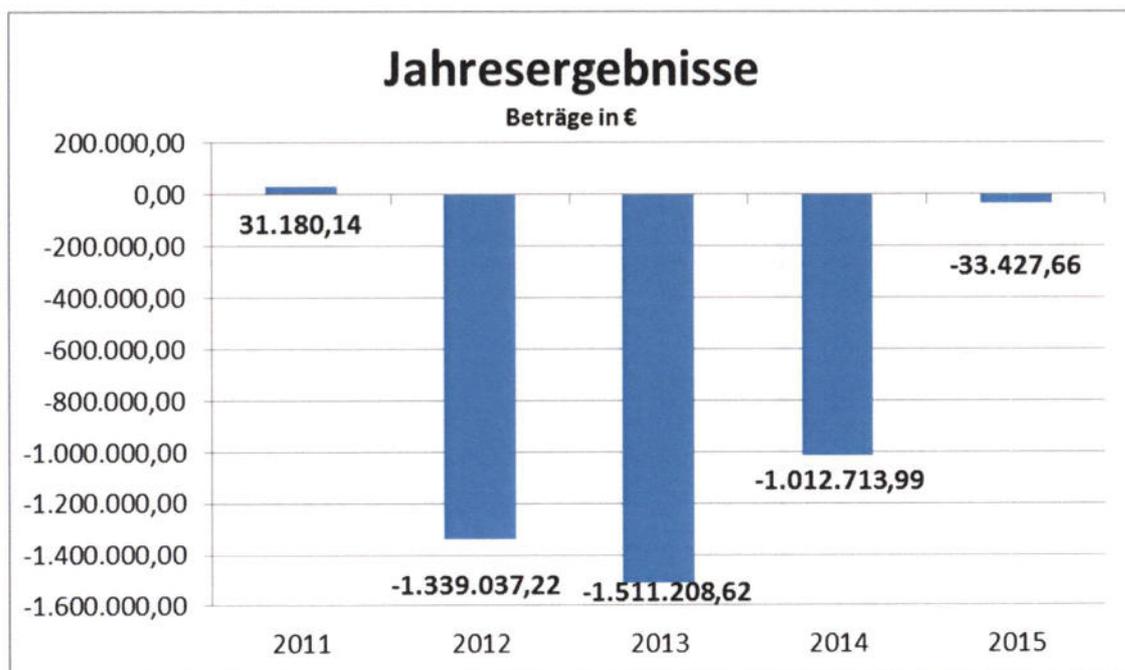
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz	-	-	
Aktiva			
Anlagevermögen	61.344.974,59	57.649.034,04	3.695.940,55
Umlaufvermögen	6.088.172,69	5.535.117,91	553.054,78
Rechnungsabgrenzungsposten	101.567,38	65.332,03	36.235,35
Bilanzsumme	67.534.714,66	63.249.483,98	4.285.230,68
Passiva			
Eigenkapital	21.042.138,45	21.075.566,11	-33.427,66
<i>davon Stammkapital</i>	18.000.000,00	18.000.000,00	0,00
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen	1.801.883,70	2.196.926,00	-395.042,30
Rückstellungen	1.810.472,80	2.580.355,81	-769.883,01
Verbindlichkeiten	42.756.183,81	37.258.984,71	5.497.199,10
Rechnungsabgrenzungsposten	124.035,90	137.651,35	-13.615,45
Bilanzsumme	67.534.714,66	63.249.483,98	4.285.230,68
Gewinn- und Verlustrechnung	-	-	
Umsatzerlöse	19.922.521,91	19.109.175,26	813.346,65
sonstige betriebliche Erträge	804.099,68	646.235,41	157.864,27
sonstige Erträge	1.102.119,89	880.982,95	221.136,94
Betriebsleistung	21.828.741,48	20.636.393,62	1.192.347,86
Materialaufwand	6.296.299,25	6.266.702,84	29.596,41
Personalaufwand	8.947.690,24	8.733.989,93	213.700,31
Abschreibungen	4.179.297,46	4.048.298,51	130.998,95
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.394.568,51	1.525.656,62	-131.088,11
Betriebsaufwand	20.817.855,46	20.574.647,90	243.207,56
Betriebsergebnis	1.010.886,02	61.745,72	949.140,30
Zinsen und ähnliche Erträge	323,24	2.069,87	-1.746,63
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	992.528,43	1.033.442,32	-40.913,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.680,83	-969.626,73	988.307,56
Steuern	52.108,49	43.087,26	9.021,23
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-33.427,66	-1.012.713,99	979.286,33

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

I. Wirtschaftsbericht – Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis nach Steuern ergibt einen Verlust in Höhe von 33.427,66 Euro, der auf neue Rechnung vorgetragen wird und den Verlustvortrag erhöht. Der Wirtschaftsplan sah einen Verlust von 294.000 € vor.

Aufgrund des außergewöhnlich trockenen Jahres haben sich die Umsätze aus der Wasserabgabe gegenüber dem Vorjahr um 532 TEuro deutlich erhöht; es wurden mit 17,080 Mio. m³ 0,716 Mio. m³ mehr abgegeben als im Vorjahr.

Auch die Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen erreichen einen historischen Höchststand und sind um 248.000 Euro höher als im Vorjahreszeitraum, da im Jahr 2015 viele betreuungsintensive Investitionen getätigt wurden (Sanierung Wasseraufbereitung, Einführung ERP-System).

Zur Sicherung und zum Ausbau der Versorgung der Kunden wurden im Jahre 2015 8,445 Mio. Euro in das Anlagevermögen investiert. Die Finanzierung erfolgte durch Zuschüsse und Darlehen.

II. Chancen- und Risikobericht

Mit Hilfe des Risikofrüherkennungssystems hat die Geschäftsführung die wesentlichen Risiken und Frühwarnsignale identifiziert und Maßnahmen zur Risikoabwehr ergriffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen. Eine umfassende Dokumentation der Risiken, Frühwarnsignale und Gegenmaßnahmen sowie die innerbetriebliche Organisation des Risikofrüherkennungssystems einschließlich des Berichtswesens wurde erarbeitet. In Zusammenarbeit mit einem externen Berater ist die Dokumentation vor einiger Zeit durchgeführt worden. Sie wird fortgeschrieben bzw. aktualisiert und dem Vorstand halbjährlich als Risikobericht vorgelegt.

Dabei wurden Risikozuwächse festgestellt, die nicht nur die Wasserabgabe und die Wettbewerbssituation betreffen, sondern die sich auch auf den technischen Bereich ausgeweitet haben. Indikatoren hierfür sind insbesondere die spezifischen Kennziffern im Anlagenspiegel „Abschreibungssatz“ und „Restbuchwerte in % der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten“. Obgleich bei den Verteilungsanlagen durch den Neubau der ZMW/OVAG-Verbindungsleitung im Jahre 2016 insgesamt eine Verbesserung zu erwarten ist, gilt dies bei einer spezifischen Betrachtung des Altbestandes nicht. Im Kontext mit den rückläufigen Investitionsplanansätzen - gerade in den Anlagenuntergruppen „Leitungsnetz und Grundstücksanschlüsse“ sowie „Speicheranlagen“ – wird sich die Risikobeurteilung insofern verschärfen. Insbesondere in diesen Bereichen sind die Anlagenreinvestitionsdauern künftig deutlich zu verkürzen. Dem damit ausgelösten steigenden Abschreibungsbedarf steht dann ein entsprechend sinkender Instandhaltungsaufwand gegenüber; auch die rechnerischen Wasserverluste dürften sich dann rückläufig entwickeln. Darüber hinaus zieht dies eine deutliche Verbesserung der Versorgungssicherheit nach sich.

Weitere steigende Risiken liegen in der Sparte Betriebsführungen für Verbände. Diese liegen zum einen in auslaufenden Verträgen, welche nicht verlängert werden, für welche jedoch das Personal beim ZMV vorgehalten wird und somit die Gefahr einer unzureichenden Personalfixkostendeckung gegeben ist. Zum andern fehlen durch z. B. die notwendige intensive Betreuung des Eigenbetriebs Wasserwerke Pohlheim die personellen Kapazitäten im Facharbeiter- und Meisterbereich zur Instandhaltung des eigenen Netzes.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der ZMW seine Aufwand- und Ausgabesituation sehr restriktiv behandelt und intensive Sparbemühungen betreibt. Bedingt durch die Betriebsgröße sind eine Vielzahl von Funktionen nur mit einem/einer Mitarbeiter/in besetzt, so dass das Steichen oder der krankheitsbedingte Ausfall einer Stelle dazu führt, dass die betroffene notwendige Funktion nicht mehr erfüllt wird.

Zur Zeit ist der ZMW damit befasst das integrierte System Schleupen einzuführen, das programmtechnisch die verschiedenen kaufmännischen und technischen Bestandteile verknüpft. Da die Implementierung durch den vorhandenen Personalstamm geschultert wird sowie die Unterstützung durch die Schleupen AG verbesserungsbedürftig ist, kommt es hierbei zu Rückständen und Verzögerungen in dem Tagesgeschäft, was sich z. B. in dem Sinne auswirkt, dass Unternehmenssteuerungsinformationen in dem Einführungszeitraum bis Ende 2017 nicht zur Verfügung stehen und sich die Jahresabschlüsse verzögern.

Mit der zunehmenden elektronischen Kommunikation, Sachbearbeitung und Archivierung unter Verzicht auf Papierdokumente (soweit rechtlich möglich) werden sich die Risikoprofile in diesen Bereichen in den nächsten Jahren zum Teil deutlich ändern.

Fünfwerke GmbH & Co.KG

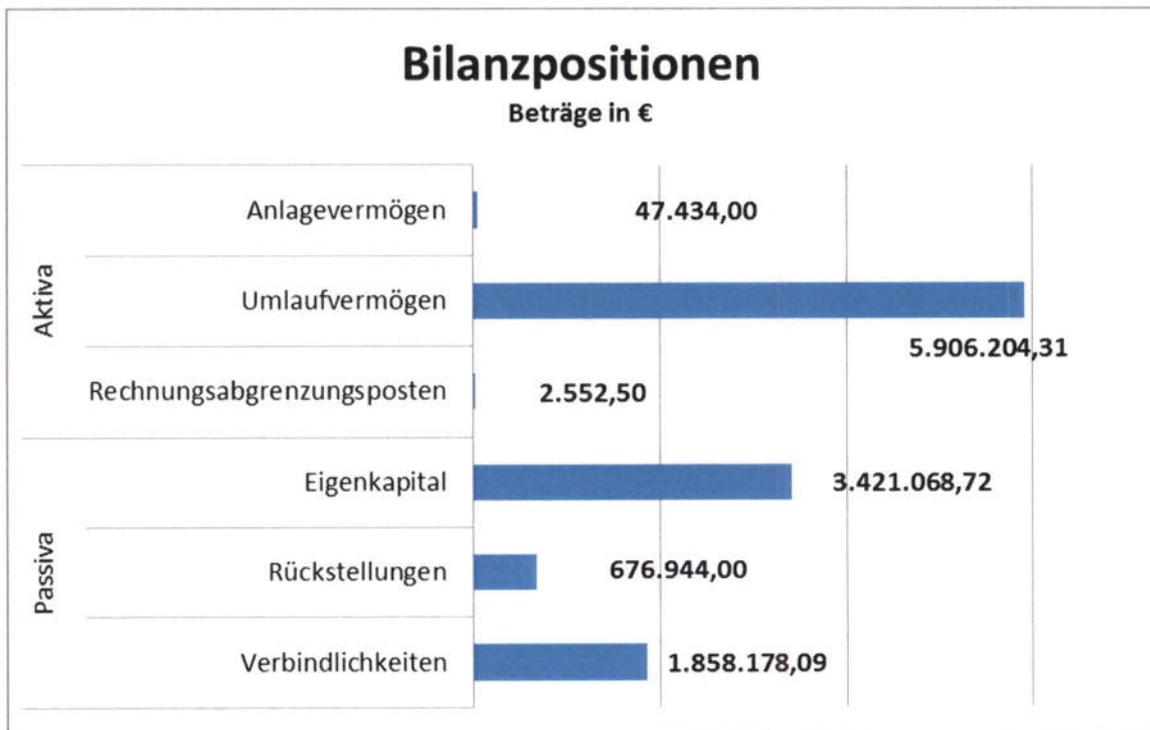
1. Grundlagen des Unternehmens

1.1.	<i>Gründung</i>	Die fünfwerke GmbH & Co.KG wurde am 15.07.2010 gegründet.										
1.2.	<i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinsame Versorgung der Bevölkerung mit Energie.										
1.3.	<i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Sicherstellung der Energieversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge.										
1.4.	<i>Stammkapital</i>	2.000.000 €										
	<i>Aufteilung</i>	<table border="0"> <tr> <td>Stadtwerke Marburg</td> <td>20 %</td> </tr> <tr> <td>Stadtwerke Göttingen</td> <td>20 %</td> </tr> <tr> <td>Stadtwerke Gießen</td> <td>20 %</td> </tr> <tr> <td>Energieversorgung Limburg GmbH</td> <td>20 %</td> </tr> <tr> <td>enwag mbH</td> <td>20 %</td> </tr> </table>	Stadtwerke Marburg	20 %	Stadtwerke Göttingen	20 %	Stadtwerke Gießen	20 %	Energieversorgung Limburg GmbH	20 %	enwag mbH	20 %
Stadtwerke Marburg	20 %											
Stadtwerke Göttingen	20 %											
Stadtwerke Gießen	20 %											
Energieversorgung Limburg GmbH	20 %											
enwag mbH	20 %											
1.5.	<i>Geschäftsführung</i>	Dominik Schröder										

2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	47.434,00	44.646,00	2.788,00
Umlaufvermögen	5.906.204,31	6.109.693,42	-203.489,11
Rechnungsabgrenzungsposten	2.552,50	2.680,17	-127,67
Bilanzsumme	5.956.190,81	6.157.019,59	-200.828,78
Passiva			
Eigenkapital	3.421.068,72	2.716.403,82	704.664,90
<i>davon Stammkapital</i>	2.000.000,00	2.000.000,00	0,00
Rückstellungen	676.944,00	669.915,00	7.029,00
Verbindlichkeiten	1.858.178,09	2.770.700,77	-912.522,68
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	5.956.190,81	6.157.019,59	-200.828,78

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. <i>Gründung</i>	Die Gasversorgung Lahn-Dill GmbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 09. Dezember 1987 gegründet.
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Abschluss von Gas-Konzessionsverträgen mit Städten und Gemeinden und der Aufbau und Betrieb öffentlicher Gasversorgungen in den konzessionierten Gebieten.
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Der öffentliche Zweck besteht in der Sicherstellung der Erdgasversorgung. Mit der Betreibung des Versorgungsnetzes wird dieser Zweck erfüllt.
1.4. <i>Stammkapital</i>	5.138.483,41 € enwag mbH 2.569.241,70 € 50 % Thüga Aktiengesellschaft München 2.569.241,70 € 50 %
1.5. <i>Organe</i>	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Mitglieder Gesellschafterversammlung Wolfram Dette Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (bis 02.12.15) Manfred Wagner Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (ab 03.12.15) Dr. Matthias Cord Vorstandsmitglied der Thüga AG, München Mitglieder Aufsichtsrat Wolfram Dette Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (bis 02.12.15) Manfred Wagner Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender (ab 03.12.15) Dr. Matthias Cord Vorstandsmitglied der Thüga AG, München Ruth Viehmann Stadträtin Dr. Christian Liebl Thüga AG, München Norbert Kortlüke Stadtrat Admir Hadzikadunic Techn. Angestellter, Thüga AG Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Detlef Stein

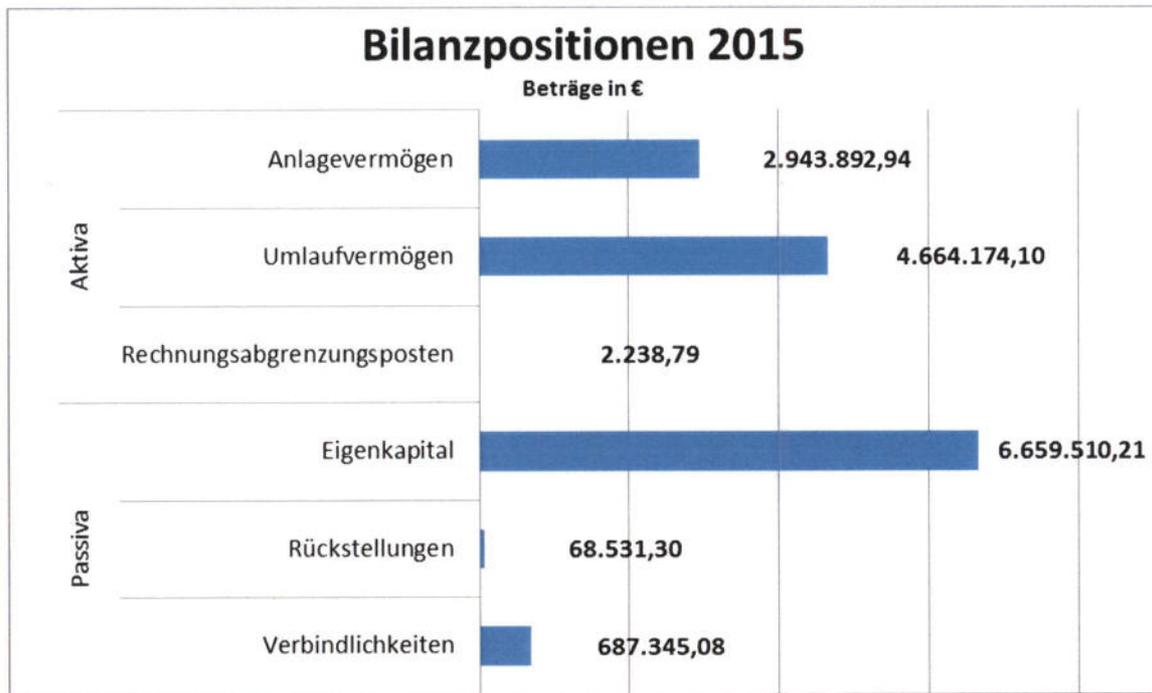
1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 1.994,07 Euro.
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	1 Gesellschafterversammlung 2 Aufsichtsratssitzungen

2. Unternehmenskennzahlen

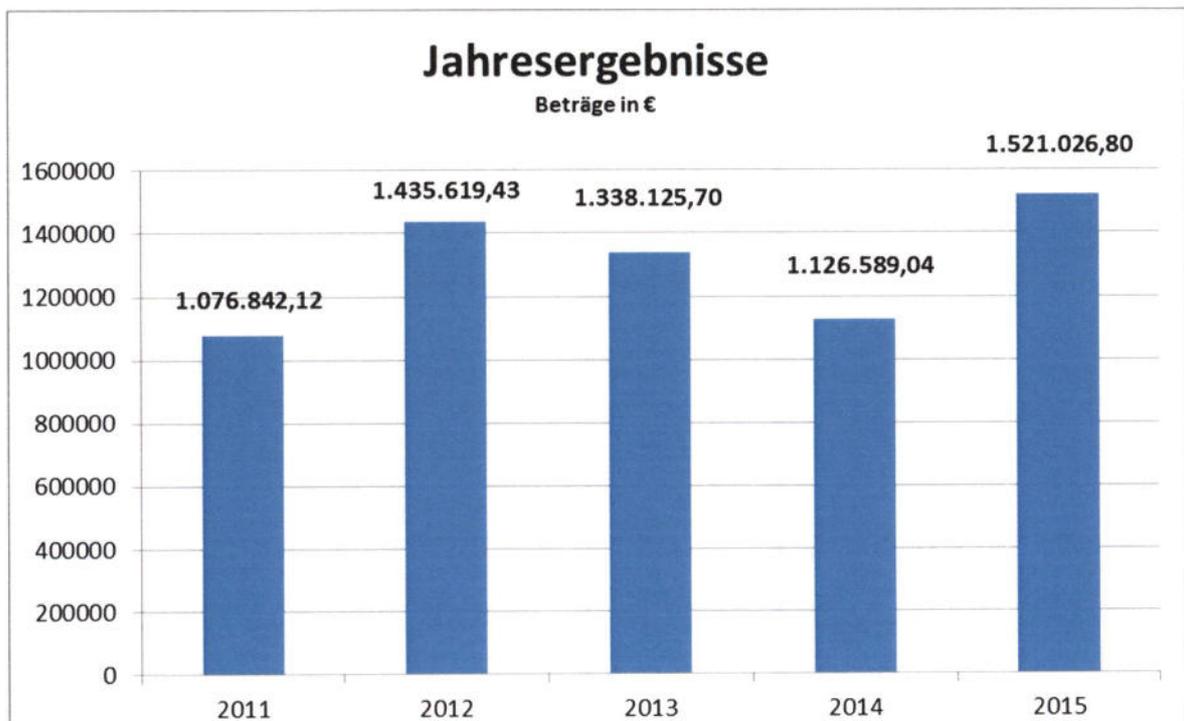
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	2.943.892,94	2.965.307,02	-21.414,08
Umlaufvermögen	4.664.174,10	5.914.702,11	-1.250.528,01
Rechnungsabgrenzungsposten	2.238,79	3.640,51	-1.401,72
Bilanzsumme	7.610.305,83	8.883.649,64	-1.273.343,81
Passiva			
Eigenkapital	6.659.510,21	6.265.072,45	394.437,76
<i>davon Stammkapital</i>	<i>5.138.483,41</i>	<i>5.138.483,41</i>	<i>0,00</i>
Empfangene Ertragszuschüsse	194.919,24	269.721,31	-74.802,07
Rückstellungen	68.531,30	575.084,21	-506.552,91
Verbindlichkeiten	687.345,08	1.773.771,67	-1.086.426,59
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	7.610.305,83	8.883.649,64	-1.273.343,81
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse (ohne Erdgassteuer)	5.601.607,38	5.565.751,52	35.855,86
sonstige betriebliche Erträge	412.501,83	44.482,23	368.019,60
andere Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	6.014.109,21	5.610.233,75	403.875,46
Materialaufwand	3.517.240,96	3.590.123,71	-72.882,75
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	285.419,10	293.353,13	-7.934,03
sonst. betr. Aufwendungen	191.317,05	170.315,23	21.001,82
Betriebsaufwand	3.993.977,11	4.053.792,07	-59.814,96
Betriebsergebnis	2.020.132,10	1.556.441,68	463.690,42
Zinsen und ähnliche Erträge	11.354,46	21.248,60	-9.894,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.638,01	25.591,40	-16.953,39
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.022.848,55	1.552.098,88	470.749,67
Steuern	501.821,75	425.509,84	76.311,91
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.521.026,80	1.126.589,04	394.437,76

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Die deutsche Wirtschaft setzte in 2015 ihren Wachstumskurs zunächst fort. Nach einem stabilen Jahresauftakt nahm die Wirtschaft Fahrt auf. Dabei gingen die stärksten Impulse erneut vom privaten Konsum aus, der von einer stabilen Beschäftigungslage mit leicht gestiegener Zahl Erwerbstätiger beflügelt wurde. Weiteren temporären An Schub erhielt der private Konsum durch erhöhte Kaufkraft aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Energiepreise. Wegen nur geringfügig verbesserter Auslastung der industriellen Produktionskapazitäten investierte die Industrie vornehmlich in Ersatzinvestitionen und weniger in Erweiterungsinvestitionen. Zum Jahresende trübten sich die Konjunkturaussichten ein. In den Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum und auch China meldete ungewohnt niedrige Wachstumswerte. Gleichwohl stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung um 1,7 % nach 1,6 % in 2014. Die noch Mitte 2015 erhofften Wachstumsziele von gut 2 % blieben aber unerreicht.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland wuchs gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1,1 %. Der Zuwachs geht im Wesentlichen auf die gegenüber dem sehr milden Vorjahr, das Jahr 2014 gilt als das durchschnittlich wärmste Jahr seit Beginn regelmäßiger Temperaturlaufzeichnungen im Jahr 1881, etwas kühlere Witterung und den damit verbundenen höheren Heizenergiebedarf zurück. Auch die insgesamt durchaus positive Konjunkturentwicklung sowie der Bevölkerungszuwachs führten zu einem Anstieg des Energieverbrauches, welcher allerdings durch Zugewinne bei der Energieeffizienz nahezu ausgeglichen wurde. Ohne die verbrauchssteigernde Wirkung der kühleren Witterung wäre der Energieverbrauch um 0,4 % gesunken. Hinsichtlich der CO₂-Emissionen wird es nur zu einem geringfügigen witterungsbedingten Anstieg kommen, da der Verbrauchszuwachs vor allem auf emissionsarme Energieträger entfiel und der Verbrauch von Stein- und Braunkohle rückläufig war. Zu dieser Entwicklung hat auch Erdgas beigetragen, dessen Einsatz um 5 % zulegen konnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist nur bedingt an die Veränderung des Bruttosozialproduktes bzw. der Beschäftigung gebunden. Hier stehen die regulatorischen Vorgaben an den Netzbetrieb, die wettbewerbliche Intensität auf dem Gasvertriebsmarkt und natürlich der weitgehend temperaturabhängige Erdgasbedarf der Kunden im Vordergrund.

2015 war für die Gasversorgung Lahn-Dill ein erfolgreiches Jahr. Auch wenn im vierten Quartal die erneut sehr milde Witterung den temperaturbedingten Mehrbedarf von Erdgas für Wärmezwecke im ersten Halbjahr wieder verminderte, stieg der Erdgasverbrauch im Netzgebiet gegenüber dem Vorjahr um 9,8 % auf 156,7 Mio. kWh.

Bei den Entscheidern über die Auswahl des Energieträgers für Heizzwecke stößt Erdgas auf unverändert gute Akzeptanz. Die Anzahl der Neukunden, die sich in 2015 für eine Erdgasversorgung entschieden, belief sich mit 97 auf einem erfreulich hohen Niveau.

Im ersten Quartal des Geschäftsjahres bot die GLD ihren Jahreskunden neue, der aktuellen Rechtsprechung angepasste Lieferverträge mit verbesserten Konditionen an. Mit der Preissenkung um netto 0,15 Cent/kWh hat sich die Wettbewerbsposition auf dem Wärmemarkt nach mehr als drei Jahren Preisstabilität verbessert.

Aggressiver Preiswettbewerb hat die Wettbewerbssituation weiter verschärft. Dabei war es Gasanbietern in der Neukundengewinnung möglich, die seit Mitte des Geschäftsjahres kräftig sinkenden Preise an den Großhandelsmärkten für aggressive Angebote zu nutzen. Die Umsetzung der gesunkenen Großhandelspreise ist der Gesellschaft aufgrund der risikoorientierten Beschaffungsstrategie erst mit zeitlicher Verzögerung möglich. Die GLD sieht in dieser für sich temporär ungünstigen Situation einen Grund, warum der Marktanteil nochmals um 3 % auf nunmehr 66 % gesunken ist.

Ertragslage

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft zieht die Gesellschaft die Leistungsindikatoren Vertriebsmenge, Transportmenge, Umsatzerlöse und Jahresüberschuss heran, die im Folgenden näher erläutert werden.

Die vom Vertrieb abgesetzte Menge erhöhte sich von 98,8 Mio. kWh auf 102,7 Mio. kWh. Damit konnten trotz der Preissenkung zum 1. Januar 2015 die Umsatzerlöse geringfügig von 4.864 T€ auf 4.870 T€ erhöht werden.

Mit der Preissenkung wurde den Veränderungen der Beschaffungs- und Transportkosten vollumfänglich Rechnung getragen, so dass sich ein verbesserter Ergebnisbeitrag aus dem Gasverkauf ausschließlich aus der höheren Absatzmenge ergibt. Die Verbesserung des Vertriebsergebnisses, das EBIT steigt von 754 T€ auf 1.147 T€, ist aber nur im geringen Umfang mengenbedingt. Im Wesentlichen ist es auf die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge zurückzuführen. Der Anstieg von 23 T€ auf 333 T€ resultiert weit überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken aus möglicherweise unwirksamen Preisanpassungen. Aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung in 2015 zur Wirksamkeit von Preisänderungen besteht dieses Risiko für die Gesellschaft nicht mehr.

Den positiven Effekten aus Absatzsteigerung und Rückstellungsauflösung standen höhere Aufwendungen für Material und Fremdleistungen sowie ein erhöhter Steuer Aufwand gegenüber. Zum positiven Gesamtergebnis konnte der Vertrieb letztlich einen um 324 T€ auf 863 T€ gestiegenen Jahresüberschuss beisteuern.

Auch im regulierten Netzbetrieb erwirtschaftete die Gesellschaft Ergebnisverbesserungen. Mit Beginn der neuen Anreizregulierungsphase zum 1. Januar 2013 verminderten sich die mit der Regulierungskammer Hessen abgestimmten Entgelte für die Inanspruchnahme der Erdgasverteilungsanlagen. Die auf das Berichtsjahr fortzuschreibenden Entgelte waren zudem wegen der Überschreitung der Erlösbergrenze in 2013 aufgrund regulatorischer Vorgaben um den Überschreibungsbetrag abzusenken. Mit den verminderten Netzentgelten erzielte der Netzbetrieb trotz der um 14,0 Mio. kWh auf 156,7 Mio. kWh gesteigerten Transportmenge deshalb nur eine geringfügige Erlössteigerung um 19 T€ auf 1.942 T€.

Der Ergebnisanstieg ist vorrangig auf die um 59 T€ gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund von Rückstellungsaufösungen zurückzuführen. Die Rückstellungen waren für die Verpflichtung zur Netzentgeltabsenkung in 2015 wegen der Überschreitung der Erlösbergrenze in 2013 gebildet worden. Den übrigen Ergebnisverbesserungen aus verminderten Abschreibungen, geringeren sonstigen betriebli-

chen Aufwendungen sowie verbessertem Finanzergebnis standen kompensierend gesteigener Materialaufwand und höhere Steuern gegenüber. Insgesamt steuerte der Netzbetrieb einen um 70 T€ auf 658 T€ gesteigerten Überschuss zum Unternehmensergebnis bei. Das insgesamt erzielte Ergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss von 1.521 T€ über den eigenen Erwartungen und lässt eine gute Kapitalverzinsung zu.

Finanzlage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist unverändert sehr solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen erfüllt werden.

Aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit resultierte im Berichtsjahr eine Verminderung des Finanzvermögens (cash flow) um 45 T€.

Das geplante Investitionsvolumen konnte mit 432 T€ nahezu vollständig umgesetzt werden. Zur Finanzierung der Anlagezugänge standen Abschreibungen im Volumen von 285 T€ sowie Baukostenzuschüsse für die Erstellung von Gashausanschlüssen mit 168 T€ zur Verfügung.

Auch wenn sich durch die Veränderungen der Verbindlichkeiten und der Rückstellungen eine stichtagsbezogene Minderung des Finanzvermögens ergab, hat sich die Gesellschaft positiv entwickelt.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Die Betriebsführerin Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar, (enwag) hat auf Grundlage des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um alle den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen frühestmöglich zu erkennen, zu bewerten und rechtzeitig notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Durch aktive Risikosteuerung werden Handlungsspielräume ermöglicht, die die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotentiale ermöglichen und somit den Fortbestand der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH sicherstellen.

Neben der gesetzlichen Verpflichtung ist das Risikomanagementsystem Bestandteil der Unternehmensführung. Das Eingehen von kalkulierbaren Risiken und das Verfolgen von Chancen sind Teile unternehmerischen Handelns und notwendige Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg. Der verantwortungsbewusste Umgang mit Risiken gehört zur guten Corporate Governance. Im Berichtsjahr wurde eine Compliance-Standortbestimmung durchgeführt und der ermittelte Handlungsbedarf bearbeitet.

Soweit Risiken hinreichend konkretisiert und quantifiziert werden können, werden diese bei der Wirtschaftsplanung bzw. im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Jahresabschluss berücksichtigt. Darüber hinaus identifiziert die GLD im Rahmen

des Risikomanagementprozesses regelmäßig alle relevanten Risikopotentiale und bewertet die Risikofelder unter Berücksichtigung von Gegenmaßnahmen nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die Verdichtung zum Schadenserwartungswert ermöglicht eine Skalierung und eine dementsprechende Einordnung aller Risiken. Im Schadensfall erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung. Mithilfe einer Risikomanagementsoftware ist die Risikolage nachvollziehbar. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert, das die dauerhafte personenunabhängige Funktionsfähigkeit des Risikomanagementprozesses sicherstellt.

In einer Risikobeiratssitzung wurde von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und Risikomanagerin die jährliche Risikoinventur durchgeführt. In den monatlichen Führungskräfteunden findet ein abteilungs- und prozessübergreifender Informationsaustausch über mögliche Gegenmaßnahmen im Rahmen des Risikomanagements, Optimierung von organisatorischen Abläufen, Umsetzung von neuen Gesetzen/ Vorschriften sowie über die strategische Ausrichtung des Unternehmens und die Nutzung von möglichen Chancen statt.

Im Rahmen der direkten Überwachung des Risiko- und Chancenmanagementsystems durch den Aufsichtsrat fanden zwei Risikoausschusssitzungen mit einem abgesandten enwag-Aufsichtsratsmitglied, der Geschäftsführung und der Risikomanagerin statt. Thematisiert wurden insbesondere die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und geeignete Gegenmaßnahmen zur Risikosteuerung sowie mögliche Chancen. Allen Aufsichtsratsmitgliedern liegen das Risikohandbuch, die aktuelle Risikomatrix und die ausführlichen Risikoberichte über die wesentlichen Risikofelder vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

Branchenspezifische Risiken

Branchenspezifische Herausforderungen der Gaswirtschaft sind die vielfältigen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, die merklich auf das Gasgeschäft einwirken, in ihrer konkreten Ausgestaltung im Vorfeld aber zumeist nur schwer zu kalkulieren sind. Für Unternehmen mit langfristig ausgelegten Investitionen sind verlässliche Rahmenbedingungen unabdingbar für wirtschaftlichen Erfolg. Unsichere Rahmenbedingungen bedeuten fehlende Planungssicherheit.

Für die Marktraumumstellung L-/H-Gas wurde ein Umstellungsplan erarbeitet. Die Umstellungskapazitäten von Dienstleistern werden in 2016 rechtzeitig gesichert, die Umstellung wird in 2020 durchgeführt.

Die Abwicklung der Geschäfte erfordert umfangreiche vertragliche Beziehungen, aus denen rechtliche Risiken entstehen. Aus der Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln bei Gaslieferungen können wirtschaftliche Auswirkungen resultieren. Vor dem Hintergrund einer möglichst hohen Rechtssicherheit hat die Gesellschaft ihren Kunden Anfang des Berichtsjahres neue Verträge unterbreitet.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Volatilität der Gaspreise wettbewerbsbedingte Bezugs-

Absatz- und Preisrisiken, aber auch Chancen zu Vermarktung. Durch das sehr niedrige Preisniveau haben freie Händler derzeit einen deutlichen Vorteil, weil sie zeitnah einkaufen. Das Netz- und Vertriebsgeschäft von Gasversorgungsunternehmen wird zusätzlich durch hohen Bürokratieaufwand, steigende IT-Kosten, zunehmende Kundenanforderungen an Service und Preisgestaltung sowie technische Entwicklungen beeinflusst.

Den hieraus resultierenden Umsatz-, Beschaffungs- und Kundenabwanderungsrisiken begegnet die Gesellschaft durch ein konsequentes Kostenmanagement sowie ein marktorientiertes Produkt- und Kundenmanagement. Die GLD stellt sich den Herausforderungen und den sich laufend verändernden Rahmenbedingungen durch kontinuierliche Weiterentwicklung interner Prozesse, gezielte Steuerung von Investitionen und Wahrung von Chancen.

Ertragsorientierte Risiken

Die im Rahmen der Anreizregulierung erfolgte staatliche Festsetzung der Netzentgelte führt zu einem erhöhten Druck auf die Ertragslage des Netzbereiches und die Rentabilität der Investitionen ist bedroht. Durch Strategieüberarbeitung und Effizienzverbesserungen sowie intensives Kostenmanagement wird diesem Einschnitt begegnet. Neben der Regulierung erhöht sich auch durch Gesetzesänderungen der Druck auf die Ertragslage. Die Eingriffe der Politik haben zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt.

Die Konzessionsverträge für Solms und Leun laufen Ende 2017 aus. In beiden Städten gibt es jeweils einen Mitbewerber, die Vertragsverhandlungen laufen.

Der Gasabsatz ist unter anderem abhängig von witterungsbedingten Einflüssen, dem Wettbewerb auf dem Gasmarkt und dem Verbrauchsverhalten der Kunden. Weicht der Gasbedarf der Kunden deutlich von der Planung ab, können sich Mengenrisiken ergeben. Eine Mengenanpassung in der Beschaffung kann möglicherweise nur zu ungünstigeren Konditionen erfolgen. Dies kann sich im Vertrieb in reduzierten Margen auswirken. Die Gesellschaft begrenzt Preis- und Mengenrisiken durch ein systematisches Beschaffungsrisikomanagement in Verbindung mit flexiblen Beschaffungsverträgen. Durch marktkonforme Angebote sowie mit Kundenbindungs- und Kundenrückgewinnungsmaßnahmen ergänzt die GLD das Beschaffungsmanagement. In diesem Zusammenhang werden regelmäßig Umfrageaktionen zur Kundenzufriedenheit durchgeführt.

Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten die Ertragslage beeinträchtigen. Neben dem möglichen Ausfall vorgelagerter Netze können im Netzbetrieb Betriebsunterbrechungen durch defekte Betriebsmittel oder fehlerhafte Handlungen verursacht werden. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch regelwerkkonformes Planen, Bauen, Betreiben und Instandhalten der Netze und durch Einsatz standardisierter Materialien zuverlässiger Hersteller. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle ist die Gasversorgung Lahn-Dill in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder –ausfälle im Kundenbereich, denen die Gesellschaft durch ein systematisches Forderungsmanagement und verstärkte Bonitätsprüfungen begegnet. Liquiditätsrisiken überwacht und steuert die GLD im Rahmen der kurz- und langfristigen Finanzplanung. Flüssige Mittel werden zu üblichen Zinssätzen angelegt. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind Zinserträge kaum noch zu erwirtschaften und das Risiko von Strafzinsen auf Guthaben wächst. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

Operative Risiken

Operative Risiken werden als Risiken des täglichen Geschäftsbetriebs definiert. Hierzu zählen insbesondere betriebliche Risiken, die durch menschliches und/oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen, sowie rechtliche Risiken aus Verträgen oder rechtliche Rahmenbedingungen.

Nicht zuletzt durch die infolge der Liberalisierung der Gasmärkte eingeführte umfassende elektronische Marktkommunikation hängen zahlreiche Prozesse mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung von laufenden IT-Systemen ab. Durch die zunehmende Abhängigkeit hat die Verfügbarkeit der IT-Systeme eine sehr große Bedeutung, gleichzeitig nehmen die Bedrohungen stetig zu. Ausfälle oder Störungen der Systeme und der Verlust oder Missbrauch von Daten können den Betrieb erheblich beeinträchtigen. Prozessoptimierungen ziehen kontinuierliche Anpassungen und Investitionen in die IT-Infrastruktur nach sich. Die Aufrechterhaltung der IT-Systeme ist durch diverse technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleistet, die Redundanz durch ein externes Rechenzentrum sichergestellt. Im Berichtsjahr wurde die Netzsicherheitssoftware erneuert und der Austausch von Netzkabeln fortgeführt.

Betriebstechnischen Risiken und Störungen, die sich in einzelnen Bereichen mit komplexen Anlagen ergeben können, wird durch verschiedene Maßnahmen begegnet. Durch die Anwendung von Richtlinien und Verfahrensanweisungen, Zertifizierungen und Mitarbeiterschulungen werden neben dem Wartungs- und Instandhaltungsmanagement die technisch-operativen Risiken begrenzt und die Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit der Anlagen gewährleistet.

Chancen

Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotentiale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung betrachtet und bei ausreichender Renditeerwartung ergriffen. Obwohl der Wettbewerbs- und Regulierungsdruck immer stärker wird, hat die Fokussierung auf den traditionellen Bereich bisher gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt. Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck wird jedoch immer mehr Aufwand zulasten der Marge benötigt, um Bestandskunden zu halten und Neukunden zu gewinnen. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft ihr Versorgungsnetz weiter ausgebaut.

Prognosebericht

Das Investitionsbudget trägt dem anhaltend positiven Interesse an einer Erdgasversorgung Rechnung, ist in 2016 mit 470 T€ geplant und soll vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Im scharfen Kundenwettbewerb setzt die Gesellschaft auf Kundenbindung durch faire Konditionen und kompetenten Service vor Ort. Unterstützend konnte die GLD die bereits in 2015 gesenkten Preise unverändert beibehalten. Auf den Großhandelsmärkten hat sich der Verfall der Gaspreise nicht weiter fortgesetzt und die Beschaffungspreise liegen auf dem Niveau zum Jahresanfang. Aufgrund der sehr guten Versorgungslage, den zum Ende der kalten Jahreszeit gut gefüllten Erdgasspeichern und insgesamt nachgebenden Energiepreisen, rechnet die Gesellschaft mit nachgebenden Preisen.

Um den Kunden möglichst attraktive Preise bieten zu können, hat die Gesellschaft die Erdgasbeschaffung Mitte 2015 ausgesetzt und wird die zur Erfüllung der Lieferverpflichtungen notwendigen Mengen erst bei einer Trendumkehr beziehungsweise spätestens vor Beginn des kommenden Lieferjahres beschaffen und die Einkaufsvorteile in die Verkaufspreise einkalkulieren.

Die Absatzentwicklung verläuft im Rahmen der Planung. Bei dieser hat die Gesellschaft die trotz fairer Preisgestaltung unvermeidlichen Kundenverluste berücksichtigt, was zu einer gegenüber 2015 geringfügig geminderten Absatzmenge und geringfügig sinkenden Umsatzerlösen führt. Einen Grund für die Überprüfung des für 2016 mit 478 T€ geplanten Vertriebsergebnisses kann nicht erkannt werden.

Auch für den Netzbetrieb wird keine Veranlassung gesehen, die Ergebniserwartung zu ändern. Insbesondere wird vom Erreichen der zugestandenen Erlösobergrenze ausgegangen, die auf eine geringfügig verminderte Transportmenge von 154 Mio. kWh kalkuliert wurde. Dies war in 2014 nicht der Fall. Die die Erlösobergrenze in 2014 unterschreitenden Beträge hat die Gesellschaft in die Netzentgelte für 2016 einbeziehen können, wodurch das Netzergebnis 2016 durch stark steigende Erlöse einen kräftig steigenden Beitrag zum Gesamtergebnis leisten wird.

An dem für 2016 mit 1.358 T€ geplanten Jahresüberschuss wird festgehalten.

Zubringerdienste Wetzlar GmbH

1. Grundlagen des Unternehmens

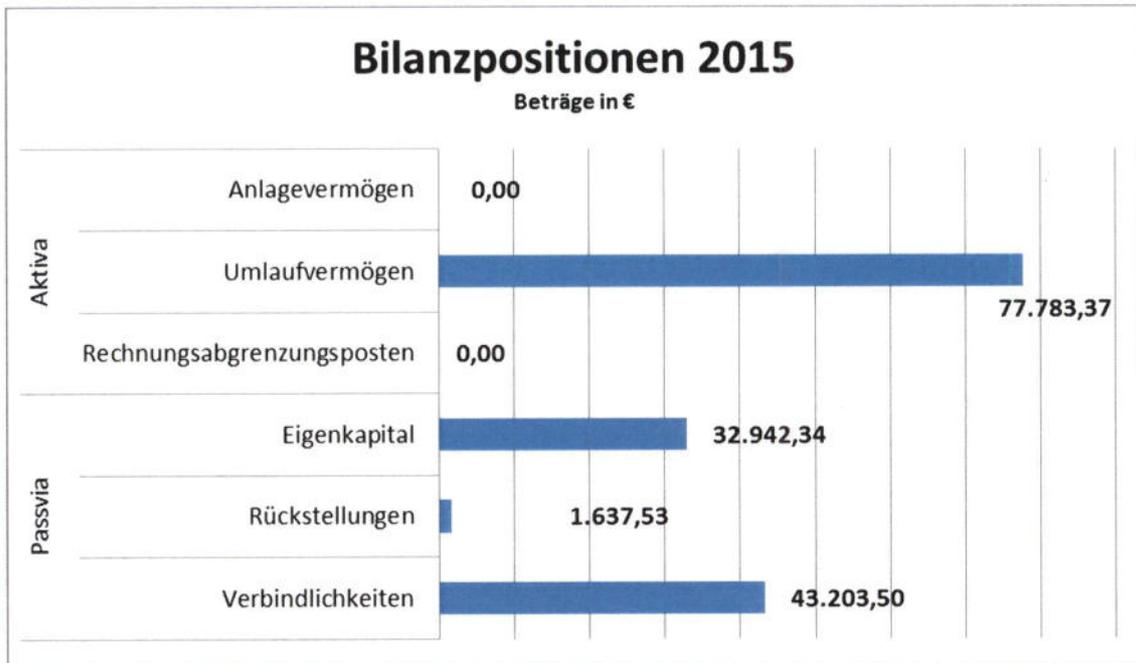
1.1. <i>Gründung</i>	Die Zubringerdienste Wetzlar GmbH wurde durch Gesellschaftervertrag vom 13. Mai 2009 gegründet.
1.2. <i>Unternehmensgegenstand</i>	Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Zubringerdiensten, sowie des Linien-, Ausflugs- und Gelegenheitsverkehrs mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
1.3. <i>Öffentlicher Zweck</i>	Gemäß § 4 ÖPNVG ist die Stadt Wetzlar zuständiger Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf ihrem Gebiet. Der Aufgabenträger hat derzeit die Wetzlarer Verkehrsbetriebe mit der Durchführung der ÖPNV beauftragt.
1.4. <i>Stammkapital</i>	25.000,00 € Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH 100 %
1.5. <i>Organe</i>	Gesellschafterversammlung: Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH Aufsichtsrat: Keine Geschäftsführung: Manfred Thielmann
1.5.1 <i>Bezüge Aufsichtsrat</i>	Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0 €.
1.6. <i>Anzahl der Sitzungen</i>	Keine

2. Unternehmenskennzahlen

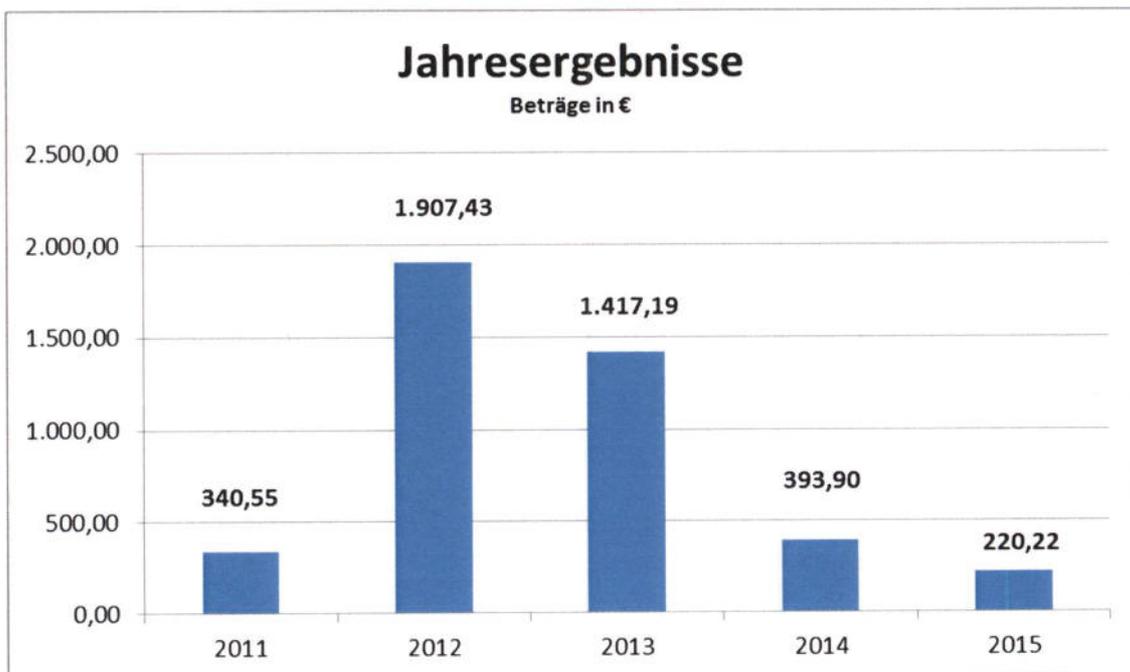
Unternehmenskennzahlen	2015 Euro	2014 Euro	Veränderung 2014 - 2015 Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	77.783,37	82.991,25	-5.207,88
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	77.783,37	82.991,25	-5.207,88
Passiva			
Eigenkapital	32.942,34	32.722,12	220,22
<i>davon Stammkapital</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	1.637,53	1.760,45	-122,92
Verbindlichkeiten	43.203,50	48.508,68	-5.305,18
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	77.783,37	82.991,25	-5.207,88
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	336.236,49	406.608,16	-70.371,67
sonstige betriebliche Erträge	3.572,27	2.360,48	1.211,79
Betriebsleistung	339.808,76	408.968,64	-69.159,88
Materialaufwand	26.000,00	27.000,00	-1.000,00
Personalaufwand	311.093,56	379.385,23	-68.291,67
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.407,45	2.038,06	369,39
Betriebsaufwand	339.501,01	408.423,29	-68.922,28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	307,75	545,35	-237,60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	87,53	151,45	-63,92
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	220,22	393,90	-173,68

2.1 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung



3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2015

a) *Darlehen*

Keine

b) *Sicherheiten*

Keine

c) *Erträge / erhaltene Zuschüsse*

Keine

d) *Aufwendungen / geleistete Zuschüsse*

Keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2015

Es handelt sich um eine Beschäftigungsgesellschaft.
Das Unternehmen erzielt seit der Gründung ununterbrochen Gewinne.



Glossar

**Abschreibung**

Bestandteil der GuV (Gewinn- und Verlustrechnung). Materielle und immaterielle Vermögensgegenstände des Unternehmens werden abgeschrieben. Die Höhe der Abschreibung bestimmt sich gemäß der Nutzungsdauer und der Höhe der Auszahlung für den Vermögensgegenstand sowie gesetzlicher Regelungen. Die Abschreibung dient dazu, die hohe Auszahlung für die Anschaffung des Vermögensgegenstandes in kleine Beträge über mehrere Jahre in der GuV zu verteilen um den Vermögenswert wieder zu erwirtschaften. Bei den Abschreibungen handelt es sich um eine zeitliche Umverteilung einer Auszahlung und nicht um einzelne zahlungswirksame Beträge. Daher ist sie nur in der GuV aufzuführen, niemals in der Liquiditätsplanung.

Aktiva

Summe der Vermögensgegenstände eines Unternehmens. Die Aktivseite einer Bilanz umfasst das betriebliche Vermögen, unterteilt in Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Die Aktiva sind die linke Seite der Bilanz und stellen die Mittelverwendung dar. Die Summe der Aktiva in der Bilanz muss immer gleich der Summe der Passiva sein.

Anlagevermögen

Dauieranlagen eines Unternehmens, die normalerweise nicht verkauft werden sollen. Dazu zählen Sachanlagen wie Maschinen, Finanzanlagen wie Aktien und immaterielle Vermögenswerte wie Konzessionen, Patente, Lizenzen usw. ; Gegensatz: Umlaufvermögen (§247 Abs. 2 HGB)

Anhang zur Vermögensrechnung

Im Anhang zur Vermögensrechnung sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung zu erläutern. Im Absatz 2 zu § 50 GemHVO – Doppik sind abschließend weitere Angaben aufgeführt, die darzustellen sind. Das sind u.a. die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Haftungsverhältnisse, die nicht in der Vermögensrechnung auszuweisen sind; Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Aufwand

Der kaufmännische Begriff des Aufwandes (Gegenstück: Ertrag) ist von den Auszahlungen sowie den Ausgaben zu unterscheiden. Aufwand ist in Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Werteverzehr von Gütern und Dienstleistungen (Ressourcenverbrauch) einer Organisationseinheit in einem Zeitabschnitt.

**Außerordentliche Aufwendungen**

Bestandteil der GuV. Hierzu zählen Aufwendungen, die nicht direkt mit dem Unternehmenszweck und den Unternehmensleistungen (Produkten oder Dienstleistungen) verknüpft sind und daher nicht regelmäßig anfallen (zum Beispiel Gerichtskosten).

Außerordentliche Erträge

Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen zufließen und nicht mit seinem Unternehmenszweck oder Leistungen in Verbindung stehen.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zum Unternehmen herzustellen. Der Begriff wird im Rahmen der Gemeindehaushaltsverordnung auch im Zusammenhang mit Anteilen an Verbänden verwendet.

Betriebliche Steuern

Man unterscheidet Verbrauchs-, Verkehrs-, Substanz- sowie Einkommens- und Ertragssteuern. Letztere sind vom betrieblichen Erfolg (Gewinn) abhängig. Die übrigen werden nach anderen Kriterien bemessen. Bis auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer können alle anderen Steuern in die Kostenrechnung einbezogen werden.

Bilanz

Eine Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögenswerten (Aktiva) und Fremd- und Eigenkapital (Passiva) eines Unternehmens. Die Aktivseite zeigt, in welchen Formen das Vermögen des Unternehmens vorhanden ist (zum Beispiel Bargeld, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Wertpapiere). Die Passivseite zeigt, mit welchen Mitteln die Vermögenswerte der Aktivseite finanziert wurden. Diese Mittel setzen sich zusammen aus dem Eigenkapital des Unternehmens und dem Fremdkapital. Aus der Passivseite ist zudem die Art der Finanzierung ersichtlich (kurz-, mittel-, langfristige Verbindlichkeiten). Die Bilanzsumme entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen Gesamtkapital, das im Unternehmen eingesetzt wird – also die Summe der Aktiva bzw. Passiva.

Eigenkapital

Das vom Unternehmer oder den Gesellschaftern in das Unternehmen eingebrachte Kapital, für das kein Anspruch auf eine feste Verzinsung oder Rückzahlung des Be-



trages besteht, dafür aber auf Beteiligung am Geschäftserfolg und beim Verkauf des Unternehmens.

Es wird ermittelt durch die Gleichung: Vermögen - Fremdkapital = Eigenkapital. Durch diese Gleichung wird die Bilanz stets ausgeglichen. Es besteht aus den Posten gezeichnetes Eigenkapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage, Gewinn - bzw. Verlustvortrag sowie Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Posten in der GuV, Gewinn oder Verlust aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Eröffnungsbilanz

Die erstmalig aufgestellte Bilanz wird als Eröffnungsbilanz bezeichnet. Die Vermögensbewertung erfolgt zum Bilanzstichtag zu vorsichtig geschätzten Zeitwerten.

Des Weiteren wird auch die Bilanz zu Beginn eines Wirtschaftsjahres als Eröffnungsbilanz – auch Anfangsbilanz – bezeichnet. Die Angaben entsprechen denen der Schlussbilanz des abgelaufenen Jahres (Prinzip der Bilanzidentität).

Ertrag

Der kaufmännische Begriff des Ertrags (Gegenstück: Aufwand) ist von den Einzahlungen sowie den Einnahmen zu unterscheiden. Ertrag ist in Geld ausgedrückte, aber nicht unbedingt zahlungswirksame Wertezuwachs (Ressourcenaufkommen) in einem Zeitabschnitt.

Fremdkapital

Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten des Unternehmens gegenüber Dritten. Es sind die ausgewiesenen Schulden eines Unternehmens, die ferner in langfristiges und kurzfristiges Fremdkapital unterschieden werden.

Gewinn/Jahresüberschuss

Die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand nennt man Jahresüberschuss (Gewinn) oder Jahresfehlbetrag (Verlust). Verwendet wird dieses Begriffpaar zur Ermittlung des Unternehmenserfolges wie er in der gesetzlichen GuV vorgeschrieben ist.

**Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)**

Die Gewinn- und Verlustrechnung dient zur Darstellung der Ertragslage eines Unternehmens. Sie ermittelt den Jahresüberschuss beziehungsweise den Jahresfehlbetrag und bildet daher die Rentabilität eines Unternehmens ab. Sie ist handels- und steuerrechtlich notwendig. Zu ihren gesetzlichen Vorschriften siehe § 275 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresüberschuss dient auch als steuerliche Bemessungsgrundlage.

Gewinnvortrag

Der Gewinnvortrag ist der Teil des Bilanzgewinns des Vorjahres oder der Vorjahre, über dessen endgültige Verwendung erst später entschieden werden soll.

Der das Eigenkapital einer Unternehmung vermindernde Verlustvortrag entspricht dem Bilanzverlust des Vorjahres.

Gewöhnliche Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weist eine Zwischensumme aus:

Betriebsergebnis plus Zinserträge minus Zinsaufwand
= Ergebnis vor Berücksichtigung des Steueraufwandes

Investition

Als Investition bezeichnet man die Anschaffung eines Vermögensgegenstandes (zum Beispiel Maschinen). Merkmal einer Investition ist, dass der beschaffte und mit dem Kaufpreis bezahlte Gegenstand dauerhaft beziehungsweise über eine längere Dauer im Unternehmen genutzt werden muss. Büromittel wie Papier, Stifte oder Hilfsstoffe (zum Beispiel Schmierstoffe, Reinigungsmittel) sind dagegen keine Investition, da sie zügig (meist noch im Laufe des Geschäftsjahres) verbraucht werden. Die Auszahlung für eine Investition wird nur in der Liquiditätsplanung ersichtlich. In der GuV werden nur ihre Abschreibungen eingetragen.

Jahresabschluss

Gesetzlich vorgeschriebener Abschluss der Buchführung eines Jahres. Besteht aus Bilanz, GuV sowie bei mittelgroßen und großen Gesellschaften dem Lagebericht.

Kommunaler Verwaltungskontenrahmen (KVKR)

Aus dem Industriekontenrahmen abgeleiteter Kontenrahmen für Hessen, der die Systematik eines kaufmännischen Rechnungswesens mit Spezifika der öffentlichen Verwaltung kombiniert und sowohl betriebswirtschaftliche als auch kamerale Berichtsstrukturen unterstützt.

**Kosten**

Betriebsnotwendige Aufwendungen; bewerteter Verzehr wirtschaftlicher Güter zur Erstellung oder Vertrieb von Produkten oder Dienstleistungen. Der Begriff Kosten umfasst die betrieblichen Aufwendungen (Betriebsaufwand) und enthält zusätzlich die kalkulatorischen Kosten. Beispiele für letzteres sind kalkulatorische Zinsen auf Eigenkapital oder kalkulatorische Abschreibung). Gegensatz: Leistungen

Lagebericht

Er ist Teil des Jahresabschlusses bei mittelgroßen und großen Unternehmungen. Ein Lagebericht soll Geschäftsverlauf, Lage des Betriebes und Risiken der künftigen Entwicklung realistisch darstellen.

Materialaufwand

Der Materialaufwand setzt sich zusammen aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren und Aufwendungen für bezogene Leistungen (Fremdleistungen auf die produzierten Erzeugnisse, Fremdreparaturen sowie Strom- und Energielieferungen).

Passiva

Passiva bilden die rechte Seite der Bilanz. Sie umfassen das Eigenkapital (inkl. Rücklagen) sowie Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten. Sie zeigt die Finanzierungsquellen der Vermögensgegenstände auf der Aktivseite an. Die Summe der Passiva in der Bilanz muss immer gleich der Summe der Aktiva sein.

Rechnungsabgrenzung (RAP)

Rechnungsabgrenzungsposten sind ein Instrument zur zeitlichen Abgrenzung und Zurechnung von Erträgen und Aufwendungen. Sie finden sich auf beiden Seiten der Bilanz.

Aktive RAP: Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Passive RAP: Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

**Rücklagen**

Sind Eigenkapital, das auf der Passivseite der Bilanz verbucht wird. Rücklagen entstehen meist durch Gewinnthesaurierung oder durch Einlagen der Gesellschafter. Offene Rücklagen sind in der Bilanz ausgewiesen. Sie bestehen aus Kapitalrücklagen (Einlagen, Agio auf Aktienemissionen u.a.) sowie den Gewinnrücklagen, die aus Gewinnthesaurierungen entstanden sind. Stille Rücklagen sind als solche nicht in der Bilanz ausgewiesen. Sie werden auch stille Reserven genannt. Sie umfassen unterbewertete Vermögensgegenstände, die aus abgeschriebenem, jedoch noch genutzten Anlagegütern bestehen, oder überbewertete Schulden.

Rückstellungen

Im Gegensatz zu den ähnlich klingenden Rücklagen sind Rückstellungen als Fremdkapital anzusehen. Ein Beispiel sind Pensionsrückstellungen. Sie haben also ihre Ursache in der abgelaufenen Periode, werden jedoch erst in einer künftigen Periode zu Auszahlungen. Zum Beispiel, wenn die jetzt tätigen Beschäftigten den Ruhestand erreichen. Andere Beispiele sind Rückstellungen für künftige Steuerzahlungen, Umweltschäden, Instandhaltung, Gewährleistung sowie Jubiläumsszuwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen werden als Sammelposten ausgewiesen. Er erfasst alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, soweit sie nicht in gesonderten Posten enthalten sind.

- Vertriebsgemeinkosten
- Produktionsgemeinkosten
- Logistikkosten
- Werbung
- Anlagen-Instandhaltung
- Entwicklungskosten
- Gebäudemieten
- Gebühren (Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer)
- Forderungsausfälle
- Aufwendungen durch Veräußerung von Vermögensgegenständen unterhalb ihres Buchwertes

Sonstige betriebliche Erträge

Sie sind als Sammelposten in GuV nach § 275 HGB ausgewiesen. Er erfasst alle Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, soweit diese nicht bereits in anderen Ertragspositionen enthalten sind. Beispiele sind Auflösung von Rückstellungen, erhaltener Schadensersatz, Erträge aus Vermietung und Verpachtung oder aus dem Verkauf in der Kantine u.a.m.

**Stammkapital**

Das Stammkapital oder gezeichnete Kapital stellt das Nominalkapital von Kapitalgesellschaften dar und entspricht in einer Aktiengesellschaft dem Grundkapital. Das gezeichnete Kapital gibt den Betrag an auf den die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten des Unternehmens gegenüber den Gläubigern beschränkt ist.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die dem Unternehmen nicht längerfristig oder ständig dienen, sondern zum Verkauf oder Verbrauch bestimmt sind. Nach § 266 HGB umfasst das Umlaufvermögen Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere sowie Schecks, Kassenbestände u.ä. liquide Bestandteile. Es bildet zusammen mit dem Anlagevermögen die Aktiv-Seite der Bilanz.

Umsatzerlös

Umsatz minus Mehrwertsteuer. Nicht dazu gehören Erlöse aus nicht betriebstypischen Geschäftsfällen.

Verbindlichkeiten

Alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehende Verpflichtungen. Sie sind mit dem Rückzahlungsbetrag anzusetzen und gehören zum Fremdkapital.

Vermögensrechnung (Kommunen)

In der Vermögensrechnung (Bilanz) sind das Anlage- und Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Schulden und die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig aufgeführt. Die Vermögensrechnung ist in die Aktiv- und Passivseite untergliedert und wird stets stichtagsbezogen dargestellt.

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand entsteht durch Zinsen für Fremdkapital (Kontokorrentkredite, Darlehen und Hypotheken).



Quellen:

1. Industrie- und Handelskammer Reutlingen, Begriffe aus dem Finanzwesen
2. www.my-career.de - Design and Service © 2002-2005. All Rights Reserved
3. Neues Kommunales Rechnungs- und Steuerungssystem, doppik hessen
4. Cabs. Hilfe-System, © Copyright 1997 Virtual Management GmbH



Anlagen



1. Hessische Gemeindeordnung (HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.



Beteiligungsbericht 2016

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.



Beteiligungsbericht 2016

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 und 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S.1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S.2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,

2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den § 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.



Beteiligungsbericht 2016

§ 123 a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eingengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstands vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der



Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten sind. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:



Beteiligungsbericht 2016

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. I S. 318), keine Anwendung.



§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127 a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,
3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127 b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.



2. Haushaltsgrundsätzegesetz

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen

a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,

b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,

c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;

3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.



Impressum

<u>Herausgeber:</u>	Magistrat der Stadt Wetzlar Ernst-Leitz-Str. 30 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99 – 0 Internet: www.wetzlar.de
<u>Auflage:</u>	40 Exemplare
<u>Redaktion:</u>	Mitarbeiter folgender Ämter: Rechtsamt Kämmerei
<u>Koordination:</u>	Kämmerei Tel.: 06441 - 992020 Fax: 06441 – 992024 E-Mail: kaemmerei@wetzlar.de
<u>Druck:</u>	Hausdruckerei der Stadt Wetzlar